3901 1225

Abonnementspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Buch der Arbeit" einschl. Bringerlohn 80 Pf.
Durch die Reichs-Post bezogen vierteljährlich M. 2.75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 21, 2 Tr.
Sprechstunde an Wochentagen von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Nr. 3455.

Telegramm-Adresse: „Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrfacher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis Vormittags 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 21, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Nr. [illegible]

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 253. | Dresden, Donnerstag den 1. November 1906. | 17. Jahrg.

Die Regierung der Fleischnot.

Seit Monaten erfreuen wir uns einer **Podbielski-Krise.** Es herrscht der ungeheuerliche Zustand, daß ein Minister aufs schwerste durch privatgeschäftliche Machinationen kompromittiert ist und daß doch kein Mensch weiß, was mit diesem Minister eigentlich werden soll, ob er auf lange hinaus weiter die agrarischen Interessen betreiben darf oder ob er in der nächsten Stunde nun wirklich seine gesegnete Tätigkeit einzustellen hat. Selbst der Reichskanzler hat in seinem Blatte die Entlassung dieses Ministers angekündigt, aber Podbielski ist noch immer Minister. **Das Volk** in Preußen und in Deutschland hat **nichts mitzureden,** ob eine solche Persönlichkeit noch immer regieren darf, es hat lediglich in stummer Ergebenheit abzuwarten, was schließlich von oben her ihm zugeteilt wird.

Früher schon und seit einigen Tagen wieder in lauteren Tönen erschallt es aber auch von **Bülow-Krise.** Allerlei Gerüchte schwirren durcheinander. Wenn auch der Kaiser dem Reichskanzler noch jüngst mit persönlichen Freundschaftlichkeiten bedacht habe, so könne doch jeder Tag einen Umschwung bringen. Denn von vielen Seiten würden Bedenken gegen Bülow laut. Die Folgen der Marokkopolitik machen sich überaus böse bemerkbar. Selbst die gepriesenen Sekundantendienste des Grafen Goluchowski erweisen sich je länger je mehr als keineswegs so bedeutsam und nachhaltig als man früher wähnte, und der Wechsel in der auswärtigen Leitung der österreich-ungarischen Monarchie habe die auswärtige Situation noch weiter verdunkelt. Im Innern sähe es nicht besser aus. Die Wirren der Kolonialabteilung erregen überall Verdruß; die einen beschuldigen den Reichskanzler, daß er solche Zustände einreißen ließ, **die Konservativen wiederum sind sehr unzufrieden mit der Berufung Dernburgs.** Man verbreitete die Meinung, Bülows Gesundheit sei doch nicht in solchem Maße wiederhergestellt, daß er die Last seines Amtes werde tragen können. Zu alledem kommt nun die Schwierigkeit **der Fleischnot.** Wir zitierten bereits den Artikel der Kölnischen Zeitung, der sich äußerst scharf gegen Podbielski nicht nur, sondern auch gegen den Reichskanzler richtet, der die Frage erhebt: **Wie lange noch?** und den Vorwurf der **„Tatenlosigkeit, Schlaffheit und Nichtachtung aller Volkserregungen"** gegen die Regierung erhebt. Da die Kölnische Zeitung selbst offiziöse Beziehungen hat, jedenfalls mit mehreren Reichsämtern, so steigert dieser Artikel die herrschende Verwirrung aufs höchste. Die Deutsche Tageszeitung, das Agrarierblatt, das noch vor zwei Tagen nicht nur auf Bülows Bestand schwor, sondern selbst Podbielskis Stern noch hoch leuchten sah, beginnt angesichts dieser Zeichen zu schwanken und zu wanken. Der Artikel der Kölnischen, so erklärt die Deutsche Tageszeitung, bestätige scheinbar die Krisengerüchte bezüglich Bülows; sie selbst halte diese Gerüchte noch immer für „hintergrundlos", es sei aber nicht unmöglich, daß die Gerüchte gerade durch solche Artikel einen Hintergrund erhalten: Es müsse den Eindruck der Zerfahrenheit machen, wenn solche Artikel in einem als offiziös geltenden Blatte veröffentlicht werden. Habe man nicht die Macht, ihre Veröffentlichung zu verhindern, so müsse man wenigstens nach der anderen Seite die Konsequenzen ziehen und dafür sorgen, daß der Nimbus der Offiziosität einem Blatte genommen wird, das zu solchen Vorstößen sich für befugt erachtet.

Kurzum, ein wildes Gewirr, wilder noch als sonst, was im Zeitalter des Irrlichtelierkurses viel bedeuten will.

In der Tat, das Regierungssystem des Deutschen Reiches enthüllt sich wieder in seiner **grotesken Systemlosigkeit.** Niemand weiß, wer Koch und wer Kellner ist. Niemand weiß, was der nächste Tag bringen mag. Von der „Regierung" weiß man nichts anderes, als daß alles durcheinanderläuft. Von „Regieren" keine Spur. Seit vielen Monaten ist die gesamte deutsche Oeffentlichkeit erfüllt von den Erörterungen **über den schweren Notstand,** der die weitesten Schichten des Volkes infolge der Verteuerung aller Lebensmittel, insbesondere **der Fleischnahrung,** heimsucht. Die Regierung **aber bleibt stumm.** Sie versucht **auch nicht einmal,** ihre Untätigkeit, ihr Nichteingreifen zu rechtfertigen. **Das Allermindeste** wäre doch, daß die Regierung ihre Ansicht über die schwere Kalamität dargelegt hätte, daß sie durch Veröffentlichung von Materialien zur Beurteilung dieser Fragen Hilfe geleistet hätte. Nichts, nichts. **Man tut nichts gegen die schwere Not,** man weiß noch nicht einmal, was man dazu **sagen** soll. Offenbar ist man gänzlich unentschlossen, ob man hartnäckig wie bisher für die Durchführung des agrarischen Fleischwuchers auftrumpfen oder ob man einige Milderungsmittel in Vorschlag bringen solle. Man ist der Situation in keiner Weise gewachsen. Man hat sich den Agrariern verkauft und **Bülow** meinte in rosaroter Leichtlebigkeit, das werde sich alles ganz gemütlich machen. Wie er noch am 8. Februar d. J. beim Festmahl des deutschen Landwirtschaftsrates hochgemut alle Angriffe auf die Politik der Fleischverteuerung abwies und den jauchzenden Beifall des agrarisch erlesenen Chorus erntete, so, gedachte er, werde er auch weiterhin Hans im Glücke verbleiben und leicht durch alle Unbilden segeln. Nun hat sich die Situation denn doch erheblich verdüstert. Bis weit in die Kreise der „Mittelschichten" wächst die Erbitterung über die Wirkungen der agrarischen Plünderpolitik. Auch nationalliberale und selbst einige konservative Blätter fordern Abhilfsmaßnahmen, wobei sie selten unterlassen, als Beweggrund ihres Forderns die parteipolitischen Folgen des jetzigen Teuerungszustandes, den großen Vorteil, den die **Sozialdemokratie** daraus ziehen werde, zu betonen. Und trotz alledem — die Regierung Bülow-Podbielski **schweigt und schweigt!**

Was soll werden? Ob Podbielski nun demnächst, mit dem Schwarzen Adler geschmückt, das Landwirtschaftsministerium verläßt, ob auch Bülow bald entdeckt, sein Gesundheitszustand sei den Anforderungen des Amtes doch nicht gewachsen — diese Fragen sind wohl bedeutsam zur Kennzeichnung der Verfahrenheit, die in den Regionen derer herrscht, die selbstherrlich eine ganze Nation zu leiten sich bemessen. Doch das Verbleiben oder das Abschiednehmen einzelner Minister oder eines Reichskanzlers wirkt nicht bestimmend auf die politische Entwicklung des Landes, nicht einmal auf die Gestaltung der aktuellen Angelegenheiten, vornehmlich der Fleischnotfrage. Selbst wenn sich jetzt, sei es die Regierung Bülow, sei es eine andere Regierung, entschließen würde, einige Maßregeln zur Linderung der Fleischnot zu suchen, darüber ist nicht zu zweifeln, daß **mehr als eine Milderung des Schlimmsten nicht zu erreichen ist, so lange das Grundübel nicht behoben wird.** Die Fleischteuerung ist eine Folgeerscheinung **der agrarischen Gesetzgebung und der agrarischen Verwaltungspolitik,** die seit Jahren planmäßig die Steigerung der Lebensmittelpreise erstreben.

Daher soll man sich auch keineswegs durch den nun selbst in den äußerst „staatserhaltenden" Blättern sich erhebenden Ruf nach Beseitigung des Notstandes täuschen lassen. **Die Parteien,** deren Sprachrohre diese Blätter sind, haben **selbst den jetzigen Notstand verschuldet,** da sie die agrarische Politik förderten und zum Siege führten. Ergehen sie sich jetzt wie die Köln. Ztg. in lauten Anklagen, steigern sie jetzt das Durcheinander der Regierungskrise, so dürfen sie nicht erwarten, daß das deutsche Volk die Schuld vergißt, die sie selbst an der schmählichen Aushungerungspolitik tragen.

Politische Uebersicht.

Dernburgereien.

Der neue Kolonialdirektor Dernburg hat in Halle an einem Festmahle teilgenommen, das die Abteilung **Halle** der deutschen Kolonialgesellschaft und die Abteilung des deutschen Frauenvereins für Krankenpflege in den Kolonien zu Ehren des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg veranstalteten. Da es bei solchen Gelegenheiten nicht ohne Reden und Trinksprüche abgeht, fühlte sich auch Herr Dernburg veranlaßt, das seinige zur Erhöhung der Stimmung beizutragen.

Er führte etwa folgendes aus:

„Als er vor etwa sechs Wochen vom Kaiser auf seinen Posten gerufen wurde, habe er sich nicht verhehlt, daß die ihm gestellte Aufgabe eine der schwersten sein werde, aber auch eine der erfolgreichsten sein könne. Er sei sich seiner **ungeheuren Verantwortung** bewußt und der weittragenden Folgen seiner Tätigkeit, die er unter schwarzen Wolken zu beginnen habe. Es übersteige eine Menschenkraft, **Kolonien wirtschaftlich zu machen;** Kraft und Geist eines Menschen reichten nicht aus dazu, solche Aufgaben könnten auch nicht von Nationen in Zeiten großer Spannung befriedigend gelöst werden, es gehöre vielmehr **fleißige Arbeit von Generationen** dazu. Er freue sich, daß er gerade in Halle a. S. zum ersten Male in einem größeren Kreise von Mitgliedern der Gesellschaft weilen dürfe, weil hier die Empfindung für **die großen Aufgaben der Kolonialverwaltung** besonders stark sei **und die nationale, wirtschaftliche, ethische und kulturelle Bedeutung unserer Kolonien** hier in einem ungewöhnlich großen Kreise von Mitarbeitern an der wichtigen Sache verständnisvolle Würdigung finde. Wenn die Hallesche Kolonial-Gesellschaft und der Frauenverein in allen deutschen Gauen richtige Nachfolge finde, dann werde auf sicherer Basis größeres Verständnis für unsere Kolonien geweckt. Und das sei **bitter notwendig, denn nach 22 Jahren deutscher Kolonialpolitik seien die Verhältnisse in den Kolonien sehr wenig bekannt im deutschen Volke, und das Interesse für die Kolonien beschränke sich noch immer auf kleine Kreise; es gäbe sogar viele deutsche Männer, die unsere Kolonien als teures Spielzeug betrachten. Die Kolonien seien aber wert, nicht als Appendix, sondern als richtige Stätten deutscher überseeischer Arbeit angesehen zu werden."**

Dernburgs Rede klingt bedenklich nach „gehobener" Trinkspruchstimmung. Trotzdem sie sich in so allgemeinen Phrasen bewegt, klingt deutlich genug durch, daß Dernburg bereit ist, als zuverlässige Stütze des bisherigen Systems zu

---

44]

Große Erwartungen.

Roman von **Charles Dickens.**

„Tölpel!" fügte der Schreiber abermals hinzu, wobei er ihn nochmals mit dem Ellbogen anstieß.

Nach einigem hilflosen Ratsuchen erhellte sich Mikes Gesicht, und er begann nochmals:

„Er ist wie ein anständiger Pastetenbäcker gekleidet. Eine Art von Koch."

„Ist er hier?" fragte mein Vormund.

„Er sitzt", sagte Mike, „draußen um die Ecke herum auf 'ner Türschwelle."

„Führt ihn vor diesem Fenster da vorbei, daß ich ihn mir ansehen kann."

Das Fenster, welches er bezeichnete, war das des Kontors. Wir stellten uns alle drei hinter die Drahtvorsetzer und sahen kurz darauf den Klienten wie durch Zufall vorbeigehen, begleitet von einem mörderisch aussehenden, großen Kerl in einem Anzuge von weißer Leinwand und mit einer Papiermütze auf dem Kopfe. Dieser arglose Konditor war nichts weniger als nüchtern, und hatte ein blutrünstiges Auge, in dem grünen Stadium der Genesung, welches er durch Malerei zu verbergen versucht hatte.

„Sagen Sie ihm, daß er auf der Stelle seinen Zeugen fortführt," sagte mein Vormund mit äußerster Entrüstung zu dem Schreiber, „und fragen Sie ihn, was er damit sagen will, daß er mir einen solchen Kerl herbringt!"

Mein Vormund führte mich dann in sein eigenes Zimmer, und während er sein Frühstück, das er in Form von mit Fleisch belegten Butterbrödchen und einem Fläschchen Sherry — und er schien sogar seinen Butterbrödchen Angst einzujagen, während er sie verzehrte — stehend zu sich nahm, unterrichtete er mich von den Arrangements, die er für mich getroffen.

Ich sollte nach „Barnards Inn", nach des jungen Mr. Pockets Junggesellenquartier gehen, wohin man ein Bett geschickt hatte für meinen Gebrauch; ich sollte bis zum Montage beim jungen Mr. Pocket bleiben; am Montage aber mit ihm einen Besuch in seines Vaters Hause machen, und versuchen, ob es mir dort gefiele. Auch sagte er mir, welche Summe man mir zur Verfügung gestellt habe — dieselbe war eine höchst anständige — und überreichte mir aus einem seiner Schubladen die Karten der verschiedenen Handwerker, bei denen ich die verschiedenen Toilettegegenstände und alle andern verständigen Bedürfnisse kaufen sollte.

„Sie werden finden, daß Sie Kredit haben, Mr. Pip," sagte mein Vormund, dessen Sherryfläschchen, als er hastig einen erquickenden Trunk daraus nahm, wie ein ganzes Oxhoft duftete, „aber auf diese Weise werde ich imstande sein, Ihre Rechnungen zu kontrollieren, und Sie festzuhalten, wenn ich finde, daß Sie es zu arg machen. Natürlich werden Sie auf eine oder die andere Weise auf Abwege geraten, aber das geht mich nichts an."

Nachdem ich über diese ermutigende Denkungsart ein wenig nachgegrübelt, fragte ich Mr. Jaggers, ob ich mir eine Droschke holen lassen dürfe? Er sagte, das sei nicht der Mühe wert, da ich meinem Bestimmungsorte so nahe sei; Wemmick solle, falls ich es wünsche, mich hinbringen.

Ich entdeckte hier, daß Wemmick der Schreiber im anstoßenden Zimmer sei. Man schellte, damit ein anderer Schreiber von oben herunterkäme, um seine Stelle während seines Ausbleibens einzunehmen, und ich folgte ihm in die Straße, nachdem ich mit einem Händedrucke von meinem Vormunde Abschied genommen. Wir fanden draußen eine Gruppe von Leuten vor, doch bahnte uns Wemmick einen Weg durch sie hindurch, indem er ganz trocken aber sehr entschieden sagte: „Ich sage euch, es nützt nichts; er will mit keinem einzigen von euch was zu tun haben" — wodurch wir sie bald los wurden, und dann neben einander dahingingen.

Einundzwanzigstes Kapitel.
Ein alter Bekannter.

„Da ich, als wir so dahin wanderten, meine Blicke auf Mr. Wemmick warf, um zu sehen, wie er im hellen Tageslichte aussehe, fand ich, daß er ein trocken aussehender Mann von gedrungener Gestalt war, der ein breites hölzernes Gesicht hatte, dessen Züge nur mangelhaft mit einem stumpfen Meißel herausgearbeitet zu sein schienen. Es waren einige Stellen darin, die Grübchen hätten sein können, falls das Material weicher und das Instrument schärfer gewesen wäre, die aber so bloß Runzeln waren. Der Meißel hatte drei oder vier solche Verschönerungsversuche über seiner Nase gemacht, sie jedoch wieder aufgegeben, ohne sich die Mühe zu geben, sie wieder fortzuglätten.

Ich urteilte nach dem schadhaften Zustande seiner Leibwäsche, daß er ein Junggeselle sei, und er schien eine ziemliche Anzahl von Verlusten in seiner Familie erlitten zu haben, denn er trug wenigstens vier Trauringe außer einer großen Busennadel, auf der eine Dame und eine Trauerweide neben einer Urne auf einem Grabe zu sehen waren. Auch bemerkte ich, daß mehrere Ringe und Petschafte an seiner Uhrkette hingen, wie wenn er förmlich beladen sei mit Andenken an dahingeschiedene Freunde.

Er hatte glitzernde Augen — kleine scharfe, schwarze Augen — und dünne, breite, bläuliche Lippen. Er hatte dieselben, so viel ich dies zu beurteilen vermochte, ungefähr vierzig bis fünfzig Jahre besessen.

„Sie waren bis jetzt also noch niemals in London?" sagte Mr. Wemmick zu mir.

„Nein," sagte ich.

„Ich war hier ebenfalls einst ein Neuling," sagte Mr. Wemmick. „Schnurrig, wenn man jetzt daran zurückdenkt!"

„Sie sind jetzt gut bekannt mit London, wie?"

„Nun ja," sagte Mr. Wemmick, „ich kenne seine Schliche."

„Ist es eine sehr gottlose Stadt?" fragte ich, mehr um überhaupt etwas zu sagen, als um mich belehren zu lassen.

„Sie können in London betrogen, bestohlen und gemordet werden. Aber es gibt anderswo auch Leute genug, die das für Sie tun würden."

„Falls böses Blut zwischen mir und ihnen herrschte," sagte ich, um die Sache ein wenig zu mildern.

„O! Das weiß ich nicht," entgegnete Mr. Wemmick

wirken. Wer sich etwa der Täuschung hingab, Dernburgs Berufung bedeute eine gründliche Reform und Neugestaltung des Systems, nach dem man bisher Kolonialpolitik betrieb, wird nun spüren, daß er sich täuschte. Alle Kolonialpatrioten werden erleichtert aufatmen. Der „Gefürchtete“, der „starke Mann“ für den Ausgleich und andere Erbaulichkeiten der Kolonialpolitik ist ein harmloser Geselle, der ihre Wässerlein nicht trüben wird.

Ueber die Methode, nach der der trinkspruchbereite Dernburg die „richtigen Stätten deutscher überseeischer Arbeit“ „wirtschaftlich“ zu machen gedenkt, teilt die Dortmunder Zeitung folgendes mit:

„Dernburgs Plan soll dahin gehen, zu beiden Seiten der großen Verkehrswege je 100 Kilometer Farmland militärisch zu besetzen und so ausreichend zu sichern, daß von seiten des Weißen den innerhalb dieses Radius siedenden Ansiedlern Leben und Besitz garantiert werden kann. Es sollen auf diese Weise gesichert werden: die Linie Swakopmund—Windhuk, Karibib—Otavi, Windhuk—Keetmanshoop und Keetmanshoop—Lüderitzbucht. Für die Sicherung der Viehzüchter in der Gegend direkt nördlich des Oranjeflusses soll der Ort Warmbad ein Blockhaus und eine größere Garnison erhalten. Alle Farmer und Händler, die sich außerhalb der 100-Kilometerschutzzone ansiedeln und bewegen, tun dies auf ihre eigene Gefahr. Mit der Zeit soll der Radius dieser Schutzlinie stetig vergrößert werden, bis in absehbarer Zeit die gesamte Kolonie gesichert sein wird. Es wird von Besprechungen, die der Kolonialdirektor mit dem Gouverneur v. Lindequist sofort nach seinem Eintreffen in Deutschland abhalten will, abhängen, wieviel Truppen für diesen Zweck die zukünftige Belegung des Schutzgebiets auf Grund dieses Planes bilden müssen. Oberst v. Deimling dürfte für eine solche Entscheidung weniger in Betracht kommen. Herr von Lindequist, und nicht der jetzige militärische Oberbefehlshaber, ist der Mann, der in zehn Jahren — eine so lange Frist scheint man sich für die endgültige Beruhigung des Landes gesetzt zu haben — von der Richtigkeit auch dieses Kalküls Rechnung ablegen muß. Für die nächsten zehn Jahre scheint man auf Grund dieses Planes in der Kolonialabteilung mit einem dauernden jährlichen Zuschuß von etwa 30 Millionen zu rechnen. Unberührt bleiben davon die außerordentlichen Aufwendungen, wie sie durch die Wiedereinbringung der Bahnvorlage Kubub—Keetmanshoop und die weitere Entschädigung der Ansiedler dargestellt sein werden. Endlich habe Dernburg die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission beim Reichskanzler befürwortet. Man wolle sich dabei an amerikanische Vorbilder halten.“

Also abgesehen von anderen Millionen-„Kleinigkeiten“ rechnet Dernburg mit einer Summe von 300 Millionen, die in zehn Jahren das Sand-, Dornen- und Typhusland „wirtschaftlich“ machen soll. Rechnet man die etwa 400 Millionen Mark hinzu, auf die die Rechnung für den Vernichtungskampf gegen die „frechen Aufständischen“ anschwellen wird, so kommen 700 Millionen auf das Konto der deutschen Steuerzahler, eine Summe, von der man getrost sagen kann, sie ist und wird nutzlos verpulvert.

Lopuchin über die Organisation der Pogrome.

Aus dem von der Ruff. Korresp. verbreiteten Wortlaut des Berichtes, den der Mitarbeiter des Grafen Witte, der frühere Direktor des Polizeidepartements, Lopuchin an den Minister Stolypin über die Organisation der Pogrome gab, entnehmen wir folgende Sätze:

„Im Januar dieses Jahres teilten mir einige Personen mit, es seien Anzeichen da, daß in verschiedenen Gegenden Rußlands jüdische Pogrome vorbereitet werden, und sie erbaten meine Unterstützung zur Verhinderung dieses Unglücks. Die Untersuchung dieser Angaben bestätigte ihre Wahrheit, überzeugte mich von der Anteilnahme der Regierungsvertreter an der Pogromvorbereitung und führte mich auf die Spur der Druckerei des Polizeidepartements. Am 20. Januar lud mich der Präsident des Ministerkomitees Graf Witte zu sich ein und forderte mich auf, ihm meine Ansichten mitzuteilen über die jüdische Frage und über die Ursachen der Anteilnahme des jüdischen Proletariats an der revolutionären Bewegung. Nachdem ich dem Grafen Witte meinen prinzipiellen Standpunkt in dieser Frage klargelegt hatte, teilte ich ihm zugleich mit, daß außer der juridischen Seite dieser Frage von Wichtigkeit noch eine andere sei, nämlich der Antisemitismus, der nicht nur durch die landesübliche rechtlose Lage der Juden bedingt ist, sondern auch durch die direkte absichtliche Provokation durch Vertreter der Regierungsgewalt. Ich machte dabei dem Grafen Witte von der speziell dieser Provokation dienenden Druckerei des Polizeidepartements Mitteilung, worüber übrigens in diesem Moment noch keine genügend ausführlichen Angaben in meinen Händen waren. Graf Witte gab mir, als einem Beamten, der dem Ministerium des Innern zugeteilt war, den Auftrag, womöglich eingehender die erwähnten Tatsachen zu untersuchen.

Folgendes wurde dann von mir festgestellt: Nach dem Manifest vom 30. Oktober 1905, als dank den Unruhen, die nach diesem Regierungsakt in vielen Ortschaften ausgebrochen sind, in gemäßigten Kreisen der Gesellschaft Anzeichen einer Reaktion auftauchten, unternahm der Chef der politischen Abteilung des Polizeidepartements, Beamter für besondere Aufträge beim Minister des Innern, Ratschkowski, zwecks einer Unterstützung und Stärkung dieser Reaktion, die Herausgabe entsprechender Aufrufe. Sie wurden damals von einem Gendarmerieoffizier gedruckt im Lokale der Petersburger Gendarmerieverwaltung, auf einer Druckpresse, die bei einer Haussuchung den Revolutionären abgenommen war. Ich hatte in meinen Händen einen von diesen Aufrufen; er wandte sich an die Arbeiter, trug die Unterschrift „Gruppe russischer Fabrikarbeiter Petersburgs“ und suchte das Vertrauen der Arbeiter zu ihren radikalen Führern zu vernichten durch die Behauptung, daß diese Führer die von den Arbeitern für den politischen Kampf gesammelten Gelder veruntreuten. Dieser Aufruf war nicht der einzige, der in der Gendarmerieverwaltung gedruckt wurde; ich konnte bei meiner Untersuchung die anderen Aufrufe nicht bekommen, da sie bereits verbreitet waren.

Als dann die Druckpresse, die früher den Revolutionären diente, sich als unzureichend erwies, wurde auf Kosten des Polizeidepartements eine vervollkommnete gekauft, die in einer Stunde 1500 Abdrücke liefern konnte. Sie wurde in der geheimen Abteilung des Polizeidepartements untergebracht. Die Aufsicht über ihre Arbeit wurde dem Rittmeister Kommissaroff übertragen; an der Arbeit waren zwei Setzer beschäftigt. Auf dieser Maschine wurde im Dezember 1905 und im Januar 1906 nicht einer, sondern eine ganze Anzahl von Aufrufen gedruckt; alle in verschiedenem Stil abgefaßt, aber alle gleichen Inhalts.

In allen diesen Aufrufen wurde neben einer Verurteilung der revolutionären Bewegung der Nachweis geführt, es seien an ihr hauptsächlich Andersgläubige, vor allem aber Juden, schuld; zum Kampfe gegen diese stachelten die Aufrufe an. In meinen Händen waren drei Aufrufe, die in der Typographie des Polizeidepartements gedruckt waren. Es waren, wie ich festgestellt habe, nicht die einzigen; der vierte befand sich in diesem Moment (3. Februar) erst im Satz. Er enthielt die allerunsinnigsten Beschuldigungen gegen die Juden und rief zu ihrem Boykott bei den Wahlen in die Reichsduma auf. Von den gedruckten Aufrufen, die in meinen Händen waren, erscheint einer aber besonders verbrecherisch; der Verfasser wendet sich an die Soldaten und ruft die Armee zum Kampf gegen die „Polen, Armenier und Juden“. Ein jeder Aufruf wurde in Tausenden von Exemplaren gedruckt. Der Aufruf an die Soldaten wurde in 5000 Exemplaren durch den Beamten für besondere Aufträge beim Wilnaer Generalgouverneur, Herrn Schkott, nach Wilna zur Verbreitung geschickt. Schkott verbreitete einen Teil selbst nachts in den Straßen der Stadt, den Rest übergab er dem Wilnaer Polizeimeister, der gegen den 28. Januar an das Polizeidepartement telegraphierte mit der Bitte, ihm in Anbetracht des Erfolges, welchen dieser Aufruf an die Soldaten hatte, eine neue Partie zu schicken. Der Aufruf wurde in einigen Tausenden Exemplaren abgedruckt und an den Wilnaer Polizeimeister abgesandt. Derselbe Aufruf wurde in Tausenden Exemplaren nach Kursk gesandt an den dorthin abkommandierten Arzt Michailoff, der auf die Aufforderung des Herrn Ratschkowski zum Geheimagenten des Polizeidepartements ernannt wurde. Michailoff forderte am 1. oder 2. Februar ebenfalls telegraphisch die Hinsendung einer neuen Partie dieses Aufrufes in Anbetracht seines besonderen Erfolges unter den Soldaten. Außerdem wurden die vom Polizeidepartement abgedruckten Aufrufe in Petersburg durch den Herrn Dubrovin und den unter seinem Vorsitz arbeitenden Verband des russischen Volkes verbreitet; in Moskau durch den Herausgeber der Moskowski Wedomosti Gringmut, dem eine große Partie dieser Aufrufe im Dezember 1905 in Moskau persönlich von Ratschkowski übergeben wurde. Die Provokationsaufrufe des Polizeidepartements wurden auch in anderen Städten durch die Polizei und die Gendarmen verbreitet.

Alles oben erzählte, habe ich im Januar dieses Jahres dem Präsidenten des Ministerkomitees, Grafen Witte, mitgeteilt und ihm die Exemplare aller obengenannten Aufrufe übergeben (eben deshalb habe ich augenblicklich keine zur Verfügung). Graf Witte zitierte sofort den Rittmeister Kommissaroff zu sich, der alle diese Mitteilungen bestätigte. Auch mir gegenüber hat Rittmeister Kommissaroff alle diese Mitteilungen ohne Ausnahme bestätigt. Er hat dabei erklärt, er habe gehandelt auf Befehl des Herrn Ratschkowski, den Text der Aufrufe habe er dann dem Direktor des Polizeidepartements Wuitsch zugestellt und sie erst dann in Satz gegeben, wenn der Direktor durch seine Unterschrift bestätigte, daß er den Aufruf gelesen habe.

Auf die nachdrückliche Forderung des Staatssekretärs Witte wurde die Tätigkeit der Druckerei des Polizeidepartements eingestellt. Dabei zerstörte Rittmeister Kommissaroff die Druckmaschine, um einen Vorwand zu haben, dem Befehle Ratschkowskis, die Aufrufe, ungeachtet des Verbots seitens Wittes, weiter zu drucken, nicht nachkommen zu müssen. Die Druckmaschine wurde aus dem Polizeidepartement in die Wohnung des Rittmeisters Kommissaroff hinübergeschafft.“

„Als ich im Januar und Februar die Angaben über die Organisation der Pogrome sammelte, traf ich unter den Beamten der politischen und allgemeinen Polizei niemand, der nicht von der unbedingten Ueberzeugung durchdrungen gewesen wäre, daß in Wirklichkeit zwei Regierungen existieren, von denen jede eine der anderen feindliche Politik führe: die eine in der Person des Staatssekretärs Witte, die andere in der Person des Generals Trepow, der nach der allgemeinen Ueberzeugung dem Kaiser Berichte über die Lage der Dinge im Lande im anderen Sinne erstattete, als das vom Grafen Witte gemacht ward, und auf diese Weise auf die Richtung der Politik einwirkte. Diese Auffassung findet auch wirklich ihre Begründung darin, daß General Trepow nach seiner Ernennung zum Palast-Kommandanten es durchgeführt hat, daß ihm spezielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden zur Anstellung spezieller, für ihn bestimmter Geheimagenten, und er auf diese Weise ein Werkzeug in seine Hände bekam, über das eigentlich nur der Minister des Innern verfügen sollte. Diese Auffassung findet ferner ihre Begründung darin, daß General Trepow auch, nachdem er im Oktober 1905 den Posten des Ministergehilfen des Innern aufgegeben hatte, es durchgesetzt hat, ohne Wissen des Ministers des Innern aus dem Polizeidepartement auch alle nur einigermaßen interessanten Dokumente zur Durchsicht zu bekommen und nicht nur einlaufende, sondern auch auslaufende, wenn sie auch gar nichts mit der Palast-Kommandantur zu tun hatten.

Welchen Zweck General Trepow auch mit den Geheimfonds und den Dokumenten des Polizeidepartements verfolgt haben mag, wie er auch seine Stellung auszunutzen gesinnt war, — es existiert unter den Untergebenen eurer Exzellenz die feste — richtige oder falsche — Ueberzeugung, daß General Trepow auf die Regierungspolitik einwirkte. Diese Ueberzeugung ist eben so fest, wie die Ueberzeugung, daß General Trepow mit der Pogrompolitik sympathisiere. Und welche Mittel das Ministerium gegen die Pogrome auch ins Werk setzen mag, sie werden sich so lange wiederholen, als die lokale Polizei die Ueberzeugung hat von der Machtlosigkeit des Ministeriums und von der Machtfülle anderer Gewalten....“

Anleihe und Verkauf von Rußlands Reichtümern.

Dem Nowyj Putj wird aus Kiew gemeldet, daß sich dort Vertreter englischer Kapitalisten aufhalten, die die Verhandlungen über eine finanziell-industrielle Kombination führen, die der russischen Regierung die Möglichkeit geben wird, eine Anleihe im Betrag von 100 Millionen Pfund Sterling abzuschließen.

Nach den von dem Slo wiedergegebenen Gerüchten sollen den ausländischen Kapitalisten verschiedene Konzessionen in naher Zukunft übergeben werden: Bergwerke im Donezgebiet, Eisenbahnen im europäischen Rußland und in Sibirien, Exploitation der Naphtaquellen im Kaukasus usw. usw.

Der 30. Oktober.

Petersburg, 31. Oktober. Der Jahrestag des Verfassungsmanifestes ist hier völlig ruhig verlaufen. Sämtliche Fabriken arbeiten, das verstärkte Polizeiaufgebot und die Militärpatrouillen erwiesen sich als überflüssig. Letztere wurden auch vielfach schon am Vormittag zurückgezogen. Trotz polizeilicher Erlaubnis waren die Häuser nur spärlich beflaggt, in den Fabrikvorstädten war überhaupt nicht zu bemerken, daß eine Erinnerungsfeier begangen wurde. Die Blätter widmen dem Jahrestage leitende Betrachtungen, die meistens von Resignation oder Bitterkeit Zeugnis ablegen. So wird im Towarischtsch aufgezählt, daß seit Oktober des vorigen Jahres 22721 Personen bei Pogroms, Zusammenstößen mit der Polizei oder dem Militär getötet, verwundet oder verletzt, 1513 Personen hingerichtet, 851 Personen zusammen zu 7138 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, 523 Zeitungen und Zeitschriften inhibiert, 647 Redakteure dem Gericht übergeben wurden.

Petersburg, 31. Oktober. Die hiesige Universität war, wie sich jetzt erweist, nur für den gestrigen Tag geschlossen. Heute finden wieder Vorlesungen statt.

Odessa, 31. Oktober. Die Stadt war gestern stark bewacht. Militär- und Polizeipatrouillen durchzogen die Straßen, im Arbeiterviertel waren Kosaken postiert. Der Generalgouverneur inspizierte sämtliche Polizeiämter der Stadt. Die Universität wurde geschlossen.

Der Ueberfall an der Wosnessenskibrücke.

Petersburg, 31. Oktober. Von den elf am Ueberfall auf den Geldtransport an der Wosnessenskibrücke beteiligten Personen wurden gestern acht vom Feldgericht zum Tode verurteilt. Das Urteil ist heute früh bei Kronstadt bereits vollzogen worden. Angeklagt waren elf Personen, darunter sechs Zeitungshändler, die offenbar für den Ueberfall angeworben waren. Nach Angaben der Geheimpolizei haben an dem Ueberfall mindestens 40 Personen teilgenommen. Drei Angeklagte wurden dem Militärgericht übergeben. Alle Forschungen der Polizei nach dem geraubten Gelde und nach der Dame, die mit dem Raub davongefahren ist, blieben erfolglos, da keiner der Arretierten bei der Untersuchung etwas ausgesagt hat. Man nimmt an, daß die Dame nach der Schweiz geflohen ist, um den russischen revolutionären Organisationen das Geld zu überbringen.

Petersburg, 31. Oktober. Wie jetzt amtlich festgestellt worden ist, beträgt die bei dem Raubanfalle auf der Wosnessenskibrücke am 27. Oktober gestohlene Summe 398 772 Rubel.

Blutarbeit.

Petersburg, 31. Oktober. Fünf Personen, die in Kronstadt auf das Kriegsgericht eine Bombe werfen wollten, darunter zwei Frauen und zwei Soldaten, sind zum Tode verurteilt worden. Das Urteil ist bereits vollstreckt worden. Ebenfalls ist eine an einem be-

---

„man hört nicht so viel von Erbitterung. Meistens wenn was dabei zu gewinnen ist.“

„Das macht's noch schlimmer.“

„Finden Sie das?“ sagte Mr. Wemmick. „Ziemlich einerlei, scheint mir.“

Er hatte den Hut sehr weit nach dem Hinterkopfe zu geschoben und blickte gerade vor sich hin, indem er auf eine selbstgenügsame Weise dahin ging, als ob in den Straßen nichts seiner Aufmerksamkeit würdig wäre. Sein Mund war ein wahrer Briefkasten von einem Munde, und erhielt dadurch ein Aussehen maschinenartigen Lächelns.

Wir waren bis an das obere Ende von Holborn Hill gelangt, ehe ich mir bewußt wurde, daß er nur das maschinenartige Ansehen habe, und durchaus nicht im geringsten lächelte.

„Wissen Sie, wo Mr. Matthew Pocket wohnt?“ fragte ich Mr. Wemmick.

„Ja,“ sagte er, in der Richtung hin nickend. „In Hammersmith, westlich von London.“

„Ist das weit von London?“

„Nun, etwa fünf Meilen.“

„Kennen Sie ihn?“

„Ei, Sie sind ja ein förmlicher Inquirent!“ sagte Mr. Wemmick, mich mit beifälliger Miene anblickend. „Ja, ich kenne ihn. Ich kenne ihn!“

Es lag in der Art und Weise, in der er dies sagte, etwas wie Nachsicht und Herabsetzung, das mich einigermaßen niederdrückte: und ich war noch beschäftigt, von der Seite sein holzblockartiges Gesicht zu studieren und in demselben eine ermutigende Note zu jenem Texte zu suchen, als er mir ankündigte, daß wir in „Barnards Inn“ angelangt seien.

Meine Niedergeschlagenheit wurde durch diese Nachricht nicht beseitigt, denn ich hatte mir unter diesem Namen ein Gasthaus vorgestellt, dessen Wirt ein gewisser Barnard sei, und mit dem verglichen der Blaue Eber in unserm Städtchen eine bloße Schenke wäre. Wohingegen ich jetzt gewahr wurde, daß Barnard nur ein Gespenst, oder eine Fiktion, und das nach ihm benannte Gebäude der rußigste Haufen schäbiger alter Häuser war, die je in einem wüsten Winkel, als Klub für Kater, zusammengedrängt waren.

Wir gelangten in diesen Hafen durch ein eisernes Pförtchen, und wurden durch einen einleitenden Gang in ein melancholisches kleines Viereck eingeführt, das mir wie ein sehr eingeengter Begräbnisplatz aussah. Es schien mir, daß sich hier die trübseligsten Bäume, die trübseligsten Sperlinge, die trübseligsten Katzen und die trübseligsten Häuser (etwa ein halbes Dutzend der letzteren) befanden, die ich je im Leben gesehen.

Es schien mir, daß die Fenster der verschiedenen Abteilungen von Junggesellenwohnungen, in welche die Häuser abgeteilt waren, sich in jedem erdenklichen Stadium von zerfetzten Rouleaus und Gardinen, zerbrochenen Blumentöpfen und Fensterscheiben, staubigem Verfall und erbärmlichem Notbehelf befanden, während mir aus jedem leeren Zimmer: „Zu vermieten!“ „Zu vermieten!“ „Zu vermieten!“ entgegenstarrte, als ob keine neuen Unglücksvögel mehr herkämen, und die Rachsucht der Seele Barnards sich durch den allmählichen Selbstmord der jetzigen Bewohner und ihrer ungeweihten Beerdigung unter dem Kies, langsam besänftige.

Ein schmutziger Traueranzug, aus Ruß und Rauch angefertigt (schien mir's), drapierte diese elende Schöpfung Barnards, und dieselbe hatte Asche auf ihr Haupt gestreut, und auf alle ihre Glieder, und hatte sich der Buße und Kasteiung unterzogen, als ein bloßes Kehrichtloch. So viel über das, was das Gesichtsorgan anging; während trockner und nasser Schwamm und jede erdenkliche stille Fäulnis, die in vernachlässigten Dächern und Kellern fault, Fäulnis von Ratten und Mäusen und Wanzen und Wagenremisen und Pferdeställen in nächster Nähe außerdem auf matte Weise meinen Geruchssinn angriff und mir entgegenstöhnte: „Probiere Barnards Mischung.“

So unvollkommen war diese erste Verwirklichung meiner großen Erwartungen, daß ich bestürzt Mr. Wemmick anblickte. „Ah!“ sagte er, mich mißverstehend; „die Abgelegenheit erinnert Sie wohl ans Land? Ja, mich auch.“

Er führte mich in einen Winkel, und hier eine Treppenflucht hinauf — welche mir den Eindruck machte, als zerfalle sie langsam in Sägespäne, so daß die Bewohner der oberen Etagen eines Tages zu ihren Türen herausschauen und gewahr werden würden, daß sie nicht mehr imstande seien, hinunter zu kommen — nach einer Logisabteilung in der obersten Etage. Auf die Tür war „Mr. Pocket jun.“ gemalt und auf dem Briefkasten lag ein Zettel mit den Worten: „Komme gleich wieder.“

„Wir erwarteten Sie kaum so bald,“ sagte Mr. Wemmick erklärend. „Sie brauchen mich ferner nicht?“

„Nein, ich danke Ihnen,“ sagte ich.

„Da ich das Geld in Händen habe,“ bemerkte Mr. Wemmick, „werden wir beide höchst wahrscheinlich ziemlich oft zusammenkommen. Guten Tag.“

„Guten Tag.“

Ich hielt ihm meine Hand entgegen, und Mr. Wemmick betrachtete sie zuerst, als denke er, ich wolle etwas von ihm haben. Dann schaute er mich an und sagte, sich verbessernd: „O gewiß! Jawohl. Sie sind gewohnt, den Leuten die Hand zu geben?“

Ich war ein wenig verwirrt, indem ich annahm, es müsse in London nicht Mode sein, doch sagte ich ja.

„Ich bin so aus der Gewohnheit gekommen!“ sagte Mr. Wemmick — „ausgenommen zuletzt. Freut mich wirklich sehr, Ihre Bekanntschaft gemacht zu haben. Guten Tag!“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Satire.

Reihenfolge.

Der Schah auf die Verfassung schwor;
In China steht sie auch bevor.

Nun fehlt nur noch Afghanistan,
Haiti und Belutschistan,
Dann kommt wohl — Mecklenburg heran...

(Wahrer Jakob.)

waffneten Ueberfall auf einen Kolonialwarenladen beteiligte Person verurteilt und hingerichtet worden.

Die Studentenbewegung.

Krakau, 31. Oktober. Als heute vormittag einige Professoren in der Universität ihre Vorlesungen begannen, wurden sie mehrfach von den zahlreich erschienenen Studenten unterbrochen. Auf den Gängen des Universitätsgebäudes stimmte eine Anzahl Studenten revolutionäre Lieder an, was andere Studenten zu lärmendem Widerspruche veranlaßte. Der Rektor gab hierauf bekannt, daß die Universität bis zum 12. November geschlossen sei. Als dann die Studenten beschlossen, zu einer Versammlung zusammenzutreten, wurden die Tore geschlossen. Die Studenten rotteten sich vor dem Gebäude zusammen, gingen aber auf Aufforderung der Polizei auseinander.

* * *

Wilna, 30. Oktober. In voriger Nacht verhaftete die Polizei 24 Personen, unter ihnen einen Gymnasiasten, wegen Angehörigkeit zu revolutionären Organisationen.

Tiflis, 31. Oktober. Bei dem Dorfe Salich stieß eine Abteilung Freiwilliger auf eine 16 Mann starke bewaffnete Räuberbande. Es wurden drei Stunden lang Schüsse gewechselt. Zwei Freiwillige und ein Jude, den die Räuber als Gefangenen mit sich führten, wurden getötet, ein Räuber wurde verwundet, ein Armenier und ein Jude, die ebenfalls Gefangene der Räuber waren, entflohen während des Gefechtes.

Deutsches Reich.

Götz und Genossen.

Von allerhand „Merkwürdigkeiten" in den Verfahren gegen Götz und Genossen berichtet die Freisinnige Zeitung:

„Den Angeschuldigten war über das Ergebnis ihres Gesuches, durch das sie den Untersuchungsrichter Schmidt wegen Befangenheit ablehnten, noch nichts bekannt geworden, so daß sie sich also über weitere Schritte im Falle der Ablehnung ihres Gesuchs noch gar nicht schlüssig machen konnten, als der abgelehnte Richter bereits die Vernehmung eines neuen Zeugen vornehmen wollte. Erst ein Rohrpostbrief der Angeschuldigten an den Untersuchungsrichter verhinderte die, wie sich hierbei herausstellte, keineswegs unaufschiebbare Vernehmung eines Zeugen. Demnächst ging dem Verteidiger der Angeschuldigten, Rechtsanwalt Sonnenfeld, der Beschluß der Strafkammer zu. Dieser Beschluß erklärte das Ablehnungsgesuch für unbegründet, und zwar, weil — im Gegensatz zu der Behauptung der Angeschuldigten — durch die dienstliche Erklärung des Untersuchungsrichters die Ueberlassung des beschlagnahmten Aktenmaterials an die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes beziehungsweise an einzelne Beamte dieser Behörde in Abrede gestellt wurde. Dem Untersuchungsrichter selbst aber muß diese Begründung doch recht bedenklich erschienen sein, denn auf seinen Antrag erfolgte durch einen zweiten Beschluß über den gleichen Ablehnungsantrag durch ein und dieselbe Strafkammer eine recht auffallende Abänderung dahin, daß der Untersuchungsrichter doch Untersuchungsmaterial einzelnen Beamten des Auswärtigen Amtes überlassen habe, und zwar, wie hinzugefügt ist, soweit es der Zweck der Untersuchung erforderte. Diese zweifache, widerspruchsvolle Begründung ist ein in der Justiz etwas ungewöhnlicher Vorgang, der die Frage anregt: Hat etwa der Untersuchungsrichter anfangs etwas bestritten, was er später zugeben mußte? Auf diese naheliegende Frage gibt aber keiner der beiden Beschlüsse eine Antwort."

Von den Angeschuldigten ist jetzt wegen des Ablehnungsgesuchs das Kammergericht als höhere Instanz angerufen worden.

Nachspiele von den Nürnberger Kriegstagen.

G. Als im August der Stadtmagistrat in Nürnberg den mit Streik überzogenen Unternehmern durch ein Verbot des Streikpostenstehens zu Hilfe kam, behauptete die Fränkische Tagespost, es seien schon vorher von der Polizei Leute wegen Streikpostenstehens angezeigt und auch mit Strafmandaten bedacht worden. Die Folge war, daß gegen den verantwortlichen Redakteur Untersuchung wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen eingeleitet wurde. Nachdem aber der Beschuldigte dem Untersuchungsrichter sein Material, das obige Behauptung stützen sollte, vorgelegt hatte, scheint der Staatsanwalt selbst zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß wirklich Strafen auf Grund eines noch gar nicht bestehenden Verbots verhängt worden sind, denn er hat jetzt die Einstellung des Verfahrens angeordnet.

Die Streikjustiz ist noch immer eifrig am Werke, um die verletzte Ehre der Streikbrecher zu reparieren. Täglich werden Streiksünder abgeurteilt. Für heute nur zwei Fälle. Der Schlosser Hübner traf eines Tages, als er Streikposten vor den Unionwerken kontrollierte, den Mechaniker May, der eben in der Fabrik um Arbeit nachsuchen wollte. Er fragte ihn, ob er sich denn als junger Mensch nicht schäme, einen Streikbrecher zu machen, nachdem doch alle Leute am Streik beteiligt seien. Der junge Mann schämte sich nicht. Als ihn Hübner fragte, ob er organisiert sei, zog er ein Mitgliedsbuch aus der Tasche, das Hübner an sich nahm, um es im Streiklokal abzuliefern, da er der Meinung war, es sei ein Buch des Deutschen Metallarbeiterverbandes, es war aber ein solches von den Christlichen. Als man den Irrtum bemerkte, wurde das Buch sofort zurückgegeben. Die christliche Presse hat i. J. aus dem Vorfall einen Raubanfall gemacht. Hübner wurde des Diebstahls angeklagt, da man ihn aber wegen dieses Raubs nicht verurteilen konnte, wurde aus der obigen, in ruhigem Tone gemachten Aeußerung ein Vergehen wider § 153 gemacht und auf acht Tage Gefängnis erkannt. Als erschwerend fiel ins Gewicht, daß H. durch seine Aeußerung zu den Unruhen beigetragen habe! Der Vorfall spielte sich aber am 13. Juni ab, während die Unruhen in der dritten und vierten Augustwoche vorkamen.

Eine feine Blüte des Streikbrecherschutzes ist auch folgender Fall. An einem Neubau arbeiteten Streikbrecher, von denen einer ein Kind mit einem Besen mißhandelte. Darüber empörte sich die Nachbarschaft. Nun fingen die Streikbrecher zu schimpfen an, nannten eine ältere Frau „Drecksau", belegten deren Tochter mit einem Namen, den der Volksmund Prostituierten gibt, ꝛc. Die auf solche Weise Beleidigten antworteten durch den Zuruf: „Streikbrecher!" Das war ein Verbrechen an der Arbeitswilligenmajestät und führte die Leute wegen Vergehens gegen § 153 vor Gericht. Dieses nahm zwar als erwiesen an, daß die Streikbrecher zuerst geschimpft hätten, das sei aber kein Grund gewesen, sie durch das Wort Streikbrecher zu beleidigen, denn dadurch habe man sie zur Niederlegung der Arbeit veranlassen wollen. Die Frau wurde zu drei, ihre Tochter und ein Mann zu je acht Tagen Gefängnis verurteilt.

Die preußischen und sächsischen Richter können bald mit Neid auf ihre bayrischen Kollegen blicken.

Vom polnischen Kriegsschauplatze. Kultusminister Dr. Studt gedenkt sich demnächst nach Posen zu begeben, um sich dort über die durch den polnischen Schulstreik hervorgerufenen Verhältnisse persönlich zu unterrichten. Erst nach seiner Rückkehr dürften, wie der Lokalanzeiger vermutet, dann die „endgültigen Entscheidungen" über weiter zu ergreifende Maßnahmen getroffen werden.

In Schroda, wo die Kinder der katholischen Schule in ihrem Vorhaben, im Religionsunterricht nicht deutsch zu antworten, beharren, hat die Regierung beschlossen, vier weitere Lehrkräfte anzustellen.

In Hohensalza überfiel ein Haufe polnischer Fanatiker das Volksschulhaus. Die Menge warf die Scheiben ein, demolierte das Gebäude und verwüstete und verunreinigte das Anwesen. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Versagte Gnade. 25 englische Schriftsteller hatten dem deutschen Kaiser ein Gnadengesuch eingereicht für den Redakteur Mathias von Wierzbicki, der von der Strafkammer in Posen wegen Aufreizung durch einen Artikel in der Zeitung Praca zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Das Gnadengesuch ist abschlägig beschieden worden.

Unzureichende Kaiserehrung. Ein Kriegerverein zu Neukirch in der Neumark hatte beschlossen, am Kriegerdenkmal zu Neukirch nachträglich ein Reliefbildnis Wilhelm I. anbringen zu lassen, wozu eine Summe von 360 M. bereits zusammengebracht war. Der Ausführung mußte jedoch die behördliche Genehmigung eingeholt werden. Diese nun wurde versagt mit der Motivierung, daß der Kaiser von seinem Großvater und von seinem Vater als Denkmäler nur Standbilder oder Büsten aber keine Reliefporträts wünsche. Der Kriegerverein nahm darauf Abstand von seinem Plane und will nun die gespendeten Gelder an die Zeichner wieder zurückzahlen.

Die drei Pückler-Versammlungen, die für die nächste Zeit angesagt waren, sind für Berlin und die Vororte verboten worden.

Ein teurer „Spaß". Nicht weniger als 50 Einwohner der umliegenden Orte hatten sich nach einer Meldung aus Greiz wegen Verhöhnung kirchlicher Einrichtungen vor der Strafkammer in Greiz zu verantworten. Am 3. Osterfeiertag hatten sie am hellen Tage eine sogenannte Bierleiche begleitet, wobei auch ein imitierter Pater und ein Küster mitwirkten. Die letzteren erhielten „wegen öffentlicher Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen und Gebräuche" 2 Monate bezw. 6 Wochen Gefängnis, die übrigen Teilnehmer Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Wochen.

Kleine politische Nachrichten. Nach amtlicher Mitteilung aus Deutsch-Südwestafrika wurden 10 Kilometer nördlich von Keetmanshoop der Farmer Schütte sowie die Buren Hanekam und Potgieter von Viehräubern erschossen. — Die Handelsvertragsverhandlungen Spaniens mit dem Deutschen Reiche sind im Gange. Ueber die besprochenen Punkte und das Ergebnis der Besprechungen wird Stillschweigen beobachtet. — Dem Echo de Paris zufolge enthält ein vom Generalstabe seit einiger Zeit vorbereiteter Gesetzesvorschlag die Verminderung der Kavallerie um sieben Regimenter, fünf Kürassier- und zwei Regimenter afrikanischer Jäger, und zwar um die Mittel für die neuen Artillerieausgaben zu beschaffen. — Nach beendigter Voruntersuchung wegen des Bombenfundes in Ancona teilte der Staatsanwalt den Verhafteten mit, daß das Verfahren wegen eines auf den König geplanten Attentates mangels an Beweisen eingestellt sei und sie nur noch wegen Vereinigung zu Verbrechen und Herstellung und Aufbewahrung von Explosivstoffen abgeurteilt würden. Einen ähnlichen Ausgang dürfte auch die Voruntersuchung wegen des Bombenfundes in Castelferretti nehmen. — In Neuyork wurden mehrere Anarchisten, darunter die Führerin Emma Goldmann, wegen Verherrlichung der Ermordung Mac Kinleys verhaftet.

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichische Wahlreform. Im Abgeordnetenhause lief am Dienstag ein Dringlichkeitsantrag Geßmann wegen sofortiger Vornahme der zweiten Lesung der Wahlreformvorlage ein. Das Haus nahm das Nordbahngesetz an. Als der Präsident darauf die Sitzung abbrechen wollte, beantragte der Alldeutsche Stein, die Sitzung fortzusetzen, um den ersten Teil des Dringlichkeitsantrags Geßmann zu erledigen, der den Wahlreformausschuß auffordert, innerhalb 24 Stunden dem Hause seinen Bericht zu unterbreiten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Von dem Grafen Sternberg, den Slowenen, der freien Vereinigung, der Vertretung gewerblicher Interessen und den tschechischen Radikalen sind 25 Dringlichkeitsanträge eingebracht worden. Sobotka erklärte, die tschechischen Radikalen brächten Dringlichkeitsanträge ein, um zu dokumentieren, daß sie bestrebt seien, mit allen Mitteln die ungerechte, den Tschechen feindliche Wahlreform zu verhindern.

Budapester Ausstandskämpfe. Mittwoch kam es in der äußeren Waitznerstraße zwischen Arbeitern der Nikolsonschen Maschinenfabrik, welche vorüberfahrende Straßenbahnwaggons mit Steinen bombardierten, zu förmlichem Kampf, wobei neun Personen schwer, über 20 leicht verletzt wurden.

W. T.-B. meldet: Die ausständigen Straßenbahn-Angestellten fordern jetzt nur noch Wiedereinstellung aller Ausständigen und sind mit den bisherigen Zugeständnissen zufrieden. Der Straßenbahnverkehr ist fast normal (?)

Wie in Ungarn Wahlen gemacht werden. Kürzlich wurde das Mandat des unabhängigen Abgeordneten Dr. Koloman Kiß für den Varbanyer Wahlkreis kassiert. Es wurde festgestellt, daß der genannte Abgeordnete, der übrigens nur mit einer Stimme Majorität gewählt worden war, fast sein ganzes Vermögen für Trinkgelage, Banketts und direkte Bestechungen verpulvert hatte. Für die Beseitigung eines gegnerischen Parteiführers aus der Gemeinde hatte er 1000 Kronen hergegeben. Wie wertvoll muß ein Abgeordnetenmandat in Ungarn sein, wenn solche Opfer hierfür aufgewendet werden. —

Frankreich.

Die Lutin-Katastrophe. Bei dem Totenamte für die Opfer des Lutin, das in Anwesenheit des Seepräfekten Admirals Marquis in der Toulouer Kathedrale gefeiert wurde, erging sich Bischof Guillibert in seiner Predigt in hartem Tadel gegen die Flottenverwaltung, die alle nach dem Untergange des Farfadet angekündigten Vorsichtsmaßregeln vernachlässigt und dadurch das neue Unglück mit verschuldet habe. Der Seepräfekt schrieb darauf dem Bischof, seine Frau nehme ihre Zusage zurück, an der in 14 Tagen abzuhaltenden zweiten Feier als Almosensammlerin teilzunehmen.

Das Ruhetagsgesetz. Etwa 200 Krankenwärter der öffentlichen Spitäler von Paris versuchten Montag abend eine Straßenkundgebung gegen den nationalistischen Abgeordneten Berry, der in der nächsten Kammertagung die Abänderung des Gesetzes über den wöchentlichen Ruhetag beantragen will, wonach die Krankenwärter von der Wohltat dieses Gesetzes ausgeschlossen sein sollen. Die Ansammlung wurde von der Polizei auseinandergetrieben. Doch gelang es einigen der Krankenwärter, in das Haus Berrys einzudringen. Er weigerte sich, sie zu empfangen. Mehrere Krankenwärter wurden verhaftet, nach Aufnahme eines Protokolls jedoch wieder freigelassen.

Afrika.

Die marokkanischen Wirren. Der Lokalanzeiger berichtet aus Paris: Nach Meldungen aus Tanger wird die Diplomatie die zwölf Punkte, die das Protokoll von Algeciras den Vertretern der Mächte in Tanger überließ, alsbald zu diskutieren beginnen. Unter diesen offen gebliebenen Fragen sind die des Tabakmonopols, der öffentlichen Abgaben, der Zölle und der Abwehr des Schmuggels. Baron Rosen übergab in Fez dem Sultan die dritte Rate des vor der Konferenz von Algeciras abgeschlossenen Anlehens, nämlich 2 000 000 Franken und außerdem einen Fesselballon als Geschenk Kaiser Wilhelms. „Der Ballon war von einem deutschen Offizier mitgebracht worden und wurde sofort in die Höhe gelassen."

*

Im Gegensatz zu den beruhigender lautenden offiziösen Nachrichten aus Marokko melden Privatdepeschen, daß im Bezirk Tafilet alle Vorbereitungen für den heiligen Krieg getroffen sind, und daß die Stämme, die sich gegenwärtig im Osten, Norden und Nordosten von Marakesch heftig bekriegen, durch eine zielbewußte Agitation zum Aufgeben ihrer Fehden veranlaßt und zum Anschluß an die fremdenfeindliche Bewegung gewonnen werden könnten.

*

Die spanische Regierung hat beschlossen, den Kreuzer Prinzessin von Asturien nach Tanger zu entsenden. Es sind Maßregeln getroffen worden, daß der Kreuzer möglichst schnell dahin abdampfen kann.

*

13 von Raisuli entlaufene Gefangene sind unter starker Bedeckung in Tanger eingetroffen. In der Umgegend herrscht Ruhe, da die Eingeborenen, die vernommen haben, daß Frankreich und Spanien Truppen landen würden, wenn die Sicherheit von Tanger bedroht werden würde, diesen Fall vermeiden wollen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zum Streik der Binnenschiffer. Die Generalversammlung des Unternehmerverbandes für Binnenschiffahrt und verw. Gewerbe hat in Berlin **gestern zum Streik der Binnenschiffer** folgende Resolution beschlossen:

„Die Versammlung beschließt, angesichts **des Kontraktbruchs (!) der ausständigen Mannschaften** auf dem Standpunkt zu beharren, daß **nach wie vor** jede Verhandlung mit dem Hafenarbeiterverband abgelehnt wird und daß Verhandlungen mit den einzelnen kontraktbrüchigen Arbeitern so lange ausgeschlossen sind, als sie die Arbeit nicht bedingungslos aufgenommen haben. Gleichzeitig wird ausdrücklich festgestellt, daß von den Mitgliedern des Unternehmerverbandes eine Verständigung über die Art der Regelung des Arbeitsverhältnisses direkt mit ihren Schiffsmannschaften niemals abgelehnt worden ist."

Die ganze Dickschädelei des grollenden **Unternehmertums** spricht aus jedem Satze dieser Resolution. Erst belieben die Herrschaften einen Kontraktbruch der Arbeiter zu konstruieren, um einen Scheingrund zur Ablehnung der Verhandlungen zu haben, dann behaupten sie dreist und gottesfürchtig, daß sie eine Verständigung mit ihren Schiffsmannschaften niemals abgelehnt hätten.

Auch der konzessionierte sächsische Schifferverein hat sich in einer Versammlung mit dem Streik beschäftigt, wobei man zu der Resolution kam, „daß alle besonnenen Elemente der Elbschiffahrtsberufsgenossenschaft die Pflicht hätten, die Streikenden sämtlich zur Ruhe und Ordnung zu ermahnen und die Vertragsbrüchigen aufzufordern, ihre Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen."

Im Streik der Binnenschiffer hat sich die Situation zugespitzt, weil die Steuerleute der vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften von morgen ab jede Streikarbeit verweigern und nicht mehr mit Streikbrechern fahren wollen. Gestern wurden 42 Kähne elbaufwärts expediert, 143 vollgeladene Kähne warten noch auf Abfertigung.

Z. **Eine Lohnaufbesserung** von 120 Franken im Jahr soll in Bern allen städtischen Arbeitern bewilligt werden.

G. **Ein Streik der Textilarbeiter** (Andreher) in Erlangen endete nach kurzer Dauer durch gegenseitige Vereinbarung. Die Andreher bekommen im ersten Jahre 60, im zweiten 65, im dritten 70 Prozent vom Lohn des Spinners. Verlangt war die gleiche Steigerung in halbjährigen Zwischenräumen. Der Lohn der Halbspinner wurde von 80 auf 85 Prozent erhöht.

Zur Bewegung der Seemänner. Sechs Fischdampfer mit an Bord zurückgekehrten Matrosen und Heizern, die wieder zu den bisherigen Bedingungen fahren, sind heute in See gegangen. Im ganzen sind nur etwa 160 Mann noch ausständig. Man erwartet, daß bis morgen früh der Rest der Fischdampfer die Reise antritt.

Letzte Telegramme.

Kolonial-Vorschuß.

Berlin 1. November. Der frühere stellvertretende Kolonialdirektor Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg erklärt jetzt im Lok.-Anz.: „Richtig ist, daß, als ich die Leitung der Kolonialverwaltung unter der ausdrücklichen Voraussetzung übernommen hatte, demnächst als Staatssekretär an die Spitze eines selbständigen Reichsamtes zu treten, und daran ging, die mit einer entsprechenden Niederlassung in Berlin verbundenen zahlreichen Anschaffungen zu bewerkstelligen, mir auf meinen Wunsch ein Vorschuß gewährt wurde, welchen ich alsdann in Form von Abzügen an meinem etatsmäßigen Gehalt an die Reichskasse zurückerstattete." Aus anderen Fonds habe er diese Summe dann nicht wieder erhalten.

(Der Erbprinz bestätigt also, daß auf die Inhaberschaft eines Amtes, das der Reichstag noch nicht bewilligt hat, Vorschüsse gegeben und in Empfang genommen worden sind. Reizende Wirtschaft! D. Red.)

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Berlin, 1. November. Zu dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der dem Reichstag bei seinem Zusammentritt zugehen soll, will die Germania erfahren haben, daß die verbündeten Regierungen sich dahin entschieden haben, die Frage der zivilrechtlichen Haftbarkeit für die infolge von Streiks entstandenen Schäden in dem Gesetz unberührt zu lassen, so daß hier nur die allgemein rechtlichen Bestimmungen zur Anwendung gelangen können. Danach würde man also darauf verzichtet haben, ausdrücklich auszusprechen, daß die Berufsvereine bezw. ihre Vorstände für den Schaden haftbar sind, den ein Unternehmer durch einen von einem Berufsverein eingeleiteten Streik erleidet. Indessen bleibt die Bestätigung dieser Meldung abzuwarten.

„Kontraktbruch."

Hamburg, 1. November. In der Entschädigungsklage des Arbeitgeberschutzverbandes der Holzindustrie Hamburgs und der Nachbarstädte gegen erstens den deutschen Holzarbeiterverband, zweitens die Verwaltungsstelle Hamburg-Altona dieses Verbandes, drittens dessen Vorsitzenden Adam Neumann-Hamburg fand gestern Verhandlung vor der Zivilkammer des hiesigen Landgerichts statt. Der klägerische Verband, der 13 hiesige Firmen der Holzbranche vertritt, fordert eine Entschädigung von 6500 M., weil die Beklagten den am 16. Mai geschlossenen, bis zum 1. April 1908 laufenden Kontrakt zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Holzarbeiterverband verletzt hätten, indem sie nach der Teilnahme an der sozialdemokratischen Maifeier und nach Ablauf der folgenden drei Tage, an denen sie auf Beschluß der Arbeitgeber die Arbeit aussetzen mußten, als Bedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde forderten. Von den Beklagten wurde heute der Einwand geltend gemacht, daß das hiesige Landgericht nicht zuständig sei, da der Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes seinen Wohnsitz in Stuttgart habe. Das Gericht verwarf diesen Einwand in einem Zwischenurteil als unbegründet. Die weitere Verhandlung wurde vertagt.

Der Prozeß gegen Rosa Luxemburg vertagt.

Jena, 1. November. Die Verhandlung gegen Rosa Luxemburg wegen „Aufreizung zum Klassenhaß" durch ihre Jenenser Parteitagsrede ist auf den 12. Dezember verschoben worden.

Die Fleischnot.

Koburg, 1. November. Die Handelskammer nahm eine scharfe Resolution in Sachen der Fleischnot an. Die Regierung habe unbedingt die Verpflichtung zur Abstellung der Mißstände. Die Verteuerung der Lebensmittel mache den Arbeitern eine ordnungsmäßige Ernährung unmöglich. Das bedeute eine große Gefahr für die Industrie.

Alters- und Invalidenversorgung.

Paris, 1. November. Wegen des Gesetzentwurfes über die Arbeiterpensionskasse verlautet, daß der Finanzminister dieser Kasse zunächst einen jährlichen Beitrag von 130 Millionen Franken zuführen will. Der Finanzminister hofft, es werde ihm möglich sein, 50 Millionen Franken Mehrerträgnisse aus der Einkommensteuer und 80 Millionen aus der Erhöhung der Erbschaftssteuer zu erzielen.

Flucht aus der Festung Schlüsselburg.

Petersburg, 1. November. (Lokalanzeiger-Meldung.) Der politische Verbrecher Gerschuni ist vor kurzem aus der Festung Schlüsselburg entkommen, wo er mehrere Jahre interniert war, nachdem er zuvor nach Sibirien transportiert, dort aber entflohen war, und zwar aus dem Gefängnis Akatujew des Bezirks Nertschinsk. Die Flucht aus Schlüsselburg erfolgte mittels einer leeren Tonne, die aus dem Gefängnishof weggerollt wurde. Gerschuni war der Urheber vieler Staatsverbrechen, seinerzeit auch der Eisenbahnkatastrophe von Borki, wobei Zar Alexander III. nebst Familie beinahe das Leben eingebüßt hätte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19061101/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Fortschritt Stiefel
EINGETR. MARKE
Grösstes Schuhlager Dresdens
L. Neustadt
Wettinerstr. 31–33
Pirnaischer Platz
Bischofs-Platz 6
Augsburgerstr. 22

Freitag den 2. November 1906, abends 9 Uhr

Volks-Versammlung

im **Saale der Tonhalle,** Glacisstraße.

Tages-Ordnung:

Referat des Herrn Redakteurs **F. Düvell** über: **Das Kinderschutzgesetz und seine Bedeutung für Haus, Schule und Gemeinde** (unter besonderer Berücksichtigung der Dresdner Kinderbeschäftigungs-Anstalten).

Diskussion.

Es ist Pflicht eines jeden, dem das Wohl der Kinder am Herzen liegt, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Kinderschutz-Kommission.

Plauenscher Grund.

Freitag den 2. November, abends 9 Uhr

Volks-Versammlung

im **Gasthof zur roten Schänke** in **Döhlen.**

Tages-Ordnung:

Der Reichstag und die Lebensmittelverteuerung.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Daniel Stücklen.**

Debatte.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen **Der Einberufer.**

Achtung! Borlas und Umg. Achtung!

Sonntag den 4. November, nachmittags 3 Uhr

Volks-Versammlung

im **Gasthof zu Borlas.**

Tages-Ordnung:

Wer trägt die Schuld an der Lebensmittelverteuerung?

Referent: **Hermann Fleissner**-Dresden.

Debatte. – Freie Aussprache für jedermann.

Massenhaftes Erscheinen in dieser wichtigen Versammlung erwartet **Der Einberufer.**

Verband der Schneider und Schneiderinnen und Krankenunterstützungsbund der Schneider.

Dienstag den 6. November, abends 8 Uhr

Grosser Familien-Abend

in den Sälen des **Trianons,** Eingang Ostraallee.

Den gesanglichen und theatralischen Teil hat die bestrenommierte Elite-Herrengesellschaft

Viktoria-Sänger

mit vollständig neuem, reich ausgestattetem Programm übernommen.

Nach dem grosser Ball!

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

Bezirks-Kassierer des Soz. Vereins Dresden-A.

Freitag den 2. November, abends 9 Uhr

Wichtige Sitzung

im **Volkshause.**

Straßenverzeichnisse und Mitgliederkarten sind mitzubringen. Das Erscheinen aller ist **dringend nötig.**

Textilarbeiter und -Arbeiterinnen.

Sonnabend den 3. November, abends 9 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im **Deutschen Haus,** Großenhainerstr. 93.

Tages-Ordnung:

1. Was bietet der Textilarbeiter-Verband seinen Mitgliedern und der weitere Ausbau der Organisation in Dresden. – 2. Abrechnung des Kassierers vom 3. Quartal. – 3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Zahlreichen Besuch, hauptsächlich der in Neustadt wohnenden Kollegen und Kolleginnen erwartet **Der Einberufer.**

Allg. Kaninchenzüchter-Verein

(Alter Verein) Sitz Deuben mit Beteiligung des Nachbarvereins Dippoldiswalde hält seine

9. Lokalausstellung

verbunden mit **Prämiierung** und **Verlosung** vom 3. bis 5. November 1906 im Erbkeller zu Hainsberg ab.

Eintritt für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Austellungskomitee.

Ca.

250

Herren- u. Burschen-Anzüge

gute Qualitäten um zu räumen zu allerbilligsten Preisen.

7 Frauenstr. 7

neben Klepperbein.

Rindfleisch . . 65–75 Pf.
Schweinefleisch 75–80 „
Freitag und Sonnabend
Leuben, Bahnhofstr. 21.

Mutterspritzen

Spülkannen, Leibbinden.
Preisliste gratis. 10 Proz. Rabatt.
Frau Heusinger
Am See 37.

Produkten-Geschäft

mit **Kaffeeschank** billig zu verkaufen. Näheres durch **H. Graf,** Zwickauerstraße 109, 3.

Jüngerer Arbeiter, 16 bis 18 Jahre alt, der im Verpacken bewandert ist, findet dauernde Beschäftigung. Kaulbachstr., Peitschenfabrik.

Arbeitergesangverein

10 Jahre bestehend, sucht **tüchtigen,** energischen

Liedermeister.

Offerten unter „Liedermeister" befördert **Ed. Schmidt,** Buchhandlung, Kötitz bei Coswig.

Zum Hasen-

spicken und -häuteln wird eine perfekte Frau gesucht. Offerten bitte niederzulegen unter **F. E. 92, Postamt Löbtau.**

Joppen, Winter-Ueberz. verk. spottb. **Gebler,** Schneidermeist. Drehgaße 8, 1.

Bezirk Radebeul.

Sonnabend den 3. November, abends 9 Uhr

1. Vortragsabend über Sozialistische Idealstaaten

1. **Wissenschaftlicher und utopischer Sozialismus.**

Referent: Genosse **Dr. Duncker.**

Kein Arbeiter darf in dieser Versammlung fehlen. **D. V.**

Bürger-Schänke

Palmstrasse 1 eine Minute vom Postplatz.
Jeden Freitag von abends ½6 Uhr an
Grosses Gänse-Essen
mit Rotkraut und Kartoffeln.
Nur grosse Portionen à 65 Pf.
Hierzu ladet ergebenst ein **Eduard Zehl.**

Sechster Wahlkreis.

Gruppe:

Döhlen, Weissig, Zaukeroda, Niederhermsdorf usw.

Sonntag den 4. November, nachmittags 3 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Bergkeller zu Unterweißig.**

Tages-Ordnung:

1. **Der erste Teil unseres Parteiprogramms.**
2. **Vereinsangelegenheiten und Fragezettel-Debatte.**

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Gruppenverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Einzelmitgliedschaft Dresden.

Sonnabend den 3. November, abends 8½ Uhr, im Volkshaus

Vertrauensmänner-Versammlung.

Buch und Karte legitimiert. – Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Achtung!

Metallarbeiter-Notizkalender für 1907

sind eingetroffen und in dem Bureau zu haben.

Zum Besten der Wärmstube des Gewerkschaftskartells

Sonnabend den 3. November, abends 8 Uhr

im großen Saale des **Trianons,** Schützenplatz

Grosses Extra-Solisten-Konzert

unter Leitung des Herrn Musikdirektors **Jean Spöring,** ausgeführt von 50 Mitgliedern des Zentral-Verbandes der Zivilmusiker.

Preis der Eintrittskarte 20 Pf.

Zahlreichen Besuch erbittet **Das Gewerkschaftskartell.**

Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege.

Mit **Sonnabend den 3. November, abends 8½ Uhr** beginnt in unserem Vortragssaal, Amalienstraße 12, ein

Vortrags-Zyklus

gehalten von Herrn **Kunstschriftsteller Otto Sebaldt:**

Das Zeitalter Böcklins.

Sonnabend den 3. November: Einleitung: **Naturalismus und Idealismus.**
„ „ 10. „ **Malerei.**
„ „ 17. „ **Plastik.**
„ „ 24. „ **Architektur.**
„ „ 8. Dezember: **Angewandte Kunst.**

Der Zutritt ist allein Mitgliedern der angeschlossenen Korporationen unentgeltlich gestattet. Rege Beteiligung erwartet

Die Gesamtverwaltung.

Neue Uhren kauft man billigst unter zweijähriger schriftl. Garantie bei **H. Lorenz, Schössergasse 4.**

Aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der Firma C. Palschky sind uns von dieser zahlreiche Beweise des Wohlwollens zuteil geworden und sagen wir den Herren Chefs dafür unseren

herzlichsten Dank

insbesondere für die hochherzige Stiftung, die reichen Geldspenden und die schöne Festfeier.

Das Personal des Hauptgeschäfts
Wilsdrufferstraße 1.

Eheleute! gel. zum Wohlstand durch meine hygien. Artikel. Preisl. gratis. Versandhaus Hygiea, Dresden-A. 21.

Strickmaschine neu, billig zu verkaufen. Dresden-Seidnitz, Dobritzerstraße 119, p.

Nähmaschinen, gut erhaltene, wie neu näh., sämtl. Zubeh. für 35 M. zu verk. Zahnsstraße 4, 1., r.

Gesuche, Klagen, Reklamationen usw. Emil Zimmermann, Torgauerstr. 30.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Gräßlich, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.
Hierzu 2 Beilagen.

1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 253. | Dresden, Donnerstag den 1. November 1906. | 17. Jahrgang.

Die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse finden am 9. November statt.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Tagung der Landessynode ist am Sonnabend geschlossen worden. Sie hat 23 Sitzungen abgehalten, von denen nur einige allgemeineres Interesse erheischten, sonst beschäftigte man sich mit kirchlichen Spezialfragen, die das Volk nicht mehr kümmern. Von der Regierung wurde die Synode durch den Finanzminister Dr. Rüger verabschiedet. Es ist schließlich kein Wunder, daß bei diesem Herrn die Abschiedsrede Erwägungen finanzieller Art zum Hauptgegenstande hatte, überraschend aber ist, daß derselbe Herr, der beim Eisenbahnbau und auch auf anderen Gebieten in übertriebener Weise spart, der empfindliche Abstriche bei den Ausgaben für Kunstzwecke gemacht hat, der Kirche in entgegenkommendster Weise finanzielle Hilfe durch die regierenden Mächte in Aussicht stellte. Er sagte, nach den Berichten bürgerlicher Blätter, u. a.:

Unsere Landeskirche finanziell selbstständig zu stellen, ist ein Ziel, dem wir nicht müde werden dürfen, nachzugehen. (Bravo!) Der Synode ist auch bekannt, wie groß die Schwierigkeiten sind, die sich der Erreichung dieses Zieles entgegenstellen und daß nur schrittweise vorgegangen werden kann. Als verheißungsvoller Schritt auf diesem Wege wird die von der Synode genehmigte Gründung der Landespfarrkasse angesehen werden. Mit der Tatsache einer neuen großen kirchlichen Stiftung verbinde man die Hoffnung, es möchten sich überall im ganzen Lande die Herzen und Hände öffnen, daß durch freiwillige reichliche Gaben das Vermögen unserer teueren Landeskirche auf eine achtunggebietende Leistungsfähigkeit gebracht wird. Was aber für die bedeutungsvollen Aufgaben der Landeskirche von seiten derselben nicht bereitgestellt werden kann, das werden — davon bin ich überzeugt — Regierung und Stände auch in Zukunft bereitwillig gewähren.

Diese Zusicherung wurde von der Synode mit lebhaftem Bravo aufgenommen. Die Freude der Frommen ist verständlich, denn so bewilligungslustig hat sich der Finanzminister vorher noch nie gegeben. Auf Kosten der Schule, des Verkehrs, der Kunst und anderer Kulturaufgaben ist auf das schärfste und bedenklichste gespart worden, um die Finanzen einigermaßen wieder in Ordnung zu bringen; bei der Kirche will man dagegen freigebig wie bisher sein. Jedes Jahr haben sich die Ausgaben für die evangelische Kirche erhöht. 1902/03 wurden 2 396 000 M. bewilligt, 1904/05 2 450 000 M. und 1906/07 2 671 000 M. Dazu kommen noch jedes Jahr für das Landeskonsistorium 159 000 M. und 100 000 M. für die katholische Kirche. Hier merkt man nichts vom Sparen. Aber gerade hier müßte gespart werden. Wie kann man überhaupt die Gelder der Steuerzahler zu kirchlichen Zwecken verwenden, die doch nur Staatszwecken und Kulturaufgaben dienen sollen! Wer ein Bedürfnis nach kirchlicher Erbauung hegt, mag auch die Ausgaben dafür bestreiten.

* * *

In einer der letzten Sitzungen beschäftigte sich die Synode auch mit der Aufhebung des Hohneujahrstages, die von dem Unternehmertum gefordert wird, das noch einen Tag mehr für die Ausbeutung der Arbeiter haben möchte. Man hätte erwarten sollen, daß sich die Synode, die doch allein kirchliche Interessen zu wahren hat, gegen die Beseitigung eines Feiertags aussprechen würde. Es zeigte sich aber auch hier wieder das engeGegenseitigkeitverhältnis zwischenKapitalismus und Landeskirche. Es fanden sich zwar einige Geistliche, die gegen das Begräbnis des Epiphaniasfestes eiferten, die Mehrzahl aber stimmte einem Antrage des Ministeraldirektors Schröder zu, der also lautete:

Die Synode wolle beschließen, zu erklären, daß vom kirchlichen Standpunkte kein Anlaß vorliegt, an der im kirchlichen Volksbewußtsein hochgehaltenen Feier des Epiphaniasfestes eine Aenderung eintreten zu lassen, jedoch für den Fall, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit der Ständeversammlung aus überwiegenden Gründen der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Landes eine Verlegung der Feier für angezeigt halten sollte, das Kirchenregiment zum Erlaß einer Verordnung zu ermächtigen, durch welche die Verlegung auf den dem Epiphaniasfeste folgenden Sonntag, der als erster Epiphaniassonntag zu gelten hat, möglich ist.

Die angebliche Verschiebung dieses Feiertags ist natürlich nichts weiter als eine schlecht verhüllte Aufhebung. Der Antrag wurde gegen eine kleine Minderheit angenommen. Die Kirche hat wieder einmal dem Kapitalismus eine Gefälligkeit erwiesen.

M. **Eine bemerkenswerte Kennzeichnung der Soldatenschinderei** gab bei Begründung seines Strafantrages in der Verhandlung gegen den Unteroffizier Franz Alwin Luckner von der 12. Kompagnie des 10. Infanterie-Regiments Nr. 134 (Plauen i. V.) wegen Beleidigung und Mißhandlung eines Untergebenen vor dem Kriegsgericht in Chemnitz der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Franke. L. hatte einen Soldaten seiner Korporalschaft, der wegen der in der Mannschaftsstube herrschenden Unruhe einen von L. plötzlich gegebenen Befehl nicht verstanden hatte, Lausehund geschimpft, zu sich gerufen und ihm mit beiden Fäusten zugleich einen so heftigen Stoß in den Unterleib versetzt, daß der Mann ohnmächtig zusammenbrach, eine halbe Stunde ohne Bewußtsein und fünf Tage dienstunfähig war. Zunächst versuchte L. zu leugnen, doch war der Zeugenbeweis einwandfrei. Der öffentliche Ankläger bezeichnete die Tat des Angeklagten als eine Gemeinheit, und da sie gegen einen wehrlosen Untergebenen begangen war, als eine Feigheit. Durch sein Verhalten habe sich der Angeklagte auch gegen die Willensmeinung seines allerhöchsten Vorgesetzten vergangen, einen schlechten Charakter betätigt und gezeigt, daß es ihm an Selbstbeherrschung fehle und bewiesen, daß er zum Vorgesetzten nicht tauge. Er müsse deshalb entfernt werden. Kriegsgerichtsrat Franke beantragte Gefängnisstrafe und Degradation. Das Gericht erkannte auf 6 Wochen 2 Tage Gefängnis, sah aber von der Degradation ab. Es erkannte an, daß ein minderschwerer Fall nicht vorliege, beachtete aber die Jugend und die bisher gute Führung des Angeklagten, den es als noch besserungsfähig erachtete.

Wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Tiebe in Crimmitschau, des Syndikus der dortigen Scharfmacher und zugleich dessen Oberhauptes, wurden die verantwortlichen Redakteure des Sächsischen Volksblattes, die Genossen Fiedler und Pehla, zu 300 und 100 M. Geldstrafe verurteilt. In einigen scharf gehaltenen Artikeln hatte das Sächsische Volksblatt einige Gebührenüberschreitungen des Unternehmeranwalts gekennzeichnet. Dabei sollen auch formelle Beleidigungen unterlaufen sein. Daraufhin erfolgte die Verurteilung. In der Sache selbst war der Rechtsanwalt der Unterlegene. Das Sächsische Volksblatt meint, er sei als ein politisch toter Mann aus der Verhandlung hervorgegangen.

Ein ausführlicher Bericht über die Verhandlung liegt noch nicht vor. Wir kommen eventuell später auf Einzelheiten des Prozesses noch zurück.

Die Bevölkerung des Königreichs Sachsen stellte sich am 1. Dezember 1905 nach dem endgültigen Ergebnis der an diesem Tage ausgeführten Volkszählung auf 4 508 601. Die Zunahme seit dem 1. Dezember 1900 beträgt 306 385 und ist bemerkenswerterweise — denn seit 1880 ist dies bei keiner Volkszählung mehr beobachtet worden — geringer als der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle, der sich auf 317 338 belaufen hat. Sachsen hat also durch Ueberschuß des Wegzugs über den Zuzug die allerdings geringe Zahl von 10 953 Einwohnern verloren. In einzelnen Landesteilen war der Verlust durch Wanderungen wesentlich bedeutender; aber es stehen ihren Zahlen große Wanderüberschüsse anderer Landesteile, und zwar namentlich der Städte Leipzig, Plauen und Chemnitz und der Umgebung der beiden ersteren gegenüber. Im ganzen haben von den 27 amtshauptmannschaftlichen Bezirken 21 durch Auswanderung an Bevölkerung verloren. Die Stadt Dresden weist einen Wanderungsgewinn auf, der jedoch nur 1675 Personen beträgt gegenüber 15 930 in Leipzig, 14 605 in Chemnitz, 19 773 in Plauen. Der Ueberschuß der weiblichen Bevölkerung über die männliche ist, infolge vermehrten Wegzugs der letzteren, von 100 000 bis 110 000, die er bei allen Volkszählungen in den letzten 20 Jahren ausmachte, bis auf 150 000 gestiegen.

s. **Das Proportionalwahlsystem** ist für die Wahl der Beisitzer zum Gewerbeschiedsgericht in Wurzen eingeführt. Welche Merkwürdigkeiten dieses System zeitigen kann, zeigte die Wahl am 30. Oktober. Nach dem Statut ist die Wahl auf Vorschlagslisten beschränkt, die spätestens zwei Wochen vor der Wahl einzureichen sind. Die Listen werden sodann veröffentlicht, und es sind nur die auf den Listen bezeichneten Personen wählbar. Nun war von den Arbeitgebern nur eine und von den Arbeitern (und zwar dem Gewerkschaftskartell) auch nur eine Liste eingereicht worden. Dadurch wurde jedwede „Wahl“ überflüssig. Es waren keine Gegner zu befürchten, und die Liste des Gewerkschaftskartells hätte „gesiegt“, wenn nur eine Stimme auf sie entfallen wäre. Sie erhielt aber 659 Stimmen; jedenfalls ein Zeichen, wie die Arbeiter politische Rechte achten. Von den Arbeitgebern erschienen nur sieben Personen zur Wahl.

Gegen die Fleischnot. Im Stadtverordnetenkollegium zu Meerane beantragte der Finanzausschuß, eine Petition an die Staatsregierung um Aufhebung der Grenzsperre zu richten. Der Referent des Ausschusses, Vizevorsteher Malz, begründete diesen Antrag kurz, indem er auf das gleiche Vorgehen vieler andrer Städte hinwies. Er bat den Stadtrat um seinen Beitritt zu der Petition. Der Bürgermeister erklärte, daß von dem Stadtrat bereits ein ausführlicher Bericht an die Staatsregierung abgegangen sei, in dem über die Situation berichtet wird. Trotzdem werde der Rat auch dieser Petition beitreten. Der Antrag des Finanzausschusses wurde einstimmig angenommen.

Die städtischen Körperschaften in Meißen haben beschlossen, die Regierung zu ersuchen, Maßregeln zur Abstellung der unerträglichen Fleischteuerung zu treffen. Der Beschluß erfolgte einstimmig.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Im Hofe eines Materialwarenhändlers in Rebesgrün bei Auerbach wurde am 20. Oktober ein Kind niedergelegt. Am 25. Oktober ist das Kind von der eignen Mutter wieder abgeholt worden. Diese erklärte beim Gemeindevorstand, daß sie nur durch bitterste Not zu dem schweren Schritte, ihr Kind zu verlassen, getrieben worden sei. — Beim Spielen mit einer Katze ging in Cunnersdorf das im dritten Lebensjahre stehende Söhnchen des Hausbesitzers Lösch rückwärts, wobei es in einen mit kochendem Wasser gefüllten großen Topf fiel. Es verbrühte sich dabei so sehr, daß es kurze Zeit darauf durch den Tod von seinen Schmerzen erlöst wurde. — Im Erlaer Walde bei Schwarzenberg ist der seit einigen Tagen von Mittweida verschwundene Oberpostassistent a. D. Jübling tot aufgefunden worden. Der 73jährige Greis hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende bereitet. — In der Nacht zum Sonntag war in Zwönitz in den frühesten Morgenstunden starker Frost. Die Erde war festgefroren und alles stark bereift. Die Kälte betrug mindestens 4 Grad. Infolgedessen sind die letzten Blumen im Garten, wie Georginen, Fuchsien, Reseda usw., erfroren. — Um einen Raub auf offener Straße vorzunehmen, rempelten in Hartenstein drei Fabrikarbeiter auf der Bahnhofstraße zwei Handelsmänner aus Mülsen-St. Jacob an und schlugen, als diese sich dies verbaten, mit ihren Stöcken auf sie ein. Bei dem dadurch entstandenen Handgemenge und Schlägerei wurde einem der Handelsmänner das Portemonnaie mit über 30 M. Inhalt und die Uhr geraubt. Den eifrigen Recherchen der hiesigen Gendarmerie gelang es, die Straßenräuber zu ermitteln, die sofort verhaftet wurden. — Eine kühne Fahrt ist dem Monteur des Rumburger Elektrizitäts-

Leben, Kunst und Wissenschaft.

Ueber ästhetische und kulturelle Grundsätze bei der Anlage von Talsperren

sprach auf der am Mittwoch in Goslar a. H. abgehaltenen zweiten Generalversammlung der Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze, die sich mit der Beschaffung der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Unterlagen für die Anlagen von Talsperren in den Flußtälern der Harzwasserläufe befaßt, Herr Prof. Schultze-Naumburg, der von der Gesellschaft auch als Mitglied des von ihr gebildeten „ästhetischen Ausschusses“ berufen worden ist. Der Redner führte aus:

Wie die Dinge heute liegen, gilt es noch immer recht erhebliche Gegensätze zu überbrücken. Ich bedaure lebhaft, daß hie und da von zu wenig unterrichteter Seite die weitausschauenden Pläne der Gesellschaft verkannt oder auch kurzerhand mit dem ausbeutungslustigen, rücksichtslosen Unternehmertum, wie es sich heute genugsam breit macht, verwechselt worden ist. Ich bedauere das um so mehr, als ich selbst im hohen Grade die technische Kühnheit unserer Ingenieure bewundere, wie sie sich gerade bei dem Bau von Talsperren und Kraftanlagen erprobt. Die Grundidee dieser Pläne, nämlich durch eine geregelte Wasserwirtschaft Mangel und Ueberfluß auszugleichen, ist so einfach, daß dagegen von keinem Verständigen etwas gesagt werden kann. Allerdings ist es eine Tatsache, daß man bei der einseitigen Beschäftigung mit einer Sache sehr häufig ihre Kehrseite vergißt und übersieht. Es ist nicht zu verkennen, daß gerade beim Bau von Talsperren sehr häufig die wirtschaftliche und technische Seite allein in die Wagschale fällt, während die anderen allgemeinen kulturellen Gesichtspunkte außer acht gelassen werden. Um so mehr begrüße ich es, daß heute die ästhetische Seite der Sache als ein vollwichtiger Gegenstand mit auf die Tagesordnung gesetzt ist.

Bei der Untersuchung der Frage kommen zunächst zwei Gesichtspunkte in Frage: einmal zu untersuchen, was durch die Talsperren zerstört wird, und dabei ist der Wert des Zerstörten und der des Neugeschaffenen gegen einander abzuwägen, und zum andern ist die ästhetisch befriedigende Gestaltung der Talsperrenbauten selbst samt ihrer Umgebung ein Gegenstand unserer Sorge. Der Redner verwies dann auf seine vor anderthalb Jahren in Goslar zu diesem Thema schon gemachten Ausführungen, in denen er zu dem Schluß gekommen sei, daß Kraftanlagen an sich nichts Unschönes zu sein brauchten, sondern daß auch sie über eine besondere ihnen eigentümliche Schönheit verfügten, wenn es sich um harmonisch ausgeführte Anlagen handele. Aber es bestehe doch noch ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Kraftanlagen der alten und der Neuzeit. Die alten Kraftanlagen, die Mühlen und alte Eisenhämmer wurden allgemein als eine Bereicherung des Landschaftsbildes empfunden, weil sie sich vollständig in die Landschaft eingliederten. Unsere modernen großen Kraftanlagen, die Talsperren, haben zwar auch neue großartige Schönheiten gebracht, aber sie beherrschen die Landschaft, statt sich ihr einzugliedern. Das darf nicht übersehen werden. Handelt es sich also um eine große Talsperrenanlage, so muß man darauf gefaßt sein, daß das Bild des Tales sich vollständig ändert und ein ganz neues Gesicht annimmt, was bei den alten Stauweiheranlagen nicht der Fall war. Das Vorhandene wird also durch diese Anlagen zerstört und das Vorhandene ist etwas, das niemals wieder durch Menschenkunst erzeugt werden kann. Die Abwägung dieser beiden Werte, des Nutzens der Talsperren und der Schönheit der Landschaft, ist an sich eine recht schwere Aufgabe. Es wird niemals möglich sein, da ein ganz klares, objektives Urteil zu finden. Der Segen, der sich aus den verschiedenen Besitztümern über unser Volk ergießt, liegt ja nicht in berechenbaren Werten allein, sondern er strömt aus mancherlei Imponderabilien, deren Verlust doch sogleich empfunden wird und schwere Schäden zur Folge hat. Mit der Schönheit unserer Landschaft schwinden auch unberechenbare ethische Werte dahin, die unsere nationale Kultur schwerer schädigen als alle materiellen Verluste. Ich glaube, wir sind uns auch einig in der Ansicht, daß die Schönheit der Landschaft für uns etwas Heiliges sein muß, das nie preisgegeben werden darf. Ich glaube daher, daß hier der Grundsatz Geltung finden muß: daß sich die Talsperrenbauten durchaus nur auf die Stellen erstrecken dürfen, die gleichartig sind und in denen nichts vernichtet wird, was man an anderen Orten nicht wieder hat. Auch das bescheidenste Tal hat seine Schönheiten. Wenn es aber in seiner ganzen Ausdehnung gleichartig ist, so wird man es nicht als einen unersetzbaren Verlust betrachten können, wenn ein Teil zur Anlage einer Talsperre verwandt wird. Etwas anderes ist es, wenn es sich um Naturschönheiten handelt, die im ganzen Lande nur einmal vorkommen. Die dürfen der materiellen Ausbeutung nicht zum Opfer fallen. Ein Schulbeispiel hierfür sei die Vernichtung der Laufenburger Stromschnellen. Eine spätere Zeit werde es nicht begreifen können, wie man dieses einzigartige Naturwunder für Geld habe verkaufen können. Die Erhaltung eines derartigen Landschaftsbildes müsse uns auch ein pekuniäres Opfer wert sein. Der erste Grundsatz muß also sein, daß überall da keine Talsperren anzulegen sind, wo einzigartige Naturschönheiten vernichtet werden. Wenn aber nach den praktischen Erfahrungen oder Ueberlegungen für ein gewisses Gebiet der Talsperrenbau nicht aufgegeben werden kann oder darf, so muß die Sperre eben an eine andere Stelle verlegt werden, selbst wenn ihre Anlage dann kostspieliger würde. Herr Regierungsrat Stoegemann hat ja auch schon auf eine solche Notwendigkeit beim Bodetal hingewiesen. Aber neben den Naturschönheiten gibt es noch ein anderes, das dringend der Schonung bedarf, das ist die menschliche Siedlung. Die Anhänglichkeit an die Scholle ist etwas Heiliges, das im höchsten Maße respektiert werden muß. Der sittliche Schaden, den man anrichtet, wenn man den Bauer von seiner Scholle vertreibt, ist ein gar nicht hoch genug anzuschlagender. Um dies zu vermeiden, soll nichts unversucht bleiben. Bei gutem Willen wird sich dieser Schaden ja auch fast immer vermeiden lassen. Bezüglich der Gestaltung der Talsperren selbst verlangt der Redner, daß sie architektonisch so gestaltet werden, daß sie sich in allen ihren Teilen auch als das geben, was sie sind. Die alten Kraftanlagen erfüllten diese Forderung ja auch in hohem Maße: den alten Eisenhämmern sieht man von außen schon an, daß sie harter Arbeit dienen. Die alten Mühlen atmen eine gewisse Heiterkeit, die diesen Anlagen in der Landschaft noch eigentümlich ist. Die gewaltigen Staumauern der Talsperren müßten sich ebenso frei halten von jedem romantischen Aufputz wie von der outrierten Kraftprotzerei der Zyklopenmauern. Man muß bei diesen Bauten darauf sehen, daß sie nach Möglichkeit ganz mit der Natur zusammenstimmen, darauf Bedacht nehmen, daß sie einst mit einer Patina von Flechten und einer reichlichen Flora überwuchert werden. Vielleicht sei es auch möglich, die Staumauer als Wall zu behandeln, der beforstet werden könne. Ferner möchte ich warnen, die Umgebung unserer Talsperren mit Anlagen, wie sie heute unter gärtnerischen Anlagen verstanden werden, zu umgeben. Ein mit Hochwald umgebener Bergsee verträgt keine gärtnerischen Anlagen; man lasse dem Bilde seinen ruhigen, ursprünglichen Charakter. Auch möchte ich befürworten, dafür zu sorgen, daß keine Gondeln und Motorboote auf dem See verkehren. Ein natürlicher Bergsee wird schließlich Ersatz für das verloren gegangene stille Wiesental bieten, aber nicht dann, wenn er zur Volksbelustigungsstätte wird mit all den unangenehmen Konzessionen an den Vergnügungspöbel. Es dürfte eine Pflicht auch der Gesellschaft sein, daß sie das Aufkommen von solchen Anlagen möglichst verhindert. Auch bei Anlage von notwendigen Wirtshauseinrichtungen müßte auf diese Gesichtspunkte Rücksicht genommen werden. So gut wie gar nicht sei bisher der

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19061101/5
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

werkes geglückt: Er fuhr am Sonnabend mit einem fünfpferdigen Motorrad der Phänomen-Fahrradwerke von Gustav Hiller in Zittau, an das noch ein Anhängewagen angekettet war, bis auf die Spitze der Lausche. — Ein recht frecher Ueberfall am hellen lichten Tage hat sich in Königsfeld bei Rochlitz zugetragen. Baumeister Paul Junghans von dort war im Begriff, auf seinem Rade nach Weißbach zu fahren, als ihm hinter dem Rittergut, in der unmittelbaren Nähe der Schule, ein Mann entgegenkam, der zuerst einen Stein nach ihm warf, ihn aber dann sofort mit einem Messer angriff und ihm mit den Worten: „Du Hund mußt vor meinen Augen sterben!" mehrere Stiche in den Kopf versetzte. Mit welcher Wucht der Verbrecher zugestoßen haben mag, ergibt sich daraus, daß an einer Stelle der Schädelknochen gesplittert wurde. Der Kopf zeigt eine lange Rißstelle. Die Vermutung, daß es sich um einen Raubanfall handelt, liegt nahe, doch kann man auch auf einen Racheakt schließen, da dem Ueberfallenen, dessen Uhr herausgerissen war, aber noch an der Kette hing, nichts geraubt wurde.

Stadt-Chronik.

Firma Seidel u. Naumann am Pranger.

Wenn auf Arbeiter-Protestversammlungen dickfellige Unternehmer zu lernen vermöchten, dann dürfte die Firma Seidel u. Naumann nicht über die Notwendigkeit hinweggekommen, ihren Betrieb nach mehr denn einer Richtung hin gründlich zu revidieren und zu reformieren. Denn die Stimmung ihrer Arbeiter, die sich am Dienstag abend, Kopf an Kopf gedrängt, im großen Saale des Kristallpalastes zu wuchtiger Protestkundgebung zusammenfanden, ließ nicht den leisesten Zweifel darüber aufkommen, daß diese Arbeiter aufräumen werden mit den Schönheiten ihrer Arbeits-„Ordnung", mit den Mißständen in ihren Buden, mit den Paschamanieren einiger Groß- und Kleinmeister und Betriebsautoritäten — im Guten oder im Bösen! Und angesichts der drohenden Haltung der Arbeitermassen am Dienstag war es menschlich begreiflich, daß jene moralisch verkommenen Schreiblinge, die ihren eigenen Schmutz in anonymen Briefen abluden und daneben versicherten, in der Betriebsbesprechung zu Heil und Ehren der Firma sich zum Wort melden zu wollen, daß diese feigen anonymen Schandmäuler sich nicht zu regen getrauten.

Beinkämpen entrollte an der Hand tatsächlicher Vorkommnisse und Beweise ein Bild von dem Arbeitereldorado draußen an der Schäferstraße, daß auch der verdrehungskundigste Unternehmerknecht nicht hätte daran deuteln können.

Seit der letzten Aussperrung habe eine systematische Hetze des Direktors Eldracher eingesetzt. Das Wort des verstorbenen Herrn Naumann: „Nicht eine Zwingburg, ein Hort der Freiheit soll es sein, frei soll der Arbeiter seine Kräfte hier entfalten" — dieses Wort werde mit Füßen getreten. Die Arbeitsordnung wird von der Firma ignoriert und aufs gröblichste verletzt. Der Arbeiterausschuß ist den Herren Luft. Ein jugendlicher Arbeiter bekam den vollen Tagesverdienst abgezogen, weil er während der Arbeit Bier geholt, und andere krasse Fälle mehr. Viele Arbeiter lassen sich wegen Nichtigkeiten 5—6 Mark Strafe abziehen, um nicht brotlos zu werden. Kranke, Sieche, Arbeitsunfähige werden am liebsten ohne weiteres entlassen. Das ist der „Segen" der Betriebskrankenkasse. Ein skandalöserer Fall wie der Fall Scheinert sei noch aus keinem noch so schwarzen Winkel gemeldet worden. Beinkämpen verliest weiter das an die Arbeiter-Zeitung gesandte schmutzige anonyme Schreiben, das den in den Tod gegangenen Lackierer Scheinert noch im Grabe zu besudeln versucht. Die Versammelten äußern ihre Erbitterung in stürmischen Pfuirufen. Redner verliest ein weiteres anonymes Machwerk, das sich mit dem rücksichtslos gemaßregelten Grohmann befaßt. Rufe: Pfui! und: Kießling! unterbrechen die Rede zeitweilig. Gewiß: Kießling sei der Schildträger der Firma, Kießling versucht das bedrängte Unternehmertum mit einer gelben Gewerkschaft zu retten. Schreiben sind umhergegangen zum Zweck des Mitgliederfangs für eine Verräterorganisation. Die Wische tragen Kießlings Unterschrift. Beinkämpen charakterisiert Person und Qualifikation Kießlings näher. Er sei auch derjenige, der die leidtragenden Kollegen am Begräbnistage Scheinerts höhnisch angrinste. Scheinert ist nach seinem Tode von Schildknappen der Firma aufs gemeinste verleumdet worden. Aber der Pfarrer hat selbst sagen müssen, daß Scheinert ein ehrlicher, braver Mensch war. Auch die Kollegen erzählen, daß er in seinen dreißig Jahren, die er der Firma opferte, nicht eine Minute zu spät kam. Er war der spiritus rector des Gestellbaues(?) und leistete die härteste Arbeit. Redner bezeichnet die anonymen und offenen Beschimpfungen dieses Mannes als gemeine Frechheit. Es sei dafür zu sorgen, daß Frau Scheinert von der Firma das Sterbegeld bekommt. Von der Firma ist der Frau vorgeworfen worden: „Ihr Mann hat getrunken. Ihr Mann brauchte auch nicht im Verband zu sein. Er mag nur zu seinen Kollegen gehen . . ." Die Kollegenschaft Scheinerts hat 320 M. gesammelt — die Firma wird der Witwe mit ihren sechs Kindern nicht helfen. Stadtrat Baumann habe den Vorsatz gefaßt: Alle, die organisiert sind, werden langsam entlassen. Der Mann weiß jedenfalls nicht, daß in Dresden fast nur noch organisierte Metallarbeiter zu finden sind. Angriffe auf das Organisationsrecht werden unternommen, und daraus geht hervor, daß Scheinert lediglich entlassen wurde, weil er organisiert war. Die Arbeiter des Betriebes wären heute nicht in dieser Fülle versammelt, wenn die Firma der Arbeiterschaft auch nur einigermaßen entgegengekommen wäre.

Im Strafenverhängen und Antreiben tut sich hauptsächlich Obermeister Dölling hervor, der es nicht unter seiner Würde hält, die Arbeiter in lächerlichster Weise zu kontrollieren. Oft wird schlechtes Material zum Verarbeiten gegeben, so daß der Arbeiter nicht einmal auf den Lohn kommt; Lohndrückerei auf jede Art wird betrieben. Willkürliche Abzüge werden gemacht. Die Profitwut trägt oft zu Unfällen bei. So passierten noch nach der Aussperrung am Fahrstuhl Unfälle. Die Gewerbeinspektion ordnete notwendige Verbesserungen an, die von der Firma umgangen wurden. (Entrüstung.) Die Ventilation ist miserabel, ein Mitarbeiten in der Lackiererei(?). Vorstelligwerden des Arbeiterausschusses ist zwecklos. Die beste Ventilation herrscht in den Aborten, die sich in so mangelhaftem Zustande befinden, daß das Regenwasser hineinläuft. Auch hier wird die lächerlichste Kontrolle verübt, an der sich Direktor Eldracher hervorragend beteiligt. Er entläßt Arbeiter, weil sie auf dem Abort geraucht haben. Einmal riß er im Abort ein Plakat wütend ab, weil darauf die Veranstaltung eines — Volksmännerchores bekannt gemacht wurde. Eldracher sucht auswärts mit Vorliebe Meister, die sich aufs Antreiben verstehen. So einen Meister Keller, der jetzt auch hier mit Schikanen beginnen will. Er hat einmal geäußert: „Wer singt, wird sofort entlassen!" Derartige Manieren lassen wir uns nicht gefallen! (Zustimmung.)

Wir werden vorwärts arbeiten und verlangen vor allem: Festsetzung der Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Lohnverhältnisse, der Krankenkassenverhältnisse und überhaupt Beseitigung der Betriebskrankenkasse. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen heute nochmals die Firma davor warnen, den Bogen zu straff zu spannen! Beinkämpen geht weiter auf das unermüdliche Wirken des Arbeiterausschusses ein, das aber nutzlos ist, weil von Eldracher keine Beschwerde anerkannt wird, wie die Sitzungsprotokolle beweisen. Eldrachers Antworten auf das Protokoll der Ausschußsitzungen seien Hohnantworten, statt Verbesserungen seien Maßregelungen die Folge. Wenn es zum Ausstand kommt, könne das Protokoll der Oeffentlichkeit als Beweis der Vergewaltigung des Ausschusses unterbreitet werden. Und dieser Betrieb habe seinen Weltruf durch die Schulung und Intelligenz seiner Arbeiter erlangt. Wir wollen Zustände schaffen, unter denen die Arbeiter eben arbeiten können. Jetzt ist dieser Betrieb kein „freier Hort", sondern ähnlich einem Zuchthaus. (Sehr richtig!) Kießling usw. haben das Vertrauen der Arbeiterschaft längst verloren, sie sollten ihr Amt freiwillig niederlegen. Nicht anders ist's mit Eldracher und Stadtrat Baumann. Seinerzeit, bei Besichtigung des Betriebes durch den König, wurden die Leute mit dreißigjähriger Dienstzeit zur Parade herangezogen. Nur Scheinert nicht. Scheinert war zu elend und zu ausgemergelt, als daß die Firma mit ihm hätte können paradieren! (Zustimmung.)

Der Besuch dieser Versammlung ist erfreulich. Es sind auch die Leute mit anwesend, die während der Aussperrung noch Streikbrecherdienste leisteten. Mögen sie zur Einsicht kommen und ihren Eintritt in die Organisation erklären. Wenn unsere Proteste nichts nützen, wenn das Maß übergelaufen, werden die Kollegen von Seidel u. Naumann ihren Mann zu stellen wissen! (Lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Pieper erklärt: Während Beinkämpens Rede sind noch mehr anonyme Schmähschriften eingegangen. Sollen sie zur Verlesung kommen? (Die Versammlung lehnt die Verlesung ab.)

In der Debatte spricht Thiemig. Er könne sich nur dem Referat Beinkämpens anschließen. Er betont diese Ausführungen nochmals und erörtert einige markante Fälle und Zustände in der Lackiererei. Erkrankungen durch Terpentin und infolge mangelhafter Waschgelegenheit sind dort an der Tagesordnung. Erst vor kurzem ereignete sich abermals ein derartiger Fall. Man darf gespannt sein, ob auch dieser Mann entlassen wird. Man sollte meinen, eine solche Weltfirma müßte wenigstens Geld zu Wascheinrichtungen übrig haben. Wenn aber die Firma wieder einmal die Probe aufs Exempel machen will — die Arbeiter halten die Probe aus. (Lebhafter Beifall.) — Da sich niemand weiter zur Debatte meldet, streift Pieper im Schlußwort nochmals das feige Gebaren der schmutzigen Anonymen, die ihre Schmähungen nur aus dem Versteck loslassen können. Weiter sollte so ein Mensch, der das Vertrauen der Arbeiterschaft verloren, wie Kießling, das bißchen Stolz besitzen und sein Amt niederlegen. Wenn es nach den Wünschen der Arbeiter ginge, hätten diese die Arbeit längst hingeworfen. Geht's so weiter wie jetzt, werden wir auch die letzten Konsequenzen zu ziehen wissen. — Folgende Resolution wird durch Abstimmung einstimmig angenommen:

„Die versammelten Arbeiter protestieren energisch gegen die neuerdings beliebte Methode der Firma, Arbeiter, die sich im Dienste der Firma Krankheiten zugezogen haben, zu entlassen, weil sie sich erlaubt haben, die Betriebskrankenkasse in Anspruch zu nehmen. Sie protestieren ferner gegen die rigorose Art, in der man die Arbeiter zu behandeln sich herausnimmt. Sie verlangen, daß man dem Arbeiter mit der Achtung entgegenkommt, die er als gleichberechtigter Mensch zu beanspruchen hat. Besonders erklärt die Versammlung, daß sie in dem Arbeiterausschuß des Betriebes ihre legitime Vertretung der Fabrikleitung gegenüber sieht und verlangt, daß alle hämischen Bemerkungen, besonders im Protokollbuch der Ausschußsitzungen diesen gegenüber, unterbleiben. Die Arbeiter der Firma S. u. N. haben den ernsten Willen, alle etwa entstehenden Differenzen zur Zufriedenheit beider Teile auf friedlichem Wege zu regeln. Sie stellen aber fest, daß dies unter der jetzigen Fabrikleitung mehr und mehr unmöglich gemacht wird, und rufen deshalb der Firma eine letzte eindringliche Warnung zu. Wenn die Firma sich nicht dazu verstehen kann, humane Behandlungsweise Platz greifen zu lassen, sondern fortfahren sollte, die Vertretung der Arbeiter zu verhöhnen, krank Gewesene einfach zu entlassen und die Arbeiter weiter so wie bisher zu schikanieren, erklären die Arbeiter der Firma S. u. N., daß sie nicht länger willens sind, stillschweigend zu dulden, sondern fest entschlossen, alle ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel zu benützen, um menschenwürdige Zustände zu schaffen."

Pieper: Wir dürfen bestimmt annehmen, daß die versteckten Schmutzschreiber anwesend sind. Sie haben nicht gegen die Resolution gestimmt, sind also mit dem Verhalten ihrer Firma nicht einverstanden. Sollte unsere heutige Warnung nicht fruchten, werden wir die letzten Mittel anzuwenden wissen. — Unter Beifall und Zustimmung schloß die Versammlung.

Zur Konsumvereinsbewegung in Dresden.

Auf Veranlassung des hiesigen Gewerkschaftskartells fanden am Dienstag drei öffentliche Volksversammlungen (Löbtau, Striesen und Pieschen) statt, die sich mit dem Thema beschäftigten: Die Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiterschaft und die Vorteile einer Zusammenlegung der Dresdner Konsumvereine. Der nicht gerade starke Besuch dieser Versammlungen schien zu zeigen, daß die Dresdner Arbeiter dieser Sache leider nicht viel Interesse entgegenbringen. Der Verlauf war überall würdig und sachlich. Die Frage der Verschmelzung wurde in der Debatte für und gegen erörtert. Ausführlichere Berichte über die Versammlungen bringen wir in einer der nächsten Nummern an anderer Stelle. Gegen wenige Stimmen wurde folgende vom Vorstand des Gewerkschaftskartells vorgelegte Resolution angenommen:

„Die Versammlung ist mit dem Inhalt des gehaltenen Vortrages vollständig einverstanden. Im Interesse des weiteren Ausbaues der Genossenschaftsbewegung wird es als eine Pflicht aller Anwesenden bezeichnet, die Mitgliedschaft in dem Konsumverein zu erwerben und die Genossenschaftsbewegung nach Kräften zu unterstützen. Von den Verwaltungen der Konsumvereine erwartet die Versammlung, daß sie mehr denn je bestrebt sein werden, ihr Augenmerk darauf zu richten, eine Zusammenlegung der Dresdner Konsumvereine baldigst zu ermöglichen.

Die Versammlung ist überzeugt davon, daß durch eine Verschmelzung die Mitgliedschaft jedes einzelnen Genossen eine stabile bleiben wird, daß sich dadurch der Umsatz jedes einzelnen Mitgliedes heben muß und mithin jedes einzelne Mitglied auch finanzielle Vorteile von einer Verschmelzung hat. Die Versammlung ist weiter überzeugt davon, daß nur durch eine Zusammenlegung der einzelnen Vereine Einrichtungen getroffen werden können, die in Zukunft den Privatunternehmern, die durch die Einrichtung von Warenhäusern den Konsum für einzelne Kapitalisten zu monopolisieren versuchen, erfolgreich Konkurrenz bieten können. Die Versammlung erwartet, daß die anwesenden Genossenschaftsmitglieder in den Generalversammlungen der Konsumvereine und in den Verwaltungen, soweit wie sie dazu in der Lage sind, im Interesse der Verschmelzung und dadurch zur weiteren Hebung der Genossenschaftsbewegung tätig sein werden."

Sie genieren sich. In einer Versammlung der Dresdner Frauenrechtlerinnen erstattete Frau Salinger Bericht über die 7. Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine in Nürnberg. Am Schlusse der Versammlung wurden aus der Mitte der anwesenden Frauen heraus Bedenken gegen die auf dem Nürnberger Kongreß gefaßte Resolution in Sachen der im russischen Freiheitskampfe stehenden Frauen laut. Man hob hervor, diese Resolution habe der deutschen Frauenbewegung geschadet. Dazu bemerkte die Vorsitzende, Frau Stritt, daß der Sinn der Resolution zweifellos aufrecht erhalten werden müsse. Es sei indessen vielleicht klüger gewesen, mit einer Wendung den Verdacht auszuschließen, als ob die deutschen Frauenvereine den Bombenwerferinnen ihre Sympathie hätten ausdrücken wollen.

Auch ohne diese Verwahrung würden die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in Deutschland nie in den „Verdacht" kommen, mit den mutigen Frauen Rußlands auf einer Stufe zu stehen.

Die Fünfzigpfennigstücke werden ganz eingezogen. Nach einem Beschlusse des Bundesrats werden insgesamt für 100 Millionen Mark Silberstücke neuen Gepräges mit der Wertbezeichnung einer halben Mark hergestellt. Die öffentlichen Kassen sind angewiesen worden, die alten Fünfzigpfennigstücke anzusammeln und an die Reichsbank abzuführen.

Höhere Ratsgehälter. Außer den zwei Anträgen auf Teuerungszulagen steht auf der Tagesordnung der heute abend stattfindenden Stadtverordnetensitzung noch die Erhöhung der Gehälter der Stadtbauräte. Die Ausschüsse schlagen vor, nach der Ratsvorlage zu beschließen, „daß vom 1. Oktober d. J. ab eine Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der Stadtbauräte in der Weise vorgenommen werde, daß das Anfangsgehalt der Stadtbauräte von 7500 M. auf 9000 M. und der Endgehalt, der in dreijährigen Fristen mit Zulagen von je 1000 M. erlangt werden soll, von 11000 M. auf 12000 M. erhöht wird."

Uns erscheint es nötiger, von unten an mit Gehalts- und Lohnerhöhungen vorzugehen.

Verdientes Schweigen? Die Dresdner Zeitung schreibt: „In weiten Kreisen der Dresdner Bürgerschaft hat es Befremden erregt, daß der Vorstand des Allgemeinen Hausbesitzervereins, Herr Stadtrat

---

wechselnde Wasserspiegel im Wasserbecken Gegenstand der Erörterung gewesen. Es sei vor allem im Sommer mit einer Differenz von 10 Metern zu rechnen. Wenn ein so breiter Schlammstreifen das ganze Becken säume, so müsse das Bild sehr häßlich sein. Es müsse deshalb dafür gesorgt werden, diesen Rand entweder mit Hölzern, die auch einmal längere Zeit unter Wasser stehen können, zu bepflanzen oder mit Rasen. Jedenfalls sei es eine unbedingte Notwendigkeit, daß in allen Fällen, ehe die Durchführung eines Talsperrenprojektes zum Beschluß erhoben wird, es in bezug auf die hier geltend gemachten Gesichtspunkte eingehend geprüft wird und eventuell eine demensprechende Aenderung erfährt. Ich möchte annehmen, daß Sie in dem Kreise, dessen Anschauungen ich vertrete, nicht blinde Talsperrenfeinde suchen. Es ist nur ein kluger Ausgleich der verschiedenen Wünsche, die wir anstreben. So wenig sich technische Fortschritte hindern lassen, durch die wir uns die Kräfte der Natur untertan machen, so wenig lassen sich die überall wieder erwachenden Empfindungen der Volksseele außer acht lassen, der allmählich zum Bewußtsein kommt, daß der Mensch nicht vom Brote allein lebt.

Berliner Theaterbrief. Aus Berlin wird uns geschrieben: Es ist das typische Schicksal aller großen und kleinen Reformatoren auf dem Gebiet der Kunst, daß ihre Errungenschaften bald von geschickten und weltkundigen Machern dem Geschmack des großen Publikums angepaßt und in dieser verwässerten Form geschäftlich ausgenutzt werden. Dem jungen dramatischen Naturalismus folgte seinerzeit der platte Schaumschläger Sudermann auf den Fersen und schöpfte die Sahne ab; als in der Mitte der 90er Jahre das Deutsche Theater seine ersten siegreichen Schlachten geschlagen hatte, gründete alsbald Herr Ludwig Barnay sein Berliner Theater, das die reformatorischen Bestrebungen jener Bühne ins Plumpe und Grelle verzerrte und damit vielen Beifall und einträgliche Unterstützung bei der großen Masse des kunstfremden Bürgertums fand. Jetzt hat auch unseren jüngsten Theaterreformator das Schicksal ereilt. Das Neue Schauspielhaus, das soeben in einem prunkvollen Gebäude am Nollendorfplatz eröffnet worden ist, scheint seinen Ehrgeiz darein zu setzen, die Tendenzen und Errungenschaften der Reinhardtschen Bühnenleitung den geistig Minderbemittelten in groben Surrogaten zugänglich zu machen. Der Eröffnungsabend brachte eine Aufführung von Shakespeares tiefsinnigem, stimmungsvollem und farbenprächtigem Märchendrama: Der Sturm. Das seltsame Werk stellt an die äußere wie an die innere Regie die höchsten Anforderungen und das Mißlingen des Experiments würde man an sich der jungen Direktion nicht allzu schwer angerechnet haben. Was Bedenken erregte, war der Geist, der aus der ganzen Aufführung sprach, der absolute Mangel jedes eigenen Wollens und selbständigen Könnens, die krampfhafte, impotente Sucht, charakteristische Aeußerlichkeiten der Reinhardtschen Bühnenkunst nachzuahmen, für deren inneren Kern man keine Spur von Verständnis zeigte. Protziger, stimmungsloser Dekorationspomp, grell-theatralische Beleuchtungseffekte, üble Balletteinlagen, viel Musik und Lärm — alles in allem eine aufgeblähte Nüchternheit und ein sich genialisch gebärdender Halbdilettantismus. Mit dem Ensemble, das der Direktor und Regisseur Alfred Halm ins Treffen führte und das durchweg höchstens auf dem Niveau einer mittleren Provinzbühne steht, lassen sich in Berlin künstlerische Siege nicht erkämpfen. Es besteht aber die Gefahr, daß durch solche Afterkünste der Geschmack des großen Publikums in die Irre geleitet und verdorben wird. Wer sich erinnert, wie sehr überall die Sudermann und Barnay die damals frisch aufstrebende deutsche Bühnenkunst gehemmt und geschädigt haben, der wird diese Gefahr nicht verkennen. In unsern Tagen, wo es wieder gilt, einer neuen Theaterkunst die Wege zu ebnen, ist es meines Erachtens die Pflicht der Kritik, gegen alle derartigen Kompromißversuche pfiffiger Geschäftsleute, die aus den Errungenschaften der Neuerer durch Vergröberung, Verwässerung und Verfälschung ihren Profit herausschlagen wollen, energisch Front zu machen.

Auf epigonenhaftem Nachempfinden, nicht auf selbständigem Können beruht auch die an sich freilich recht harmlose Kunstübung des Herrn Rudolf Herzog, dessen vieraktiges Schauspiel: Die Condottieri im Neuen Theater gegeben wurde. Der Autor ist ein vielgelesener Unterhaltungsschriftsteller, dessen zahlreiche Romane sich bei einem Teil des Leihbibliothekspublikums großer Beliebtheit erfreuen sollen, dem aber zum Dramatiker das meiste, zum Dichter alles fehlt. Er liebt die tönenden Phrasen und die schönen Gebärden, und die Erzeugnisse der älteren Historiendramatik, nicht die lebendige Natur, befruchten seine Phantasie. Der Held des Schauspiels ist der venezianische Feldherr Bartolomeo Colleone, der im 15. Jahrhundert lebte und nicht durch seine Taten, sondern durch sein von Verrocchio geschaffenes Reiterstandbild unsterblich wurde. Um dieses Denkmal dreht sich auch die Handlung des Dramas: Colleone möchte gern, daß es ihm gesetzt wird, während die „Krämerseelen" des Rates von Venedig sich abgeneigt zeigen. Auch sonst passiert noch mancherlei in den vier Akten, die alle Bestandteile eines richtigen historischen Dramas aufweisen. Heldenhafte Männer kämpfen, böse Intriganten spinnen ihre Ränke und Liebespaare offenbaren uns ihres Herzens tiefstes Sehnen. Die handelnden Personen sollen Renaissancemenschen sein und einige von ihnen sprechen sich gegenseitig als „Eroberernaturen" an; in Wahrheit aber sind sie allesamt theoretisierende Schulmeister und Schönredner, die ihren Nietzsche gelesen haben und mit den aus ihm bezogenen Schlagworten und Leitsprüchen pathetisch um sich werfen. Ein belangloser Schmarren, der überdies in verunglückter Darstellung — die ernstgemeinten Hauptrollen waren zum Teil mit Komikern besetzt! — geboten wurde.

J. S.

Die Volkstrachten der alten Aegypter. Die Berichte über die in den verschiedenen Gesellschaftsklassen zur Zeit der Pharaonen übliche Kleidung lassen erkennen, daß die Kunst des Spinnens, Webens, Färbens und Stickens damals in hoher Blüte stand. E. Prisse d'Avennes schildert im Kosmos unter anderem die Toilette der vornehmen Damen jener Zeit, die in einem vom Hals bis an die Knöchel reichenden Hemde aus feinem Leinen oder Batist bestand, das von einem weiten Gewande aus leichtem durchsichtigen Stoff bedeckt wurde. Die Taille umfaßte ein breiter Gürtel, das Haar war mit Blumen und anderem Zierrat geschmückt. An den Ohren waren goldene Gehänge befestigt, die mit Köpfen von Göttinnen, heiligen Tieren, Lotos- und anderen Blumen, aus bunten Steinen geschnitten, versehen waren. Um den Hals und die Arme wurden Ketten und Reifen aus schwerem Golde getragen, und an den Fingern steckten Ringe von verschiedener Form mit symbolischen Darstellungen von Blumen, Tieren usw. Zur Vervollständigung der Toilette kam die Schminke in Anwendung. Die jungen Mädchen waren, abgesehen vom Kopfschmuck, ebenso gekleidet wie ihre Mütter, die Kinder beiderlei Geschlechts blieben bis zu ihrem siebenten oder achten Jahre unbekleidet. Die Frauen einer geringeren Klasse trugen gewöhnlich weiße, farbige oder gestreifte Gewänder aus Leinen oder Baumwolle mit weiten Aermeln und leichtes Schuhwerk. In den alten ägyptischen Gräbern hat man nicht nur Fetzen von Plüsch, Brokat, Musselin, Baumwollstoffen und Leinen gefunden, sondern auch Fußbekleidungen verschiedener Art. Die Frauen des Volkes trugen lange Hemden ohne Aermel, und die dienenden Frauen, die ihre Herrinnen auf ihren Ausgängen begleiteten, hatten gestreifte Kleider mit einer Schürze aus demselben Gewebe. Das Haar fiel in Flechten über die Schultern, jeglicher Schmuck war ihnen untersagt. Die Sklavinnen waren bis auf einen um die Lenden geschlungenen Gürtel unbekleidet. Die ägyptischen Tänzerinnen, die am Hofe der Pharaonen eine bedeutende Rolle spielten, hatten ein flatterndes Gewand aus durchsichtigem Stoff, das durch keinen Gürtel zusammengehalten wurde. Unterhalb des Kleides trugen sie einen Lendenschurz, wie er auch heute noch bei den Fellachinnen(?) Verwendung findet.

Baumeister Hartwig, zu der von uns gebrachten Notiz betreffs seiner in letzter Zeit erfolgten Baustellenverkäufe noch nicht in einer klaren und unzweideutigen Weise vor der Oeffentlichkeit Stellung genommen hat. Wir hatten festgestellt, daß Herr Hartwig zwar fortwährend gegen die „überflüssige Wohnungsbauerei", die nach der Dresdner Bürgerzeitung hauptsächlich im sogenannten Münchner Viertel von der Dresdner Baugesellschaft betrieben wird, des öfteren in scharfer Weise ankämpfte, dabei aber in dem erwähnten Stadtteile selbst Baustellen zur sofortigen Bebauung verkaufte. Es dürfte wohl im Interesse des Allgemeinen Hausbesitzervereins liegen, daß der Sachverhalt in einer einwandfreien Weise festgestellt wird."

Auch wir hatten von der Behauptung der Dr. Ztg. Notiz genommen, in der Voraussicht, daß Herr Hartwig dazu etwas sagen werde. Sein Schweigen scheint eine vielsagende Antwort zu sein.

Unfälle. Dienstag nachmittag war in dem Hause Pulsnitzer Straße 1, vierte Etage, ein etwa dreijähriges Kind in einem unbeobachteten Augenblicke zum Fenster hinausgeklettert und herausgestürzt. Glücklicherweise war es am Blumengeländer des Fensters mit seinem Kleidchen hängen geblieben und hing so schreiend zwischen Himmel und Erde. Ein im dritten Stockwerke wohnender Oberleutnant begab sich eiligst nach dem vierten Stockwerk und konnte noch rechtzeitig das in Todesgefahr schwebende Kind mit der hinzukommenden Mutter befreien. — Auf der Löbtauer Straße wurde am Montag nachmittag einem fahrenden Händler, der Obst anbot, unwohl, so daß er umfiel und in ein Haus getragen werden mußte. Der Mann schien einen Schlaganfall erlitten zu haben.

Ein toller Hund. An einem Hunde eines hiesigen Einwohners ist die Tollwut festgestellt worden. Nach den angestellten Erörterungen ist der Hund in der letzten Zeit weder frei umhergelaufen, noch mit anderen Tieren oder Hunden in Berührung gekommen. Es wird daher von der Verfügung einer Hundesperre abgesehen. Da jedoch eine Gefahr immerhin nicht ausgeschlossen ist, so fordert das Wohlfahrtspolizeiamt alle Hundebesitzer auf, ihren Hunden in den nächsten drei Monaten ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei Wahrnehmung verdächtiger Erscheinungen zur Vermeidung der gesetzlichen Folgen unverzüglich bei der nächsten Wohlfahrtspolizeibezirkswache Anzeige zu erstatten.

Viktoria-Salon. Das gänzlich neue November-Programm, dessen Premiere Donnerstag abend 8 Uhr stattfindet, ist aus folgenden Nummern zusammengestellt. Das komische Opern-Quartett Austria; die musikalische Kunstradfahrer-Familie Klein, 6 Personen; die Humoristin Antonie Gates; die Original kaukasische Grusin-Truppe und asiatische Lisgin-Sänger und -Tänzer Gudianoff, 4 Damen und 2 Herren; die jugendliche Verwandlungs-Soubrette Grete Füllgraf; die Equilibristen Ilke und Miß Jenny; The Paretty-Troupe, venezianischer musikalischer Acrobatic-Akt; Mr. John Weil, der humoristische Escamoteur; E. Merkel, Blitz-Mimiker, u. a. als Hauptmann von Köpenick und eine neue Serie interessanter Sujets vom Biebings optischer Berichterstattung. Für das Tunnel ist das Wiener Künstler-Elite-Orchester noch auf kurze Zeit verpflichtet worden.

Aus den Vororten.

Coschütz. In der letzten Sitzung des Gemeinderats stand auch auf der Tagesordnung: Wahl einer Kommission für die Einschätzung zur Staats-Einkommensteuer. Der Vorschlag (zur Wahl sind auch die Beitragspflichtigen wählbar, die dem Gemeinderat nicht angehören), auch von unserer Seite einen Vertreter mit in die Körperschaft zu wählen, fand bei der bürgerlichen Mehrheit kein Gehör. Es wurde von dieser Mehrheit als Vertreter für die Unansässigen Herr Gemeindevorstand Drehler vorgeschlagen und mit 7 von 13 abgegebenen Stimmen gewählt. Unser Vertreter erhielt 6 Stimmen, davon 3 von bürgerlicher Seite. Ob die Mehrheit kein Bedenken trägt, daß durch diese Wahl das Oberhaupt der Gemeinde Coschütz acht halbe Tage den Geschäften für die Gemeinde entzogen wird? Unsere Vertreter werden auf dem Posten sein und Klagen nach dieser Richtung hin in der Oeffentlichkeit kritisieren. Ferner lag der schon von unseren Vertretern gestellte, aber abgelehnte Antrag des Herrn Baumeisters Lehmann, unterstützt von unseren Vertretern, wieder vor: „Arbeiten der Gemeinde und Lieferungen, die die Summe von 300 M. übersteigen, nicht an Gemeinderatsmitglieder zu übertragen." Auf Grund des § 65 der Landgemeindeordnung, Abs. 2, beantragten die Antragsteller, die Mitglieder des Gemeinderates von der Beschlußfassung auszuschließen, deren Privatinteressen dabei berührt werden. Es sind im Gemeinderat drei Interessenten, die bei vorkommenden Arbeiten in der Gemeinde in Frage kommen. Da der Vorsitzende keinen ausschließen, auch über den Antrag nicht abstimmen ließ, wurde vom Antragsteller und unseren Vertretern Protest bei der vorgesetzten Behörde angekündigt. Ueber das Verhalten des Vorsitzenden ist nunmehr mit sechs Unterschriften, drei von unseren Vertretern, an die vorgesetzte Behörde Protest eingereicht.

Unsere Vertreter brachten in dieser Sitzung folgenden Dringlichkeitsantrag ein: „Die unglaublich und andauernd hohen Lebensmittelpreise sind für breite Bevölkerungskreise unerschwinglich geworden. Die Zustände haben sich auch für den größten Teil der Coschützer Bevölkerung zu einer Unterernährung ausgewachsen, die von Tag zu Tag unerträglicher wird. Schleunigste Abhilfe ist dringend geboten. Sie kann nur dadurch geschaffen werden, daß die Zufuhr von Vieh und Fleisch aus dem Auslande so weit freigegeben wird, wie es ohne gesundheitliche Gefahren möglich ist. Die sächsische Regierung wird ersucht, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit eine Oeffnung der Grenzen erfolgt. Der Gemeinderat wird ersucht, diesem Antrag beizutreten und den Herrn Vorsitzenden zu ermächtigen, ihn der sächsischen Regierung zu übermitteln." Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Rabenau. Eine vorige Woche hier abgehaltene Versammlung von Mitgliedern des Gewerbevereins beschäftigte sich mit dem Projekte einer Rabenauer Gewerbe- und Industrie-Ausstellung für 1907. Um der Angelegenheit näher zu kommen, wurden 9 Herren gewählt, die bei den Industriellen in der gesamten Gegend Umfrage halten sollen, ob sie geneigt sind, die Ausstellung zu unterstützen. Mit dem Ergebnis wird sich eine in zirka 14 Tagen stattfindende Versammlung beschäftigen, wo definitiver Beschluß gefaßt werden soll.

Gunnersdorf. Beim Spielen mit einer Katze ging das im 3. Lebensjahre stehende Söhnchen des hiesigen Hausbesitzers Lösch rückwärts, wobei es in einen mit kochendem Wasser gefüllten großen Topf fiel. Es verbrühte sich dabei so sehr, daß es kurze Zeit darauf durch den Tod von seinen Schmerzen erlöst wurde.

Deuben. Die Ehefrau des vorige Woche freiwillig aus dem Leben geschiedenen Schneiders Rösche teilt dem Glückauf, der das berichtet hatte, mit, daß ihr Mann sie nicht mit Totschlag bedroht habe, auch habe er nicht an Delirium gelitten.

Kemnitz. Der Gemeinderat beschloß in seiner letzten Sitzung trotz Einspruchs der unansässigen Vertreter, die Gemeinderatswahl für die Klasse der Ansässigen Freitag den 23. November, nachmittags von 5—8 Uhr und für die Klasse der Unansässigen Sonnabend den 24. November, nachmittags von 5 bis 9½ Uhr vorzunehmen. Die Wählerlisten liegen vom 4. bis mit 18. November im Gemeindeamte während der Expeditionsstunden und Sonntag den 4. November von 11—1 Uhr zur Einsichtnahme aus. Die Arbeiterschaft wird hierdurch darauf hingewiesen, möglichst in den ersten Tagen Einsicht zu nehmen. Wer nicht selbst dazu in der Lage ist, möge sich an Genossen G. Müller, Bahnstraße 7, part. wenden.

Ullersdorf. Gestern früh in der fünften Stunde brannte hier das dem Musiker Bölkel gehörige Wohnhaus bis auf die Grundmauern nieder.

Cossebaude. Die hiesige Ortskrankenkasse hält Sonnabend den 3. November, abends 8 Uhr, im Gasthofe ihre 22. ordentliche Generalversammlung ab.

Kötzschenbroda. Es verdient hervorgehoben zu werden, welch rückständige Ansichten und Bestrebungen im Gemeinderat des benachbarten Villenortes Niederlößnitz sich breit machen dürfen. Dort sind die Unansässigen mit drei Mann vertreten (aber durchaus keine Vertreter aus dem Arbeiterstande), von denen nunmehr der eine den Antrag gestellt hat, daß unter diesen drei mindestens ein solcher sein muß, der ein Einkommen von „nur" 3000 M. hat. Offenbar sind dem Antragsteller die Wirkungen des jetzt bestehenden Klassenwahlrechts noch nicht weitgehend genug, obwohl er durchaus nicht zu befürchten braucht, daß einmal ein „Sozi" einen der drei bereit gehaltenen Sitze drücken dürfte. Es hat sich aber die Wirkung eines solchen Bestrebens bereits kenntlich gemacht: ein Mietbewohnerverein gründete sich, der diesen „Klassengenossen" ersuchte, seinen Antrag zurückzuziehen. Und Freude wird wieder sein in Troias Hallen über den Sünder, der Buße tut, um die Tätigkeit dieses „schätzbaren Vertreters" sich durch Wiederwahl zu sichern. Das ist der Lauf der Zeit im kommunalen Parlament, das die konservativen Größen zu seinen Mitgliedern zählt.

Klotzsche. Trotz wiederholter Hinweise an die organisierten Arbeiter in unserer Parteipresse, in erster Linie die Lokale zu besuchen, die uns zur Verfügung stehen und wo die Arbeiter-Zeitung ausliegt, kann man immer wieder beobachten, daß sich ein großer Teil Arbeiter nicht im geringsten daran kehrt und lebhaft Wirte unterstützt, die es nicht für notwendig halten, die Arbeiterpresse zu abonnieren und ihre Lokale der Arbeiterbewegung zur Verfügung zu stellen. Es kommen hierbei vor allen in Frage das Weiße Roß, Besitzer Theodor Tilly, sowie der Gasthof zur deutschen Eiche, Besitzerin Frau Sarink. Tilly lehnte es entschieden ab, seinen Saal auch nur zu Vereinsversammlungen den Arbeitern zu überlassen, die Arbeiter-Zeitung sucht man ebenfalls vergeblich dort. Dasselbe gilt vom Gasthof zur deutschen Eiche. Die verschiedenen Versuche zum Abonnement der Arbeiter-Zeitung wurden kurzweg zurückgewiesen. In beiden Lokalen sind die Gäste in ihrer großen Mehrzahl Arbeiter und es ist zu erwarten, daß dieser Hinweis genügt, um sie an ihre Pflichten der Partei und Gewerkschaft gegenüber zu erinnern. Es stehen uns hier genügend Lokale zur Verfügung, wo die Arbeiter-Zeitung ausliegt, ein Blick in die Lokalliste wird jeden davon überzeugen.

Versammlungskalender für Freitag.

Ortskrankenkasse Niedersedlitz. Ordentliche Generalversammlung im Gasthof Niedersedlitz, abends 8 Uhr.
Plauenscher Grund. Volksversammlung im Gasthof zur roten Schänke in Döhlen, abends 9 Uhr.
Volksversammlung in der Tonhalle, Glacisstraße, abends 9 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Mit dem Unterrichtskursus für Parteifunktionäre wird, wie im Vorwärts mitgeteilt wird, voraussichtlich am 15. November begonnen werden können. Positive Angaben darüber werden noch rechtzeitig bekannt gegeben. Das Unterrichtslokal befindet sich in dem Hause Lindenstraße 3, nahe am Belleallianceplatz. Die Dauer des Kursus ist auf sechs Monate vorgesehen.

Die Wohnungsfrage für die Hörer der Parteischule wird vom Parteibureau, Lindenstraße 69, nach Möglichkeit geregelt werden.

Der Kaiserdeputierte Hirsch, schreibt die Breslauer Volkswacht, ist durch die langmonatige harte Untersuchungshaft körperlich ebenso wie seelisch schwer herabgekommen. Er bedarf daher dringend der Erholung, um wieder so gekräftigt zu werden, daß er imstande ist, seiner schweren Berufsarbeit als Schmied nachzugehen. Von der Unterstützung, die Genosse Hirsch aus Mitteln seines Verbandes erhält, ist er dazu nicht in der Lage, zumal er zu Hause eine seit acht Jahren gelähmte Frau und einen lungenkranken zwölfjährigen Sohn hat. Die Breslauer Arbeiter werden sicher auch in diesem Falle sich ihrer oft bewährten Solidarität einem Genossen gegenüber erinnern und mit dazu beitragen, daß Genosse Hirsch die ihm dringend nötige Erholung sich gönnen kann. Gaben nimmt das Sozialdemokratische Parteisekretariat, Breslau, Neue Graupenstraße Nr. 5, 2. Etage, entgegen.

Die Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

In die Feuilleton-Redaktion des Vorwärts ist an die Stelle des verstorbenen Genossen Krauß Genosse R. H. Döscher eingetreten, der bisher in München und Nürnberg tätig war.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Rexhäuser kontra Vorwärts.

Wir teilten vorgestern die Antwort des Vorwärts auf Rexhäusers Verdächtigungen der Vorwärtsdruckerei auszugsweise mit. Da nun aber auch die örtliche bürgerliche Presse die von Rexhäuser zurechtgedrehten Sensationshappen mit bekannter Promptheit weiter kolportiert, und um weiteren Verdächtigungen die Spitze abzubrechen, nehmen wir heute Veranlassung, die Antwort des Vorwärts vollinhaltlich wiederzugeben:

„In seiner Polemik gegen den Vorwärts wegen des neuen Buchdruckertarifs hat der Korrespondent u. a. folgendes behauptet:

Keine Druckerei in Deutschland hat jemals eine so raffinierte Kontrolle über die Arbeit der Maschinensetzer ausgeübt, als gerade die Druckerei des Vorwärts! . . . . . . es muß gesagt werden, daß in jedem bürgerlichen Geschäft eine Kontrolle über die Leistungen, wie sie im Vorwärts geübt wurde, mit dem Streik beantwortet worden wäre.

Obwohl Herr Rexhäuser zu den Kläffern gehört, die in der Regel nur bellen, wenn sie der obrigkeitlichen Bewilligung sicher sind, glaubten wir doch diese neueste Verleumdung des Renegaten, solange sie auf den Korrespondenten und die ihm charakterverwandte Post-Redaktion beschränkt blieb, nur mit dem Schweigen der Verachtung beantworten zu sollen. Aber Rexhäusers Berechnung, daß die dreckigsten Blätter der sozialistenfresserischen Presse jeden seiner Verleumdungskübel mit Behagen weiterreichen werden, hat sich auch diesmal wieder als richtig erwiesen. Seine neueste Verleumdung der Vorwärts-Buchdruckerei geht jetzt wieder durch die Zentrums- und Freisinnspresse.

Wir müssen daher uns leider mit Rexhäuser befassen und erklären obige Behauptung des Korrespondenten für eine der ausgewachsensten Rexhäuserischen Lügen.

Rexhäuser spekuliert auf die Gedächtnisschwäche seiner Leser. Am 1. Oktober 1905 brachte das berüchtigte Achtgroschenorgan, die Post, aus der Feder eines Rexhäuserschen „Kollegen" einen angeblichen Bericht über eine Buchdruckerversammlung mit den schwersten Vorwürfen gegen die Vorwärts-Buchdruckerei, die wegen ihres „Ausbeutersystems" von einem ihrer Maschinensetzer als „Zuchthaus ersten Ranges" bezeichnet worden sei. Sofort am 2. Oktober 1905 erließen die Maschinensetzer selber im Vorwärts eine Erklärung, worin sie die Post Lügen straften, am 3. Oktober 1905 erließ die Geschäftsleitung des Vorwärts eine Erklärung, worin sie den Tatbestand feststellte:

1. daß sie nämlich nichts weiter verlangt habe, als daß die Setzer auf die Korrekturfahnen ihre Namen schreiben sollten;
2. daß einzelne Setzer das erst zugesagt, später aber alle es abgelehnt hätten;
3. daß die Geschäftsleitung den Gehilfen die Entscheidung der Streitfrage durch das Tarifamt vorgeschlagen habe, und
4. daß das Tarifamt das Verlangen der Geschäftsleitung für berechtigt erklärt hat.

Das alles weiß der Ehrenmann Rexhäuser; er weiß auch, daß dann noch eine Druckereiversammlung stattgefunden hat, an welcher der Verbandsvorsitzende Döblin und der Gauvorsteher Massini teilgenommen haben und in der diese Frage eingehend erörtert worden ist; er weiß aber auch, daß weder Döblin noch Massini auch nur mit einem Worte sich gegen solche angeblich „raffinierte Kontrolle über die Arbeit der Maschinensetzer" auszusprechen veranlaßt sahen.

Das alles weiß also der Ehrenmann Rexhäuser! Ist da noch eine Charakterisierung dieses Burschen notwendig, der seit Jahren die deutsche Gewerkschaftspresse schändet und zum Gaudium der Gegner mit allen Mitteln systematisch auf eine Trennung der Buchdrucker von der übrigen Arbeiterbewegung hinarbeitet!

Derselbe Ehrenmann Rexhäuser hat dann weiter die Stirne, zu fragen, warum denn der Vorwärts nicht in seinem eigenen Betriebe die Akkordarbeit abschaffe? Er weiß aber ganz genau, daß mit Ausnahme der Zeitungssetzerei im ganzen Vorwärts-Betrieb von Anfang an die Akkordarbeit abgeschafft ist und daß in der Zeitungssetzerei das Berechnen bloß auf ausdrücklichen Wunsch der Zeitungssetzer selber besteht, und zwar nicht der „Mordarbeit" willen, sondern weil der Zeitungs-„Speck" den Gehilfen beim Berechnen Vorteile bietet, die beim Arbeiten im Wochenlohn sich sofort in Vorteile für das Geschäft verwandeln würden.

Trotzdem erhebt Ehrenmann Rexhäuser eine solche Frage, die nun natürlich von all den Zentrums- und Freisinns- usw. Blättern mit Behagen nachgeplappert wird, ohne zu ahnen, daß, was bei ihnen

---

gehänge, Hals- und Armschmuck durften nicht fehlen, ebensowenig Blumen als Kopfputz sowie Kränze und Girlanden. Die weiblichen Musikanten waren ähnlich gekleidet und trugen auch reichlichen Blumenschmuck. Einer besonderen Beliebtheit erfreute sich die Lotosblume. Dies geht auch schon daraus hervor, daß sie sowohl an Monumenten und Privathäusern als auch an sonstigen Gebrauchsgegenständen als ornamentales Motiv verwandt wurde. Die Kleidung der Männer der mittleren Klassen bestand aus einem kurzen, mit Fransen verzierten Wams, das zuweilen mit kurzen Aermeln versehen war. Ein Gürtel aus demselben Stoff raffte es in der Taille zusammen; eine Schärpe, die von der linken Schulter auf die rechte Hüfte reichte, und ein Mantel aus weißer Wolle vervollständigten die Tracht. Die Männer der niederen Volksklassen trugen ein einfaches Leinenhemd, über das ein Wollmantel geworfen wurde. Die Aermsten begnügten sich mit einer Art Schurz. Fußbekleidungen trugen fast nur die Männer der höheren Klassen. Sie wurden aus Papyrus oder Leder hergestellt und mußten beim Betreten des Tempels oder der Wohnstätte der Pharaonen von den Füßen gestreift werden.

Dresdner Kunstchronik. [Theater.] Mitteilungen aus dem Bureau der Königlichen Hoftheater. Im Königlichen Schauspielhause wird Sonntag den 4. November Anzengrubers fünfaktiges Volksstück Das vierte Gebot als erste Volksvorstellung dieser Spielzeit gegeben. Der Verkauf findet ausschließlich Sonnabend den 3. November, abends 8—9 Uhr, in der Turnhalle der 4. Bürgerschule (Tieckstraße) statt.

Im Residenztheater wird morgen Freitag Die schöne Helena, komische Operette von J. Offenbach, aufgeführt. Am Sonnabend und Sonntag Die lustige Witwe.

[Konzertanzeigen.] Die hiesige Konzertsängerin Margarete Bruck veranstaltet am Freitag den 2. November, abends 7½ Uhr, im Hotel Bristol unter Mitwirkung von Gertrud Matthaes (Violine) und Karl Pretzsch (Klavier) ein Konzert. Das Programm bringt Lieder von Tommaso Giordani, Franz Schubert, O. R. Hübner, E. Trewitsch, Ludw. Hartmann und Georg Henschel und Violinstücke von Vieuxtemps, Wieniawski und R. Marschall.

In dem Liederabend von George Hamlin am Sonnabend den 3. November, abends 7 Uhr, im Palmengarten kommt folgendes Programm zur Ausführung: Händel: O Sleep and Gentle; T. Linley: O Bid Your Faithful Ariel Fly; Schubert: Im Abendrot; Der Musensohn; Schumann: Stille Tränen; Die Meerfee; Provençalisches Lied. — Campbell-Tipton: After Sunset; On the Beach; The Erning of Water; Reveries (zum erstenmal). — Brahms: Wir wandelten; Botschaft. — Wolf: Auf ein altes Bild; Wo find ich Trost? — Strauß: Weißer Jasmin; Cäcilie. — Am Klavier: Alfred Simon.

Klavierabend von Frederic Lamond am 6. November im Palmengarten. — Violinkonzert von Bronislaw Hubermann am 8. November im Vereinshaus. — Liederabend von Else Thamm am 10. November im Palmengarten.

[Bildende Künste.] Vor der Eröffnung der neuen Galerie Ernst Arnold wird der alte Arnoldsche Kunstsalon noch eine Ausstellung der hervorragenden Vertreter der jüngeren impressionistischen Schule Frankreichs und Belgiens aufnehmen. Sie wird 134 Bilder enthalten.

Kleine Mitteilungen. Gorki langte vor einigen Tagen in Begleitung seiner Frau Maria Andrejewna aus Amerika in Neapel an. Gorki will längere Zeit in Neapel verweilen, um einen Roman, der den Titel Vaterland führen wird, fertigzustellen. In dem Roman werde er seine Erlebnisse in Amerika erzählen und Land und Leute in Amerika schildern. Ein Redakteur der Roma befragte Gorki um dessen Meinung über die gegenwärtige Lage in Rußland. Gorki sagte, daß er alle seine Hoffnungen auf die junge Generation Rußlands setze, weil nur diese Energie und Mut genug besitze, die furchtbaren Kämpfe, welche noch in Rußland bevorstehen, durchzukämpfen und den endlichen Erfolg herbeizuführen. Ueber den Ministerpräsidenten Stolypin meinte Gorki, daß es diesem nicht gelingen werde, zu verhindern, daß die neue Reichsduma noch radikaler sein werde als die frühere. Der Zar sei grausam, in seinen Mitteln nicht wählerisch, dabei in seinen Entschlüssen unberechenbar. Er hoffe noch immer, ein absolutes Regime in Rußland führen zu können. Das russische Heer bilde drei Teile. Den ersten Teil bildet dessen freiheitliches Element, welches in den bisherigen Kämpfen bereits eine große Anzahl von Mitstreitern zur Erlangung der Freiheit gestellt hat. Der zweite Teil ist dem Zarismus fanatisch ergeben, der dritte Teil ist vollständig indifferent, und die Bemühungen der freiheitlichen Parteien sind darauf gerichtet, diesen Teil für ihre Bestrebungen zu gewinnen und dadurch die Indifferenten unschädlich zu machen. Gorki erklärte schließlich, er habe sichere Nachrichten darüber, daß die Revolution in Rußland im nächsten Frühjahr in vergrößertem Maße neuerlich ausbrechen und wahrscheinlich zum Erfolg führen wird. Abends wohnte Gorki der Vorstellung im Teatro Politeama bei. Als das zahlreich anwesende Publikum von der Anwesenheit des großen russischen Dichters erfuhr, kam es während offener Szene zu einer großen Sympathiedemonstration für Gorki. Man rief: „Es lebe Rußland!" Die Damen winkten mit den Taschentüchern und warfen Blumen und rasch herbeigeholte Kränze in die Loge Gorkis, der tiefgerührt dankte. Nach beendeter Vorstellung fand die Demonstration auf der Straße ihre Fortsetzung, obwohl das aufgebotene starke Polizeidetachement diese zu verhindern suchte.

Die Dichte eines Körpers wird, wie jeder Schüler in der Physikstunde lernt, als das sogenannte spezifische Gewicht gemessen, indem das Verhältnis seines eigenen Gewichts zu dem einer Wassermasse von gleich großer Ausdehnung bestimmt wird. Auch die Erdkugel ist gleichsam gewogen worden, und es steht fest, daß ihr spezifisches Gewicht im Durchschnitt rund 5½ beträgt. Das bedeutet, daß die ganze Erdkugel etwa 5½mal mehr wiegt, als eine gleich große Kugel aus Wasser bei einer Temperatur von 4 Grad wiegen würde. Wenn nun aber die Gesteine, aus denen die feste Erdkruste besteht, für sich gewogen werden, so stellt sich heraus, daß sie durchweg ein geringeres spezifisches Gewicht besitzen, als es dem Erdkörper als Ganzes zukommt. Die Bestandteile der Erdkruste, soweit sie dem Menschen auf der Erdoberfläche oder weiter nach dem Erdinnern zu durch Bohrlöcher und Bergwerke bekannt geworden sind, haben nämlich ein spezifisches Gewicht von nur 2½ bis 3. Daraus folgt, daß die Masse der Erdkugel im Innern sehr viel schwerer sein muß als ihre Kruste. Diese Folgerung gilt als eine der wichtigsten Tatsachen für die Geophysik. Neuerdings ist dann auch behauptet worden, daß gerade eine solche Massenverteilung in der Erde am besten mit der Annahme zu vereinbaren sei, derzufolge die Erde ursprünglich aus einem glühenden Nebel gebildet sein soll. Auch die geophysikalischen Forschungen scheinen der Kantischen Lehre von der Entstehung des Sonnensystems recht zu geben.

Literarische Umschau. [Notizen und Anzeigen.] Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 4. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Zusammenbruch. — Liberalismus und Arbeiterpartei. Von Th. Rothstein. — Georg Bernard Shaw als Dramatiker und Sozialist. Von M. Beer. (Schluß.) — Der neue Tarif der Buchdrucker. Von K. Kautsky. — Die zwei Methoden der Gewerkschaftspolitik. Von Rosa Luxemburg. — Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter. Von J. Wißmann (Bochum). — Literarische Rundschau.

Eine Biographie August Strindbergs aus der Feder Hermann Essweins erscheint demnächst bei R. Piper u. Co. in München.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19061101/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dummheit, bei Rexhäuser abgefeimte Berechnung ist, nur erklärlich aus völliger politischer Verlotterung und Verwahrlosung!

Herr Rexhäuser weiß auch, daß in der Vorwärts-Buchdruckerei — wie in fast allen Parteibuchdruckereien — die achtstündige Arbeitszeit herrscht, der Lohn aber selbstverständlich höher ist, als der Tarif für die neunstündige Arbeitszeit vorschreibt; Herr Rexhäuser weiß, daß im Vorwärts-Betrieb für alle dreiviertel Jahr lang Beschäftigten acht Tage Ferien bei vollem Lohnbezug gewährt wird, ohne daß der Tarif auch nur einen dahingehenden Wunsch enthält; Herr Rexhäuser weiß, daß bei uns auf Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bei Militärübungen bis zu 14 Tagen an Verheiratete oder Familienernährer der Lohn bis zu zwei Dritteln, bei Kontrollversammlungen oder sonstigen Arbeitsversäumnissen zur Erfüllung staatsbürgerlicher oder kommunaler Verpflichtungen der volle Lohn, bei schweren Erkrankungen oder Todesfällen in der Familie bis zu drei Tagen bezahlt wird, während der Tarif auf Grund von § 616 im höchsten Falle nur für drei Stunden die Weiterzahlung des Lohnes fordert. Herr Rexhäuser weiß, daß in Erkrankungsfällen die Angestellten bis zu 14 Tagen die Differenz zwischen Ortskrankenkassengeld und unseren Anfangslohnsätzen für die einzelnen Abteilungen (ohne Rücksicht, in wieviel Kassen der Kranke versichert ist) ausbezahlt erhalten und daß bei Unfällen die Differenz zwischen dem vollen Lohn und dem Ortskassengelde für die ganze Dauer der Arbeitsunfähigkeit vom Geschäfte bezahlt wird, während der Tarif nach dieser Richtung überhaupt keine Forderung enthält. Alles das weiß Herr Rexhäuser, und wenn er trotzdem seit Jahr und Tag mit heißem Bemühen seinen Kampf wider besseres Wissen fast ausschließlich gegen die Parteidruckereien führt, statt dafür zu kämpfen, daß diese Vorteile auch in dem Tarif für alle Buchdruckereien zur Einführung gelangen, so erklärt sich das nur aus dem Naturtrieb des Renegaten, durch solches Geschimpfe das eigene Gewissen zu betäuben, weil er weiß, in welchem Grad von Achtung er bei allen objektiv Denkenden steht. „Man liebt wohl den Verrat, doch niemals den Verräter!"

Wir führen all das an, nicht um uns zu rühmen; wir halten alle diese Einrichtungen für unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit und halten es weiter für unsere Pflicht, auf diesem Wege immer weiter zu schreiten, soweit die Verhältnisse uns das gestatten; aber gegen die systematische Verleumdung des Rexhäuser müssen wir das hervorheben, weil derselbe Rexhäuser in anderen Fällen es ablehnt, offene Mißstände, z. B. in der Reichsdruckerei, zu rügen, „weil sonst die dort tätigen Kollegen dadurch geschädigt werden könnten" oder „weil der Zentralvorstand es als nicht richtig erachtete, daß die Entlassenen nachträglich in gehässiger Weise vorgehen". Aber gegen die sozialdemokratischen Geschäfte darf Rexhäuser losgelassen werden.

Sei's drum! Mag der Korrespondent seinen seit Jahren inszenierten Verleumdungsfeldzug gegen die Vorwärts-Buchdruckerei weiter führen, so viel er will, der Buchdruckerverband muß ja wissen, welche Aufgaben Rexhäuser im Korrespondent erfüllen soll; aber all das Geschimpfe und Verleumden ändert an der Tatsache nichts: In der Vorwärts-Buchdruckerei herrschen solche Zustände in Lohn und Arbeit, daß, wenn ein Mann von politischem Charakter und Ehrgefühl an Stelle Rexhäusers in der Redaktion des Korrespondenten säße, er nicht so sprechen würde wie Rexhäuser, sondern sagen wir: wie Döblin und Massini!

Diese beiden werden sicherlich unseren Darlegungen über die Verhältnisse in unserem Betriebe widersprechen, wenn diese der Wahrheit nicht entsprechen!

Die gegnerische Presse aber, die mit so schmatzendem Behagen die Rexhäuserschen Verleumdungen weiterverbreitet, fordern wir auf, uns auch nur einen ihrer Betriebe zu nennen, in denen ihre Arbeiter unter besseren Arbeitsbedingungen arbeiten wie bei uns.

Berlin, 26. Oktober 1906.

Die Geschäftsleitung der Vorwärts-Buchdruckerei.

Ein unhaltbarer Schiedsspruch. In den zwischen den Bauarbeiterorganisationen und dem Arbeitgeberverband in München für das Baugewerbe im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifvertrag wurde eine Bestimmung der ortspolizeilichen Vorschrift mit übernommen, wonach der Genuß geistiger Getränke während der Arbeitszeit auf Hochbauten verboten ist. An dem von dem Baumeister Moll aufgeführten Erweiterungsbau der Universität haben sämtliche Bauhilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil ihnen nicht gestattet wurde, während der Arbeitszeit Bier auf die Baustelle zu bringen. Die Leitung der Organisation hat dieses Vorgehen der Arbeiter entschieden mißbilligt; selbstverständlich wurde nicht nur keine Unterstützung ausbezahlt, sondern die Arbeiter zu der Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßt. Dieser Aufforderung kamen nur 18 Arbeiter nach, die übrigen weigerten sich, die Arbeit bei Moll wieder aufzunehmen, doch hatte die Organisation dem Unternehmer andere Arbeiter vermittelt. Mehr konnte die Leitung der Organisation mit dem besten Willen nicht tun. Damit war der Scharfmacherverband aber nicht zufrieden und stellte beim Einigungsamt des Gewerbegerichts München den Antrag, einen Schiedsspruch darüber herbeizuführen, daß die Organisation der Bauhilfsarbeiter gehalten sei, die vertragsbrüchigen Arbeiter aus der Organisation auszuschließen. In der am Mittwoch vor dem Einigungsamte durchgeführten Verhandlung bestritt der Geschäftsführer der Organisation, Genosse Dobler, den Unternehmern das Recht, einen derartigen Antrag zu stellen, auch sei hierzu weder das Einigungsamt kompetent, noch hätten die Leiter der Organisation die Macht, einen diesbezüglichen Ausschluß von Mitgliedern herbeizuführen. Maßgebend hierfür sei einzig und allein das Statut und die Entscheidung der Generalversammlung. Das Einigungsamt erließ mit allen gegen eine Stimme einen Schiedsspruch dahin, daß die Organisation der Bauhilfsarbeiter die vertragsbrüchigen Arbeiter als Mitglieder auszuschließen habe!

Mit diesem Schiedsspruch ist nach unserem Dafürhalten das Einigungsamt über seine Kompetenz hinausgegangen. Für die Mitglieder, die in erster Linie über den Ausschluß des Mitgliedes zuständig sind, ist weiter nichts maßgebend, als das Statut. Und danach sind die Mitglieder gehalten, für günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege einzutreten. Ausgeschlossen kann werden, wer gegen das Statut und die Arbeiterinteressen verstößt. Nun ist zweifelsohne der Tarifvertrag abgeschlossen worden zu dem Zweck, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ob aber ein Mitglied gegen den Vertrag als solchen oder gegen das Statut verstoßen hat, darüber hat einzig und allein die Mitgliedschaft und niemand anders zu befinden. Was nun, wenn die Versammlung die Leute, deren Vorgehen gewiß nicht zu billigen ist, dennoch nicht ausschließt?

Wird dann die Organisation als vertragsbrüchig erklärt werden? Wir meinen, die Scharfmacher spielen hier mit dem Feuer. Würden die Scharfmacher bisher ebenso verpflichtet worden sein, jene Arbeitgeber, die durch Lohnabzüge usw. ebenfalls gegen die tariflichen Abmachungen verstoßen haben, auszuschließen, dann wäre im Münchner Scharfmacherverbande nahezu kein Mitglied mehr vorhanden!

Das beleidigte Abgeordnetenhaus.

Hg. Düsseldorf, 31. Oktober.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf wurde heute nachmittag gegen den verantwortlichen Redakteur Hugo Schotte von der Düsseldorfer Volkszeitung wegen Beleidigung des preußischen Abgeordnetenhauses verhandelt. Gleich wie in dem noch schwebenden Prozeß gegen die Erfurter Tribüne, der wegen der beschlossenen Beweiserhebung durch Vernehmung einer Reihe von Abgeordneten so großes Aufsehen erregte, hat auch in diesem Falle das Abgeordnetenhaus im Gegensatz zu seiner sonstigen Gepflogenheit und den allgemeinen parlamentarischen Gewohnheiten die Genehmigung zur Strafverfolgung gegeben. Der unter Anklage gestellte Artikel war in der Volkszeitung vom 23. Mai 1906 erschienen unter der Ueberschrift Die Pfaffeninsel. Das Abgeordnetenhaus wurde darin das verachtetste Parlament der Welt genannt, das auch von allen Parlamenten die schlechtesten Sitten hätte. Die Beratung der Schulvorlage sei nichts weiter als abgekartete Komödie gewesen. Während der Verhandlungen selbst bemühe sich der Präsident in keiner Weise Ordnung zu schaffen. In diesem Hause sei jeder Tag wie der andere und der Stumpfsinn werde mit keinem Tage geringer. In diesem Hause könne nur eines passieren, das seine stumpfen Nerven aufrüttele, daß ein Mann darin aufstünde, der ihm seine ganze Schande und Verworfenheit ins Gesicht schrie; der ihm, dem Hause der Privilegierten und siebenmal Gesiebten, es offen verkündete, daß es weder die Fähigkeit noch die innere Berechtigung habe, in großen Volksfragen ein Votum von irgend welchem Gewicht abzugeben, der nicht zu den tauben Gesellen im Saale spräche, sondern die Väter und Mütter im Lande draußen gegen dieses Haus aufriefe zum Schutze ihrer Kinder. Aber auf dieser europäischen Pfaffeninsel und seiner geschändeten Tribüne herrsche der Friede.

Die Anklage wurde erhoben nicht wie in Erfurt auf Grund des § 186 des Str.-G.-B. (Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen), eine Anklage, die den Wahrheitsbeweis zugelassen hätte, sondern auf Grund des § 85 (formelle Beleidigung). Die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Schrammen-Köln. Der Angeklagte erklärt, daß die Art der Behandlung der Schulvorlage im preußischen Abgeordnetenhaus und dieses Gesetz selbst in weiten Kreisen des preußischen Volkes, nicht nur in den breiten Volksschichten, sondern auch bei den berufenen Vertretern der Wissenschaft, bei den Universitäten und Stadtverwaltungen große Entrüstung hervorgerufen habe. Unter dem Eindruck der Entrüstung darüber, daß die Kinder des Volkes der reaktionären Macht der Kirche ausgeliefert werden sollten, sei der unter Anklage stehende Artikel entstanden. Er ziehe die Vorgänge beim preußischen Volksschulgesetz in Parallele mit den analogen Gesetzen, mit denen sich fast zur gleichen Zeit die gesetzgebenden Körperschaften Englands und Frankreichs beschäftigt hätten. Während in diesen beiden Ländern die Schule befreit und dem Joch der Kirche entrissen worden sei, habe man ihr in Preußen die Volksschule nun völlig ausgeliefert. Beleidigungen seien in dem Artikel nicht enthalten, auch die Absicht der Beleidigung liege nicht vor. Die angegebenen Tatsachen seien samt und sonders wahr, was durch Zeugenbeweis erhärtet werden könnte. Was die Form des Artikels anbetreffe, so sei die Art und Ausdrucksweise der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gegenüber der sozialdemokratischen Partei vielmal beleidigender und verletzender, wofür er ebenfalls Zeugenbeweis anbiete.

Indem die sozialdemokratische Presse an der Schulvorlage und der Art ihrer Behandlung im preußischen Abgeordnetenhaus Kritik übte, handelte sie im Auftrage ihrer Leser und der sozialdemokratischen Partei Preußens und befand sich somit in Wahrung berechtigter Interessen. Es war ihre Pflicht, einem Gesetz zu opponieren, dessen Tendenzen der Stimmung der übergroßen Mehrheit des Volkes widersprechen.

Staatsanwalt: Ich ersuche den Angeklagten zu fragen, ob ihm nicht bekannt war, daß schon früher einmal die Staatsanwaltschaft beim Abgeordnetenhause die Strafverfolgung der Düsseldorfer Volkszeitung wegen Beleidigung der preußischen Volksvertretung beantragt hatte, daß dieser Antrag zwar damals abgelehnt wurde, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, ihn in späteren Fällen zu genehmigen.

Angekl.: Diese Vorgänge sind mir bekannt. — Vert.: Ich stelle folgende Beweisanträge: 1. Den Professor Natorp in Marburg als Zeugen und Sachverständigen darüber zu vernehmen, daß das Volksschulgesetz und die Art seiner Behandlung im preußischen Abgeordnetenhause in weiten Kreisen des preußischen Volkes Aufregung und Entrüstung hervorgerufen habe, weil man in diesem Gesetz die Gefahr einer Verschlechterung der allgemeinen Volksbildung erblicke. 2. Den Bürgermeister Reicke in Berlin, sowie die Stadtverordneten Singer und Cassel in Berlin darüber zu vernehmen, daß das Schulgesetz auch eine Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung und eine Herabminderung der gemeindlichen Leistungen für die Volksschule befürchten ließ. 3. Den nationalliberalen Abgeordneten Schiffer, den freikonservativen Abg. v. Zedlitz und den freisinnigen Abg. Cassel darüber zu vernehmen, daß die Erklärungen des Ministers und der Parteien in der dritten Lesung des Volksschulgesetzes vor der Plenarberatung außerhalb des Hauses von den Kompromißparteien verabredet worden waren. 4. Ueber die schlechten Sitten des preußischen Abgeordnetenhauses den Schriftsteller Theodor Barth, den Reichstagsabgeordneten Gothein und den Landtagsabgeordneten Brömel zu laden. Sie würden aussagen, daß in dem Abgeordnetenhaus regelmäßig die Mehrheitsparteien die Redner der Opposition durch absichtliche Unaufmerksamkeit, lautes Sprechen, Lachen und Lärmen in ihrer Rede stören, ohne daß der Präsident dagegen einschreitet. Zur Begründung dieser Beweisanträge führte der Verteidiger Rechtsanwalt Schrammen aus: Es sei zwar hier nicht wie in Erfurt im gleichen Falle der § 186 des Str.-G.-B. in Betracht gezogen worden, sondern nur § 185. Gleichwohl sei der Wahrheitsbeweis von Wichtigkeit, weil er für die Bemessung des Strafmaßes in Betracht komme. Wenn es sich z. B. als wahr herausstelle, daß das Volksschulunterhaltungsgesetz nicht auf legalem Wege, sondern durch private Verabredung zustande gekommen ist, so tat der Angeklagte nur seine Pflicht, wenn er diese schweren Mißstände im deutschen Verfassungsleben rügte. Dasselbe gilt von dem Nachweis der parlamentarischen Unsitten. Wenn schon jeder Bürger als Wähler berechtigt ist, innerhalb der Grenzen seiner berechtigten Interessen Kritik an den parlamentarischen Institutionen seines Landes zu üben und darin vom § 193 geschützt wird, um wie viel mehr hat dann der Journalist diese Pflicht. Das Reichsgericht hat diese Anwendung des § 193 auf diesen Fall nur deshalb noch nicht ausgesprochen, weil ihm etwas Aehnliches, die Beleidigungsklage eines deutschen Parlaments noch nicht vorlag. Wie das Erfurter Gericht in gleichem Falle den Beweisanträgen stattgegeben habe, so ersuche ich auch hier den Gerichtshof, meinen Beweisantrag anzunehmen. — Staatsanwalt Ruß: Wir haben keine Pflicht, weder die Staatsanwaltschaft noch das Gericht, den Beschlüssen des Erfurter Gerichts beizutreten. Wir urteilen vollständig selbständig nach unserer besten Ueberzeugung und unserem Gewissen. Die Beweisanträge zu 1 und 2 sind unerheblich, weil die behaupteten Vorgänge notorisch sind. Jedermann kennt sie, wer das nicht weiß, liest keine Zeitung. Nun zum Beweisantrag 3, der den Ausdruck „abgekartete Komödie" begründen soll. Zu seiner Rechtfertigung wird als erheblich angegeben, daß Abmachungen zwischen den Parteien und der Regierung außerhalb des Plenums und der Kommissionen getroffen worden sind. Wenn ich die Richtigkeit dieser Angaben unterstelle, so will ich damit nur ihre Möglichkeit zugeben, nicht aber die Tatsachen selbst als wahr hinstellen. Jedermann weiß, daß alle parlamentarischen Parteien außerhalb des Plenums und der Kommissionen Vorarbeiten zu den Gesetzen leisten. Die Parlamente sind nicht dazu da, daß Reden aus dem Fenster heraus gehalten werden. Die Verhandlungen im Plenum können abgekürzt werden, wenn die Abgeordneten es wollen. Die Behauptung einer „abgekarteten Komödie" geht demgegenüber weit über das Maß einer berechtigten Kritik hinaus. Die Beweisanträge zu 4 über die angeblichen Unmanieren der Abgeordnetenhausmehrheit und ihre Beleidigungen gegen die Sozialdemokratie könnten nur dann begründet erscheinen, wenn der Nachweis möglich wäre, daß die Mehrheit diese Störungen der Opposition absichtlich verursacht, ohne daß der Präsident sie vor dieser geflissentlichen Kränkung schützt. Ich behaupte, daß in einer Versammlung von 4—500 Personen im Saale nicht immer so große Ruhe herrschen kann, daß alle Redner verstanden werden können, wenn der Redner nicht selbst durch den Inhalt seiner Worte die Anwesenden fesselt. Die Zeugen könnten nur ihrer subjektiven Ueberzeugung darüber Ausdruck geben, ob diese Störungen absichtlich verursacht sind, und auch der Präsident konnte nur erklären, daß er nicht in der Lage sei, das in jedem einzelnen Falle festzustellen. Wenn aber die Beleidigungen an sich vorliegen, so erübrigt sich das Eingehen auf diese und jene einzelnen Punkte. Die Beleidigung liegt in den Worten: „das verachtetste Parlament der Welt". Das ist eine Tatsache, die sich gar nicht feststellen läßt. Es sei denn, daß man alle Parlamente des Erdkreises zusammenriefe, um festzustellen, welches das verachtetste sei. Es kommt ja schließlich auch darauf an, von wem jemand verachtet wird. In dem Artikel wimmelt es von Ausdrücken: „Die Glocke des Präsidenten rostet", „Haus der Schande", „Menschen", „geschändete Tribüne" usw. Wenn das keine Beleidigungen sind, dann gibt es überhaupt keine Beleidigungen mehr. Ich beantrage, alle Beweisanträge der Verteidigung abzulehnen. — Hierauf replizierte der Verteidiger: Kein vernünftiger Mensch werde behaupten, daß das Düsseldorfer Gericht an die Beschlüsse des Erfurter Gerichts gebunden sei. Aber sachlich gehe die Argumentation des Staatsanwalts vollständig fehl. Der ganze Artikel, nicht die einzelnen Worte der Kritik, stehe unter Anklage. Wenn der Staatsanwalt Behauptungen der Verteidigung als wahr unterstelle, dürfe er nicht im nächsten Augenblick ihre Tatsachen bestreiten. Er habe Dutzende von Versammlungen geleitet, in denen vor Tausenden von Menschen jeder verständlich war. — Das Gericht lehnte nach halbstündiger Beratung alle Beweisanträge ab. Die zu eins und zwei gestellten, seien gerichtsnotorisch und allgemein bekannt. Zu drei sei zu bemerken, daß notorisch überall Gesetze durch Abmachungen der Parteien auch außerhalb der Kommissionen und des Plenums zustandekommen, zu vier, daß sich die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in breitester Oeffentlichkeit abspielen und eine absichtliche Störung sich nicht werde feststellen lassen. Die vorgeschlagenen Zeugen, die gerichtskundig der Opposition angehörten, könnten nur ihre subjektiven Eindrücke wiedergeben.

Staatsanwalt Ruß wies zur Begründung der Anklage darauf hin, daß bereits einmal vom Abgeordnetenhaus die Genehmigung zur Strafverfolgung des Angeklagten verlangt wurde, der Angeklagte habe aber von dieser Warnung nicht Notiz genommen. Man könne ihm zugute halten, daß das Abgeordnetenhaus nicht in der Weise zustandekomme, wie er und seine Partei es wünschten. Aber er habe nicht das Recht, eine staatliche Institution zu beleidigen und angesichts der Schwere der Beleidigung sei eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten angemessen.

Verteidiger Rechtsanwalt Schrammen: Der vorliegende Fall stehe in der Parlamentsgeschichte einzig da. Das Unerhörte sei noch nicht vorgekommen, daß Abgeordnete, die Kritik übende Journalisten verklagen, sie selbst unter dem Schutz der Immunität beleidigten. So habe der Abg. Friedberg ganz ohne Grund dem Angeklagten den Vorwurf der Feigheit gemacht. Das Volksschulgesetz hat die weitesten Kreise des Volkes empört, und unter solchen Umständen war das schärfste Wort der Kritik angebracht. — Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis und Publikation in der Nordd. Allg. Ztg., in der National-Ztg., in der Germania, in der Hessischen Ztg. und in der Düsseldorfer Volksztg. Der Schutz des § 193 sei bei der vorliegenden Form der Kritik dem Angeklagten zu versagen gewesen.

Neues aus aller Welt.

Weißenfels (Saale), 31. Oktober. Stadtverordnetenvorsteher Hauptmann Hyland stürzte vom Pferde, das vor Motorfahrern scheute. Hauptmann Hyland erlitt einen tödlichen Schädelbruch.

München, 31. Oktober. Im Prozeß gegen die ehemalige Stiftsvorsteherin Häusler zog heute der Staatsanwalt die Anklage zurück; darauf wurde die Angeklagte freigesprochen.

Braunschweig, 31. Oktober. Bei Hötensleben warf sich ein 13jähriger Knabe vor einen Eisenbahnzug. Es wurde ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt. Der Grund des Selbstmordes ist unbekannt.

Dortmund, 30. Oktober. Bei Ausführung von Reparaturarbeiten auf Zeche Minister Achenbach riß in Schacht 2 das Seil bei Förderkorbes. Zwei Arbeiter stürzten in die Tiefe und konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Ostende, 31. Oktober. Der der Bremer Dampfschiffahrtsgesellschaft Argo gehörige Dampfer Hermann, der am 28. Oktober von Antwerpen abgegangen war, wurde am Abend dieses Tages in der Nähe von East Goodwin von einem unbekannten Viermaster in Grund gebohrt. 23 Mann der Besatzung sind ertrunken; ein Heizer, der sich an Wrackteilen festgehalten, wurde von einem Ostender Fischerboote gerettet und heute hierher gebracht.

Tokio, 31. Oktober. Ein heftiger Sturm hat die Flottille der japanischen Korallenfischer auf der Höhe der Soto-Inseln überrascht. 228 Boote sind gesunken, über 822 Mann ertrunken. Mehrere Kriegsschiffe sind zur Hilfeleistung entsandt worden.

Dresdner Polizeibericht vom 1. November.

Im Speisesaale einer Fabrik in der Vorstadt Plauen brachte am Montag ein Arbeiter ein Pistol zum Vorschein und manipulierte damit so unvorsichtig, daß es sich entlud. Das Geschoß ging ihm dabei durch den linken Handteller und traf einen neben ihm sitzenden Arbeiter in die Hüfte. Aerztliche Hilfe war bald zur Stelle.

Briefkasten.

Mügeln. Wenn das Mädchen sich keine Beleidigungen oder Erpressungen zu schulden kommen läßt, kann das Briefschreiben keinerlei Nachteil haben.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke am 1. November, mittags 12 Uhr.

Barometer: 742. Regen und Wind.
Thermometer: + 12° R.
Thermometrograph: Min. + 1, Maxim. + 13.
Hygrometer: 73 %.
Wasserstand der Elbe: — 123 cm.

Dresdner Theater.

Donnerstag den 1. November 1906.

Opernhaus. (Altstadt.) Die Meistersinger von Nürnberg. Oper in drei Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.
Freitag: Die Regimentstochter. Anfang 7½ Uhr.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Lohndiener. Komödie in drei Aufzügen von Adolf Paul. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Zopf und Schwert. Anfang 7½ Uhr.

Residenztheater. Die lustige Witwe. Anfang 7½ Uhr.

Central-Theater. Variété.
Täglich Vorstellung.
Einlass 7½ Uhr. — Anfang 8 Uhr.
Sonntags nachmittags 3½ Uhr ermässigte Preise.

Victoria-Salon.
Anfang 8 Uhr. Sonntags: um 4 und um 8 Uhr.
Im Tunnel: Wiener Künstler-Konzert.
Anfang 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr. Entree frei!

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Verstorbenen, des Schleifers Herrn Oswald Müller und seiner Gattin, Frau Alma Müller geb. Schmiedner, sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten für das zahlreiche Geleit und den reichen Blumenschmuck hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen: Familien Müller und David.

DANK.
Zurückgekehrt vom Grabe meiner unvergeßlichen, herzensguten Frau, unserer treusorgenden Mutter Frau Berta Urban sage ich allen denen, die die Heimgegangene in überaus reicher Weise durch Blumenschmuck und zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte ehrten, meinen herzlichsten Dank. Tausend Dank auch den Pflegerinnen, die ihr auf dem schweren Krankenlager hilfreich zur Seite standen und ihren Schmerz zu lindern suchten. Emil Urban und Kinder.

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 258. | Dresden, Donnerstag den 1. November 1906. | 17. Jahrgang.

Der Prozeß gegen die Stiftsoberin v. Häusler.

Dieser bedeutsame Prozeß, der seit mehreren Tagen das Münchner Schwurgericht zum zweiten Male beschäftigt, hat nun mit Freispruch geendigt. Von großem Interesse waren die Gutachten der Sachverständigen. Wir heben hervor das Gutachten des bekannten Psychiaters Professor Kräpelin-München. Dem Gutachter sind vom Gericht vier Fragen zur Beantwortung vorgelegt:

1. War Mina Wagner zur Zeit, als sie sich im Maximiliansstift aufhielt und in ihrem Kaffee Salzsäure genommen hat, infolge geistiger Störungen fähig, sich selbst ein Leid anzutun, um andere in Verdacht zu bringen?

2. War Mina Wagner zur Zeit ihrer Vernehmung vor dem Schwurgericht derart geistig gestört, daß ihr zugetraut werden kann, sie habe trotz ihrer Beeidigung objektiv Unwahres bekundet?

3. War etwa Mina Wagner infolge hysterischer Veranlagung fähig, sich selbst ein Leid anzutun?

4. Kann der Mina Wagner zugetraut werden, daß sie trotz ihrer Beeidigung als Zeugin objektiv und auch subjektiv unwahr ausgesagt habe?

Einleitend weist der Sachverständige darauf hin, daß die Wagner Angaben über geschlechtliche Attentate gemacht habe. Wir Aerzte wissen, wie vorsichtig wir mit Hysterischen umgehen müssen. Es kommt vor, daß Aerzte von solchen Kranken in geschlechtlicher Beziehung beschuldigt werden, auch daß Hysterische sich sehr oft erhebliche Verletzungen zufügen, um das Wärterpersonal zu beschuldigen, andererseits, um sich interessant zu machen. Damals, als ich den Prozeß las, ist mir sofort der Gedanke aufgestoßen: Das ist wieder einer der hysterischen Fälle. Der Sachverständige verweist zunächst auf die verschiedenen Erzählungen der Wagner: sie habe eine verstorbene Frau im weißen Kleide gesehen, im Traum sei ihr ein schwarzer Hund mit glühenden Augen erschienen, ihr Onkel habe auf sie wegen ihres Uebertritts zum katholischen Glauben geschossen und sei daher gerichtlich bestraft worden, ihr Großvater sei vom Schlage gerührt und ihre Mutter an ihrem Firmungstage gelähmt worden, als Strafe Gottes wegen des Zornes der Familie über ihren Glaubenswechsel. Die Urteile über die psychische Verfassung der Wagner ergeben in den Zeugenaussagen ein schwankendes Bild. Auf der einen Seite wird sie als gut, hilfsbereit, brav, freundlich, verläßlich und verträglich geschildert, während sie anderen als boshaft, hinterlistig, scheinheilig, wetterwendisch und streitsüchtig erscheint. Man muß deshalb annehmen, daß die Wagner sich entweder zu verschiedenen Zeiten ganz verschieden verhalten hat, oder daß sie in verschiedenen Verhältnissen ein ganz verschiedenes Wesen gezeigt hat. Ein wichtiger Punkt in der Kennzeichnung der Persönlichkeit der Wagner ist ihr deutlich hervortretender Mangel an Wahrheitsliebe. Die Lügen der Wagner tragen ein verschiedenartiges Gepräge. Zum Teil handelt es sich um einfache Aufschneidereien, zum Teil um Unwahrheiten, durch die sie begangene Fehler verdecken wollte. Die Erzählungen über Träume und Erscheinungen deuten auf eine lebhafte Einbildungskraft hin. In Verbindung mit ihrer Unwahrhaftigkeit wird man auch eine Neigung zur Uebertreibung ihrer Krankheitserscheinungen annehmen müssen. Es bestand auch bei ihr ein erheblicher Mangel an Selbstbeherrschung. Aus den Schilderungen der Zeugen über die Anfälle der Wagner geht hervor, daß wir es hier mit leichten psychogenen hysterischen Anfällen zu tun haben. Verschiedene Erzählungen der Wagner und ihr Gebaren bei manchen Anlässen sind als hysterische Störungen zu deuten. Zu den Momenten, welche aus dem Krankheitsbilde der Hysterie bekannt sind, kommen noch andere Eigentümlichkeiten, welche auf eine psychopathische Minderwertigkeit hindeuten. Weiter spricht für das Vorhandensein einer Entartung die eigentümlich widerspruchsvolle Vereinigung verschiedener Charaktereigenschaften, so die Ehrlichkeit bei ausgesprochener Unwahrhaftigkeit, der Humor neben Rachsucht, der Fleiß neben der Neigung zum Herumtreiben, die Genußsucht beim Mangel geschlechtlicher Sinnlichkeit. Allerdings sind die schlimmen Eigenschaften der Wagner erst nach dem Prozeß schärfer hervorgetreten. Aber die später geltend gemachten äußeren Einflüsse können eine vorhandene Anlage wohl weiter entwickelt haben, niemals aber die krankhafte Anlage selbst schaffen. Unverkennbar lassen sich schon vor dem Prozeß die ganz gleichen Charakterzüge bei der Wagner nachweisen, wenn sie auch später in schärferer Ausprägung hervortreten. Wenn wir somit zu dem Schluß kommen, daß die Wagner schon im Maximiliansstift der Hauptsache nach unter Beimischung hysterischer Züge psychopathisch minderwertig war, so muß auch die Frage, ob sie infolge ihrer krankhaften Eigenart fähig war, sich selbst ein Leid anzutun, um andere in Verdacht zu bringen, unbedenklich bejaht werden.

Dem Laien mag eine solche Handlungsweise auf den ersten Blick unbegreiflich erscheinen, aber die psychiatrische Erfahrung lehrt, daß derartige Vorkommnisse bei psychopathischen und namentlich bei hysterischen Personen nichts weniger als unmöglich sind. Die Annahme, daß die Wagner im Juli 1902 fähig war, sich selbst ein Leid anzutun, um andere in Verdacht zu bringen, wird dadurch bestärkt, daß sie im Hause Lippmann Aehnliches tatsächlich ausgeführt hat. Hier wie bei der Vergiftung dürfte es sich nicht um einen bestimmten ins Auge gefaßten Plan gehandelt haben, bei dem sie die möglichen Folgen übersah. Zunächst hatte es sich wohl nur um die Einbringung äußerst geringfügiger Mengen von Salzsäure gehandelt. Ja, man kann sogar im Zweifel sein, ob die Wagner überhaupt von dem vergifteten Kaffee etwas hinuntergeschluckt hat. Denn ihr Erbrechen kann ebensogut auf ihre frühere Magenkrankheit als auch auf ihre hysterische Veranlagung zurückgeführt werden. Die Vorgänge im Hause Lippmann lassen den Rückschluß zu, daß auch die Vergiftung eine unüberlegte Rachehandlung der Wagner war, die zunächst nur als Schreckschuß gedacht war und erst nachträglich ernstere Folgen annahm.

Auch die weitere Frage, ob die Mina Wagner zur Zeit ihrer Vernehmung vor dem Schwurgericht geistig gestört war, so daß ihr zugetraut werden kann, sie habe trotz ihrer Beeidigung objektiv die Unwahrheit bekundet, darf bejaht werden, wenn man dem Begriff der geistigen Störung nicht die enge juristische, sondern die psychiatrische Fassung zugrunde legt. Die Wagner war nicht im gewöhnlichen Sinne des Wortes geisteskrank, sondern sie gehörte dem großen Zwischengebiet zwischen geistiger Gesundheit und geistiger Krankheit an, das unter den Begriff „Minderwertigkeit“ fällt. Sie war daher auch nicht absolut zeugnisunfähig. Man darf sich auch nicht verhehlen, daß ein hoher Grad von sittlicher Reife und Selbstverleugnung dazu gehört hätte, wenn die Wagner, nachdem es erst einmal zur Anklage gegen die Häusler gekommen war, in der Hauptverhandlung unter dem Eide alle ihre früheren Aussagen widerrufen hätte. Sie hat allerdings, als sie auf das Nahen des Todes vorbereitet wurde, auch kein Geständnis abgelegt. Freilich wissen wir nicht, was sie dem Geistlichen in der Beichte angegeben hat, andererseits wäre es auch möglich, daß ihr die feste Ueberzeugung von der Nähe des Todes gefehlt hat. Sie ist ja auch mit einem ganz anderen Maßstabe zu messen als gesunde, vollentwickelte Menschen. Ihre geistige und sittliche Minderwertigkeit, die sie niemals Reue empfinden und die ganze Tragweite ihres Tuns ahnen ließ, mochte ihr ein Geständnis äußerst erschweren. Deshalb muß es dem Psychiater durchaus wahrscheinlich erscheinen, daß man der Wagner, wenn sie die Vergiftung selbst begangen hätte, im Hinblick auf ihre krankhafte Eigenart zutrauen konnte, daß sie trotz ihrer Beeidigung als Zeugin objektiv Unwahres bekundete. Es tritt eine längere Pause ein.

Als am Donnerstag um 5 Uhr nachmittags die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, war der Zuschauerraum bis auf den letzten Platz besetzt. Zunächst werden die Schuldfragen verlesen. Die erste Frage lautet wie in der vorigen Verhandlung — nach deren Bejahung durch die Geschworenen die Verurteilung der Angeklagten zu sechs Jahren Zuchthaus erfolgte — auf „vorsätzliche schwere Körperverletzung durch Beibringung von Gift“, mit der Unterfrage nach dem Versuch. — Hierauf ergreift zu seinem Plaidoyer Staatsanwalt Held das Wort: Meine Herren Geschworenen! Jede Zeit hat ihre interessanten Kriminalrechtsfälle gehabt, interessant nicht bloß gemessen an der Sensation und der Schaulust der Menge, sondern interessant für jeden rechtlich denkenden Menschen, interessant wegen der beteiligten Personen, interessant wegen der Schwierigkeit, die Lösung des Rätsels zu finden. Ein solcher Rechtsfall hat auch Sie in der letzten Zeit beschäftigt, der Fall der Angeklagten Elise von Häusler, den man vielleicht jetzt auch den Fall der Mina Wagner nennen könnte. Wenn es uns nicht gelingen sollte, des Rätsels Lösung zu finden — und ich weiß es nicht —, so können wir uns damit beruhigen, daß wir bemüht gewesen sind, Licht und Schatten zwischen der Beschuldigten und der Beschuldigenden gleichmäßig zu verteilen. Nach dem Beschluß auf Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens hatte die Anklagebehörde mehrere Wege vor sich. Einmal konnte sie die Freisprechung beantragen. Das wäre geboten gewesen, wenn sich aus den neuen Beweisen die Unschuld der Angeklagten ergeben hätte. Meine Herren Geschworenen! Daß die Unschuld der Angeklagten durch das neue Beweismaterial erwiesen worden sei, dafür hat die Anklagebehörde keinerlei Anhaltspunkt gefunden. Als zweiter Weg bot sich der Anklagebehörde, die Ablehnung des Wiederaufnahmegesuchs von vornherein bei einer höheren Instanz zu beantragen. Wir waren aber der Meinung, daß, nachdem ein Schwurgericht in breitester Oeffentlichkeit das Schuldig gesprochen, wiederum ein Schwurgerichtshof über das Schicksal der Angeklagten entscheiden sollte.

Der Staatsanwalt gibt dann einen Ueberblick über die Vorgänge im Stift nach den Ergebnissen der ersten Verhandlung und zieht dann einen Vergleich zwischen dieser und der jetzigen Verhandlung in bezug auf das, was durch die jetzige Beweisaufnahme gegen früher verändert sei. Meine Herren Geschworenen! Der reale Sachverhalt der Vorgänge ist so, wie wir ihn damals festgestellt haben. Damals fielen als Belastungsmomente eine ganze Reihe von Aeußerungen der Angeklagten ins Gewicht, durch die ihre Schuld erwiesen schien. Es fügte sich alles zu einem Ganzen. Auch ein Motiv konnte man annehmen: Sie fürchtete die Beschwerde ans Ministerium, mindestens war das für die Angeklagte kein eingebildetes Motiv. Es ist zuzugeben, daß in der damaligen Verhandlung in der Oeffentlichkeit und demgemäß auch unter den Zeugen eine große Animosität gegen die Angeklagte herrschte. Es gibt ja manchmal Suggestionen, durch welche die ganze Welt beeinflußt wird. Die Zeugen haben sich zum Teil sehr leidenschaftlich gegen die Angeklagte ausgelassen. Ein Urteil hat sich allerdings als richtig erwiesen: Die Angeklagte war jähzornig, rücksichtslos und gefühllos. Auch in dieser Verhandlung ist erwiesen, daß sie mindestens eine böse Zunge hatte und daß sie alle Personen, die mit dem Stift in Berührung kamen, bis in die höchsten Kreise hinauf verdächtigte. So beschuldigte sie den Pfarrer ihres eigenen Sprengels in der unflätigsten Weise geschlechtlicher Beziehungen zu den Damen des Stifts. Es lag also im Charakter der Angeklagten, ihr die Tat zuzutrauen. Nun ist gesagt: Damals mußte der Indizienbeweis bedenklich erscheinen. Der Indizienbeweis bedingt allerdings die größte Sorgfalt und Vorsicht, aber ohne ihn können wir in der Rechtspflege nicht auskommen. Nach drei Richtungen muß ich nun zugeben, daß sich die Sache wesentlich verändert und einige der gravierenden Punkte des Indizienbeweises erschüttert sind. Ich muß zugeben, die Wagner war eine schwer hysterische Person. Wir müssen nun prüfen, welche Folgerung wir daraus zu ziehen haben. Es ist die Hysterie nicht nur für die Aerzte, sondern auch für die Kriminalisten eine sehr bekannte Tatsache. Wir wissen, wie oft Anzeigen bei uns von hysterischen Frauenzimmern einlaufen, welche überfallen und vergewaltigt sein wollen. Viele Fälle von Selbstfesselung kommen vor. In den meisten Fällen gelingt es ohne Zuziehung von Aerzten die Hysterie zu erkennen. Man wird fragen: Warum hat man sie hier nicht erkannt? Die Antwort lautet: Die Hysterie ist ein außerordentlich kompliziertes Krankheitsbild. Wenn sie in der vorigen Verhandlung nicht erkannt wurde, so kann nur ein Laie, welcher von psychiatrischen Dingen keine Ahnung hat, deswegen einen Stein auf die ärztlichen Sachverständigen werfen. — Daß heute der Lebenswandel der Wagner geradezu photographisch getreu wiedergegeben ist, verdanken wir dem Umstande, daß die Wagner durch die Affäre in den Mittelpunkt des Interesses gestellt wurde und dadurch die Aerzte Gelegenheit hatten, sie zu beobachten. Wenn ich alles in Betracht ziehe, so muß ich zu dem Schluß kommen — ich bin mir darüber vollständig klar —, daß die Anklage nach den Ergebnissen der Hauptverhandlung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Eine weitere Frage ist aber: Hat sich die Ueberzeugung aufgedrängt, daß die Angeklagte wirklich unschuldig ist? Ich muß das verneinen, von ihrer Unschuld bin ich nicht überzeugt. Es ist wahrscheinlich, daß die Wagner in der Sache simuliert hat, aber andrerseits ist es auffällig, daß die Angeklagte Verschiedenes geleugnet hat, was durch Zeugen nachgewiesen ist. Wenn nun die Angeklagte von den Geschworenen unschuldig befunden werden sollte, so möge man in der Oeffentlichkeit nicht denselben Kult mit ihr treiben, wie seinerzeit mit der Wagner. Einen großen Teil der Schuld trägt die Heldin der Affäre selbst.

Die Angeklagte erklärte mit tränenerstickter Stimme: Ich bin unschuldig. Ich habe in der vorigen Verhandlung den lieben Gott zum Zeugen angerufen, er soll auch diesmal mein Zeuge sein!

Nach kurzer Beratung verkündete unter lautloser Stille der Obmann der Geschworenen den Spruch auf nichtschuldig in beiden Fragen. Das Publikum nahm diesen Wahrspruch mit lebhaften Sympathiekundgebungen für die Angeklagte auf. Nach ganz kurzer Beratung verkündete sodann der Gerichtshof die Freisprechung der Angeklagten.

Soziales.

1. Warum die Dienstboten entlaufen. Die 20 Jahre alte Dienstmagd Anna Graf mußte bei ihrem Dienstherrn in Döpshofen (Schwaben) Arbeit verrichten (Mistaufladen, Bäume verladen usw.), die eine gesunde weibliche Person nicht verrichten kann, viel weniger das äußerst schwache Mädchen. Als sie infolgedessen krank wurde und von einem Besuch bei ihren Eltern nicht mehr zu dem Dienst-„herrn“ zurückkehrte, wurde sie (trotz eines ärztlichen Gutachtens zu ihren Gunsten) vom Schöffengericht in Augsburg „wegen Dienstentlaufens“ zu 6 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine 74jährige Greisin ins Gefängnis geschickt. Vor der Königsberger Strafkammer hatte sich in diesen Tagen eine 74 Jahre alte Frau wegen Betrugs zu verantworten. Die Greisin ist bereits 15mal vorbestraft, hat sieben Jahre im Zuchthaus gesessen und verbüßt gegenwärtig eine einjährige Gefängnisstrafe. Sie machte einen gebrechlichen Eindruck. Vor Gericht erklärte sie, in großer Not gewesen zu sein und deshalb die Betrugsfälle verübt zu haben. Es wurde ihr zur Last gelegt, sich auf einigen Dörfern als „kluge Frau“ ausgegeben zu haben, die allerlei Krankheiten heilen könne. Sie hatte auch Gläubige gefunden, denen sie für ihre zurechtgebrauten Tränke einige Mark abgenommen hat. Insgesamt hat sie Landleute um 55 M. geschädigt. Die alte Frau brach vor Gericht in Tränen aus. Der Vorsitzende fragte, warum sie nicht wegen Armenunterstützung eingekommen sei, wenn sie sich in so großer Not befunden habe. Die Frau erwiderte, daß sie 7 M. Unterstützung erhalten habe. „7 M. pro Woche?“ forschte der Vorsitzende weiter. „Nein! 7 Mark pro Monat!“ entgegnete die Frau, worauf der Vorsitzende sie enttäuscht fragte, ob sie sonst noch Nahrungsmittel bekommen habe. Das verneinte die Frau. — Der Staatsanwalt betonte, daß er die Frau nicht ins Zuchthaus schicken wolle, um ihr das Fortkommen nicht zu erschweren. (!!) Er beantragte eine Strafe von 3 Jahren Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 2½ Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust. Als strafmildernd sei das hohe Alter und das teilweise Geständnis der Angeklagten berücksichtigt worden.

Während des Aufenthalts im Gefängnis werden der Greisin für den Tag 80 Pf. für Behausung und Beköstigung — monatlich 24 M. — angerechnet. Die Armenbehörde mutete ihr zu, von 7 M. monatlich zu leben. Eine Gesellschaftsordnung, die in dieser Weise „bis ins hohe Alter sorgt“, beweist die Notwendigkeit ihres Unterganges.

Gerichts-Zeitung.

Schöffengericht.

Ein Spezialist in Diebereien ist der Arbeiter Friedrich August Paulack, der schon mehrfach wegen Diebstählen in Markthallen und bei Obsthändlern auf der Straße bestraft wurde. Am 28. August erbeutete er in der Markthalle einen Korb Birnen. Er wird zu sechs Monaten Gefängnis (!) verurteilt. In dem Gutachten des Sachverständigen wird er als geistig minderwertig (!) betrachtet.

Rechtsdeduktionen. Der Arbeiter Otto Hecht war früher Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Da er keine Beiträge mehr bezahlte, wurde er von der Mitgliederliste gestrichen. Ihm selbst war das unbekannt und er hielt sich immer noch für ein Mitglied des Verbandes, als er ein neues Mitglied warb, und sich von diesem 1,65 Mark geben ließ. Das Geld steckte er in die Westentasche, und behauptet nun, eine Mark davon verloren zu haben. Da er selbst mittellos war, konnte er aus seinen eigenen Mitteln die Mark nicht dazulegen, also auch nicht 1,65 M. an die Organisation abführen. Er verbrauchte deshalb die 65 Pf. für sich. Seine Anzeige führt er auf einen Racheakt des Metallarbeiter-Verbandes zurück und schließt dies daraus, daß der Verband anfangs von einer Anzeige Abstand genommen hätte, ihn aber dann angezeigt habe, nachdem er während der Aussperrung weiter gearbeitet hatte. Das Gericht spricht ihn frei. Es handle sich darum, wem das Geld gehöre. Der Metallarbeiter-Verband will der Geschädigte sein — ist es aber nicht, weil H. nicht mehr Mitglied war, demnach auch außerstande war, namens des Verbandes irgendwelche Handlungen auszuüben. In Frage könne nur noch das neue Mitglied kommen. Das fühle sich aber nicht als Geschädigter, habe wenigstens keine Anzeige erstattet. Gegen H. im öffentlichen Interesse wegen Betrugs vorzugehen, liege kein Anlaß vor. Um einen Betrug annehmen zu können, müsse H. die Absicht nachgewiesen werden. Wenn nun auch einerseits der Verdacht nahe lage, daß diese Absicht bestanden habe, liege doch die Möglichkeit vor, daß man aus der Westentasche eine Mark verlieren kann.

Solche Urteile sind sehr selten! — —

Verschnupft hatte den Brandmeister Hermann eine harmlose Aeußerung des Geschäftsführers von Bargou u. Söhne, Dramensky. Die Feuerrevisions-Kommission stattete den Geschäftsräumen besagter Firma einen Besuch ab. An einem Notausgang stand nun ein kleines Kistchen Müll, einige Gardinenstangen und leere Pappkartons, was den Wohlfahrtspolizeikommissar Bock v. Wülfingen zu der Aeußerung veranlaßte, daß er das hier gar nicht gewöhnt sei. Den Behörden ist nämlich bekannt, daß die Firma Bargou u. Söhne ganz besonders peinlich den feuerpolizeilichen Vorschriften nachkommt. Der Hausdiener Sonntag wollte nun das Versäumte schleunigst nachholen und das Zeug wegräumen, wurde aber durch die Weisung des Geschäftsführers: „Lassen Sie die Sachen jetzt ruhig stehen!“ daran verhindert. Das hörte der Brandmeister Hermann, der dies als „Auflehnung“ gegen die von der Kommission gemachten Ausstellungen betrachtete. Er gab seiner Entrüstung darüber Ausdruck und drang darauf, daß die Kommission in diesem Falle eine Meldung mache. Der Geschäftsführer erhielt denn auch am 30. Juli vom Rat zu Dresden eine Strafverfügung über 10 M., wogegen er gerichtliche Entscheidung beantragte. Er erklärte bereits in einer früheren Hauptverhandlung glaubhaft, daß er durch den Umstand, daß die Kommission überhaupt etwas gefunden hatte, geärgert war und mit der Weisung, das Zeug stehen zu lassen, die eventuell auftauchende Ansicht, es würde versucht, während der Revision noch schnell Mißstände zu beseitigen, von vornherein zu zerstören. Daß die Auffassung des Brandmeisters eine irrige war, beweist schon der Umstand, daß er unmittelbar nach der Revision die Sachen wegräumen ließ. Das Gericht spricht den Angeklagten frei, denn die Auffassung des Herrn Brandmeisters rechtfertigte sich durch nichts.

Landgericht.

Ein Werdegang. Auf zwei Tage erstreckte sich die Verhandlung wegen Diebstahls, Zuhälterei und Verleitung zum Meineid gegen den Kontoristen Otto Modde und wegen des letzteren Delikts gegen dessen Schwester. Nach dem Besuche der Volksschule in Dresden war Modde zunächst Fabrikarbeiter; oftmals längere Zeit arbeitslos, verlor er bald die Lust zur Fabrikarbeit und wurde Kontorist. Als solcher bezog er zuletzt bei Eschebach ein Monatsgehalt von 120 M. Er lebte über seine Verhältnisse, machte kostspielige Touren mit einer Prostituierten, die er als Geliebte neben seiner Braut hatte. Dabei wurde oftmals Sekt getrunken und M. gefiel sich außerordentlich in der Rolle eines kapitalkräftigen Lebemanns. Da sein Monatsgehalt nicht ausreichte, ergänzte er das Fehlende aus den Mitteln der Prostituierten. Kaum der Schule entwachsen, verkehrte er viel in diesen Kreisen, die ihm nicht fremd waren, weil seine ältere Schwester ihnen angehörte. Die Braut des M. war ein Stein des Anstoßes für seine Geliebte und da er sich nicht entschließen konnte, zugunsten der Geliebten auf die Braut zu verzichten, denunzierte die erstere ihn wegen des unerlaubten Verhältnisses mit ihr. Bei seiner Wirtin, einer ehemaligen Prostituierten, soll er am 3. August ein Portemonnaie mit 5,30 M. Inhalt gestohlen haben. Ferner soll er ihr drei und dann 18 Pfandscheine entwendet und durch die Post zurückgesandt haben. Es ist ein bloßer Verdacht, der sich durch nichts rechtfertigt. Die Ursache dieser Verdächtigung führte M. auf das Bestreben der Wirtin zurück, die Lösung des Verhältnisses mit seiner Braut und die festere Anknüpfung eines solchen mit der Prostituierten, herbeizuführen. Weil M. nun allen diesen Bestrebungen den entschiedensten Widerstand entgegensetzte, hält er sich für das Opfer der beiden Mädchen, die sich rächen wollten für das Nichtgelingen ihres Planes. Nachdem er einige Tage in Untersuchungshaft gesessen hatte, suchte er — auf freien Fuß gesetzt — alle Hebel in Bewegung zu setzen, um dem drohenden Schicksal zu entrinnen. Er und seine Schwester sollen nun versucht haben, die Zeugen dahin zu beeinflussen, ihre Aussagen so einzurichten, daß die ihn kompromittierenden Geldgeschenke der Belastungszeugin harmlos erscheinen und als Darlehen anzusehen sind. Das Gericht hat die Ueberzeugung gewonnen, daß M. die Diebstähle ausgeführt hat. Wenn er auch von den 36 M., die er insgesamt von der Prostituierten erhalten hatte, einiges zurückerstattete, hielt es auch hier für erwiesen, daß er als Zuhälter fungiert habe. Endlich stand dem Gerichtshof die Tatsache der Verleitung zum Meineid außer allem Zweifel und es verurteilte ihn deshalb zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, 3 Jahren Ehrenrechtsverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht. Seine Schwester teilt auf ein Jahr sein Schicksal.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19061101/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Hausfrauen, kauft nur MAGGI[s] Würze

mit dem Kreuzstern

denn sie ist altbewährt und einzig in ihrer Art; sie übertrifft alle zum gleichen Zwecke angepriesenen Produkte.

Man lasse MAGGI[s] Würze nur in MAGGI[s] Originalfläschchen nachfüllen.

Sehr ausgiebig: Man verwende stets den Würzesparer.

Wir teilen hierdurch ergebenst mit, daß die Verschrotung unseres **auch in diesem Jahre wieder hochfeinen**

Bock-Bieres

Donnerstag den 1. November beginnt.

Brauerei zum Feldschlösschen Aktiengesellschaft.

Regelmässige Ladungen, daher immer frisch zu haben!

Jede kluge Hausfrau verwendet deshalb **nur „BONA"!**

Aufruf!

Alle Arbeiter rauchen nur

Revolta-Zigaretten

No. 0: 1 Pf. No. 2: 2 Pf. No. 3: 3 Pf.

Nur echt mit dieser

Es wird gebeten, in allen Geschäften diese Marke zu verlangen.

„Fronistas", G. m. b. H., Dresden-A.

Mehrfach prämiiert. Mehrfach prämiiert.

Bruno Köper, Potschappel

34 Tharandterstrasse 34

empfiehlt stets das Neueste in

Filz- und Zylinder-Hüten

Mützen, Schirmen

Krawatten, Handschuhen, Wäsche.

2203a Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Vogelfutter

feinste, beste und frischeste Mischung für alle Vogelarten, sowie sämtliche Bedarfsartikel kauft man am besten nur bei

Max Winkler, Zoolog. Handlung, Zwingerstr. 27.

Auf Teilzahlung!

An- u. Abzahlung ganz n. Wunsch.

Aus eigner Werkstatt empfiehlt in großer Auswahl solid gearbeit. Sofas, Matratzen, Tischlermöbel, Teppiche, Läuferstoffe aller Art, **Manufakturwaren, Kinderwagen** usw.

Herren- u. Knabengarderobe, Joppen.

Wettinerstrasse 13, I.

Verkaufe auch nach ausserhalb.

Herren-Wäsche

Krawatten, blaue Anzüge kauft man am billigsten bei

E. Köhler, Am See 13.

Kaninchen-Felle werden gegerbt:

Löbtau, Bünauplatz 2, I. Etage.

Gänse!

ff. Bratgänse

Geteilte

Halbe u. Viertel-Gänse

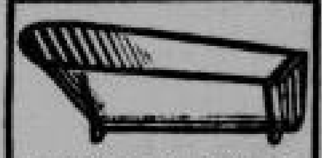
Gänsefett a Pf. 110 Pf.

Gänseklein, Keule und Rücken

sowie alle Sorten Geflügel zu billigsten Preisen empfiehlt

R. Dressler

Webergasse 5. Tel. 3031.



Badewannen 12 Mk.

Sitzwannen 6 Mk.

Kinderwannen 4 1/2 „

F. Bernh. Lange

Amalienstr. 11/13.

Feinste Fruchtmarmeladen

Himbeer, Aepfel und Melange. Eigene Herstellung und Ernte.

ff. u. billiger Brotaufstrich

Posteimer 10 Pfund franko 3 M.

Obstplantagen u. Marmeladenkocherei

L. Dobbelaer, Ziegenbüttel.

Parteigenossen

welche gern vorzügliche, gutbrennende und wohlschmeckende

Zigarren

rauchen, empfehle ich besonders meine Fabrikate.

Beste Bezugsquelle für Konsumvereine und Fabrikkantinen. Kredit nach Uebereinkunft. Versand portofrei. Illustr. Preisl. gratis u. franko.

Ernst Wenzel

Sohland an der Spree.

Wer praktisch, reell u. billig kaufen will unterstütze

Oskar Wenk

gemaßregelter Eisenbahnschaffner.

Der bietet große Auswahl in

Herren- u. Knaben-Paletots

-Joppen und -Anzügen

Oberlausitzer Arbeitskleidern

Spez.: **Echtschwarze Lederhosen**

Diamantblaue Monteur-Anzüge

Wollene Unterkleider.

Haupt-geschäft **Schäferstr. 1,** früher 67

Teleskoptrohre d. Straßenbahnen Haltestelle u. Brücken

Filiale: **Radebeul, Leipzigerstr. 82.**

Hohlfeldts

Dänische Bündel

Marke Hansen.

Die aus der

Deutschschen Konkursmasse

stammenden

Winter-Paletots

hochmodern

vom **8.50 M.** an

sollen schnellstens geräumt werden.

7 Frauenstr. 7

neben

Klepperbein.

!Butter!

Bitte versuchen! Vorzügl. Qualität!

Pfund 1.24 M.

Weißegasse 4. Tel. 9088.

Eheleute?

Hygienische Bedarfsartikel

Spülkannen, Mutterspritzen

Artikel zur Wochenpflege usw.

Preisliste gratis und franko.

Rich. Freisleben

1 Postplatz 1

Auf diese Annonce 10 Proz. Rabatt.

Strümpfe, Aermelwesten, Schwitzer, Unterhosen und Hemden

sowie **alle Reparaturen** bei

Franz Leppin

Torgauerstr. 40 und Kamenzerstr. 21.

Fahrräder

verkaufe, um zu räumen, jetzt 55, 65, 70–110 M.

mit **Torpedo-Freilauf,** 68–125 M., **Damenräder,** neu, 75, 85–120 M., mit Freilauf von 85 M. an, **Knabenrad** v. 65 M. unter Garantie,

Mäntel, neu, 2.75, 3.25, 3.75, 4.25 M., m. Garantie 4.50–9.50 M.

Schläuche, neu, 2.25–5 M.

Lenkstangen von 2.50, mit Vorbau von 4.50 M. an,

Pedale 0.75–4.50 M. **Luftpumpen** 0.35 M., **dreiteilig** 0.68 M. **Fusspumpen** 0.75, 1.00–3.75 M., **Gamaschen** 0.45, **Gepäckträger** 0.35, **Rucksäcke** 0.55–3.50 M., **Glocken** 0.18–1.00 M., **Blechkotschützer,** Paar 0.85, 1.00 u. 1.25, **Fahrradständer** 0.50, **Karbid,** kg 35 u. 45 Pf., **Torpedo-Freilauf** usw. 15 M. verk.

Max Stirl, Wettinerstrasse 48. Fil.: Ziegelstr. 18.

Restaurant Hermann Emmer, Bürgerwiese 12

Sonntag den 4. und Montag den 5. November

Grosse Haus-Kirmes.

Selbstgebackenen Kuchen, ff. hausschlachtene Wurst.

Hierzu laden freundlichst ein **H. Emmer u. Frau.**

Friedrich Stelzners Restaurant, Hertelstr. 9.

Sonntag und Montag, den 4. und 5. November

Grosse Haus-Kirmes.

Für **Unterhaltung** sowie **vorzügliche Speisen** und **Getränke** ist bestens gesorgt.

Hierzu laden ergebenst ein **Friedr. Stelzner u. Frau.**

Ratskeller-Tunnel Leuben.

Sonnabend den 3. und Sonntag den 4. November

Grosse Kirmes-Schweinsprämien-Poule.

3 Stoss 30 Pf.

Ausgespielt werden **2 Prima-Schweine. — 60 Riesenpreise.**

Erster Preis: **Ein lebendes Schwein.**

Freitag d. 2. November: **Grosses Schlachtfest.**

Es ladet ergebenst ein **Fritz Donath.**

Apels Theater, Striesen

Markgraf-Heinrichstraße, Restaurant zur Aussicht.

Donnerstag: **Karl Stülpner, der kühne Raubschütz.** Sonnabend: **Neu! Kasper als deutscher Schneider in Italien.**

B. Meider, Kunst- u. Handelsgärtnerei

fr. E. Böttge, Deuben, Bahnhofstr. 13

empfiehlt

blühende Topf- und Blattpflanzen, Braut- und Kranzbindereī in geschmackvollster Ausführung. **Billigste Preise.**

Curt Wilkerling, Pieschen, Mohnstr. 2.

Tischler- und Polstermöbel in großer Auswahl. Lieferung ganzer Ausstattungen, auch auf Teilzahlung. Umarbeitung sämtlicher **Polstermöbel. Grosses Stahl- und Spiegellager.** Reelle Bedienung.

Achtung! Billiges Fleisch!

Keine Freibank! Von **Freitag** nachm. 4 Uhr an bis **Sonnabend** abend werden im **Restaurant „Mohrenkopf", Blasewitz,** ein ff. Rind, Pfd. 60–80 Pf., sowie mehrere **Schweine,** Pfd. v. 65 Pf. an, **verpfundet. Pa. hausschl. Wurst,** Pfd. 75 Pf.

Turmhaus.

Gerokstrasse 63, Ecke Stephanienstr.

Sonntag d. 4. und Montag d. 5. Nov.

Große Hauskirmes.

Küche und Keller bieten das Beste.

Hierzu laden ergebenst ein

Wilh. Hoffmann u. Frau.

Restaurant

Feuerkugel

Wettinerstraße 27

Telephon 1484. **Br. Keller.**

Winterpaletot, Joppen

verk. billig **Schneider,** Georgplatz 34, pt.

E. Sehurigs Restaurant

14 Stiftsstraße 14.

Grosser Mittagstisch.

Freitags: **Schlacht-Fest.**

Zahlstelle der Modelltischler.

Restaurant zur Post

Emil Müller

Pieschen, Bürgerstraße 36

ff. Biere und Weine. — Preiswerte Küche.

Jeden Freitag:

Schweineschlachten.

Chirurgische

+ Gummiwaren

Preisl. gratis. 10–30 Proz. Rab.

W. Heusinger

Am See 33.

---

2 eleg. Plüsch-Säulensofas, massiv gebaut, 40, 45 und 49 M.

Pillnitzerstraße 47, 1. Etage.